BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

August 1961 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Die Lage: Die Bundesrepublik am Scheidewege S. 691
- Heinz Abosch: Entstellte Demokratie S. 705
- Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel: Weltwirtschaft zwischen Rüstung und Frieden S. 710
- Dr. Erwin Flaschberger, Salzburg: Südtirol und Europa (II) S. 716
- Prof. Dr. med. Heinrich Meng, Basel: „Zauberdroge" Frieden S. 720
- Abdelkader Zouari: Der Bizerta-Konflikt S. 724
- Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl: Gedanken zum 20. Juli S. 730
- Reinhard Tietz: Friedensdienst der Kirche S. 733
- Manfred Clemenz: Akademische Meinungsfreiheit im Würgegriff S. 739
- General a. D. Dr. Franz Beyer: Zur Frage der Internationalen Polizeitruppe S. 748
- Dr. Achim v. Borries: Kuba — Beispiel und Herausforderung (I) S. 753
- Prof. Dr. Karl Kupisch / Studentenpfarrer Rudolf Weckerling: Der Berliner Kirchentag zur Judenfrage S. 762
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 765
- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 768

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 8

In Vorbereitung sind u. a. folgende Aufsätze:

E. N. Dzelepy (Brüssel):
Bonns gefährliche Illusionen

Lorenz Knorr:
Der Kalte Krieg und der entpersonifizierte Mensch

Dr. Horst Lademacher (Amsterdam):
Der Friede von Brest-Litowsk 1917

Peter Loewenberg (USA):
Politischer Nonkonformismus in den USA

Pfarrer Werner Stroh:
Was soll werden?

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang **August 1961** **Heft 8**

Die Lage:

Die Bundesrepublik am Scheideweg

Eine Epoche der Nachkriegspolitik unwiderruflich zu Ende

Die Weltpolitik kennt in diesem Jahre keine Sommerpause. Entscheidungen bahnen sich an, von denen das Schicksal der ganzen Welt, in einem besonderen Maße aber die Zukunft des deutschen Volkes abhängen wird. Es ist nicht übertrieben, wenn man heute schon feststellt, daß in diesem Herbst eine ganze Epoche der Nachkriegspolitik zu Ende geht und die Weichen gestellt werden für eine neue. Und auch dies in allererster Linie in der Deutschland-Frage. Man möchte das Zusammentreffen dieser Entscheidungen mit der Wahl zum vierten Bundestag als ein beinahe providentielles bezeichnen! Denn in diesen Monaten wird nicht zuletzt der Schlußstrich gezogen werden müssen unter das Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, das seit 1949 von der Regierung Adenauer bestimmt worden ist.

Die sogenannte „Berlin-Krise" ist nichts anderes als der Kulminationspunkt der Deutschland-Krise, wie sie nicht zuletzt durch die Außenpolitik der Bundesregierung heraufbeschworen worden ist. Für den Westen wie für den Osten geht es um Deutschland, doch ist die Berlin-Frage im Rahmen dieses Gesamtkomplexes nicht zufällig zu einem Schlüsselproblem geworden. Die Bundesregierung hat seit 1949 kein Hehl aus ihrem Bestreben gemacht, die Sowjetunion aus Deutschland wieder herauszudrängen. Freilich mußte schon 1949 für jeden Einsichtigen deutlich sein, daß es nicht gelingen konnte, der Sowjetunion die politischen Positionen in Mitteleuropa durch massiven militärischen Druck wieder zu entreißen, die ihr infolge des von Hitler begonnenen „Ostfeldzuges" zugefallen waren. Denn ganz abgesehen noch von den ideologisch-politischen Interessen des Weltkommunismus mußte die sowjetische Führung diese Positionen gerade auf Grund der Erfahrungen von 1941 als ein unschätzbares strategisches Vorfeld betrachten. So hätte es denn einer außerordentlich behutsamen deutschen Ost-Politik bedurft, wenn man überhaupt den

Versuch machen wollte, binnen kurzem diese durch den Ausgang des Hitler-Krieges geschaffenen Tatsachen wieder zu verändern.

Die Regierung Adenauer indes schlug schon 1949/50 einen anderen Weg ein. Sie entschied sich für die Rolle des amerikanischen Festlanddegens im Rahmen der von Washington inaugurierten Politik des „Roll-back". Die frühzeitig aufgetretenen, in der deutschen Öffentlichkeit lebhaft diskutierten Zweifel an der Zweckmäßigkeit eines solchen militant anti-sowjetischen Kurses versuchte Bonn durch die These zu beschwichtigen, das Westbündnis sei ein Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, ja, es sei der einzige Weg zu diesem Ziele überhaupt. Immer wieder hat Dr. Adenauer erklärt, der Westen einschließlich der Bundesrepublik müsse nur aufrüsten und immer mehr aufrüsten, um schließlich die Sowjetunion durch einen massiven militär-politischen Druck zum politischen Rückzug aus Mitteleuropa zu zwingen.

Welche Hintergedanken der Bundeskanzler dabei auch haben mochte — es lag dieser Konzeption eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der weltpolitischen Machtverhältnisse zugrunde. Bald zeigte sich denn auch, daß die Sowjetunion nicht gesonnen war, solchem Drucke nachzugeben, und daß sie auch keinerlei Veranlassung hatte, einen Rückzug anzutreten. Im Gegenteil, ihr auf Erfahrung beruhendes Mißtrauen gegen Deutschland wuchs in demselben Maße als jener militär-politische Druck des Westens zunahm; und dieser Druck, für den in einem sehr beträchtlichen Maße die Bonner Regierung mitverantwortlich ist, provozierte auch einen Gegendruck, der gerade die Deutschen heute spüren läßt, wie teuer ihnen eine von Grund auf falsche Politik zu stehen kommt!

Aber zunächst einmal, ganz abgesehen von diesen vorhersehbaren Reaktionen Moskaus: man mußte von vornherein auch bezweifeln, ob „der Westen" sich überhaupt so einhellig und vorbehaltlos für die deutsche Wiedervereinigung engagieren wolle, wie Dr. Adenauer stets behauptete. Denn das war ja, angeblich, das Bonner Kalkül: Wenn wir uns den Westmächten als anti-sowjetische Spitze anbieten, dann werden diese Westmächte für uns die Wiederherstellung der deutschen Einheit übernehmen. Daß man zumindest in London und Paris ganz andere Hintergedanken hatte und hat, ist erst kürzlich wieder sehr freimütig von Walter Lippmann ausgesprochen worden, der im New Yorker „Aufbau" vom 7. Juli 1961 schrieb: „Tatsache ist, daß Frankreich und England als Ziel einer nicht offiziell publik gemachten, aber entschieden nationalen Politik die Vereinigung der zwei Deutschland zu verhindern wünschen. Die glühende Idee der ‚europäischen Einheit' enthält als eine ihrer allerwichtigsten Absichten die Einbeziehung von Westdeutschland in Westeuropa, um die Gefahr eines unabhängigen, vereinigten, bewaffneten und abenteuerlustigen Deutschland zu eliminieren." Man darf wohl annehmen, daß solches von vornherein beabsichtigt war. Das westeuropäische Interesse an einer Verhinderung der deutschen Wiedervereinigung durch eine feste politische, wirtschaftliche und militärische Bindung der Bundesrepublik an den anti-kommunistischen West-Block dürfte freilich in dem Maße noch gewachsen sein, als diese Bundesrepublik mit den Jahren an wirtschaftlicher und militärischer Macht gewann. Nicht ohne Grund setzte Bonn darum auf die amerikanische Karte, in der Hoffnung, als anti-kommunistischer Junior-Partner Washingtons werde es stets dessen Unterstützung sicher sein bei seinen immer wieder erhobenen gesamtdeutschen Ansprüchen. In Wirklichkeit hat die Deutschlandpolitik aller Westmächte in diesen 12 Jahren die Spaltung nicht nur nicht aufgehoben, sondern verschärft; alle ihre politischen Initiativen zur Lösung des Deutschland-Problems waren mehr oder weniger fiktiv und mußten eine Verstärkung der Bindung der DDR an den Ostblock zur Folge haben.

Die Westmächte haben heute wenig Grund, mit der Rolle zufrieden zu sein, die sie ihrem neuen Partner Bonn in den letzten Jahren zugestanden haben; denn auch ihre Rechnung ging keineswegs glatt auf. Im Verein mit gewissen amerikanischen Kreisen versuchte Bonn mehr und mehr, dem Westen seine Politik aufzuzwingen. Und wie platonisch immer das Interesse dieser Westmächte an einer deutschen Wiedervereinigung sein mag, die wachsende militär-politische Betriebsamkeit Bonns hat sie mehr und mehr beunruhigt. Mit den Jahren mußte man im Westen erkennen, daß der Kalte Krieg durch vermehrte Rüstungsanstrengungen nicht mehr zu gewinnen sei und daß es eines weltpolitischen Ausgleiches mit der Sowjetunion bedürfe, wenn der Rüstungswettlauf nicht in eine Katastrophe einmünden sollte. Die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft wuchs. Die Bundesregierung aber lehnte auch weiterhin grundsätzlich jenen gerade im deutschen Interesse unvermeidlich gewordenen politischen Ausgleich mit der Sowjetunion ab. Und nicht nur das, sie forcierte noch ihre Aufrüstungspolitik. Abermals war ein verstärkter sowjetischer Gegendruck die Antwort. Und wenn schon die konventionelle Aufrüstung Westdeutschlands die deutsche Position in der Wiedervereinigungsfrage stark belastet hatte, so bedeutete nun die von der Bundesregierung geforderte atomare Bewaffnung der Bundeswehr vollends einen verhängnisvollen politischen Irrweg.

Man muß sich in diesen Wochen, da die Bundesrepublik am Scheideweg steht, darüber im klaren sein, daß die Politik der Bundesregierung nicht nur das von ihr immer wieder beschworene Ziel Wiedervereinigung nicht erreicht und immer unerreichbarer gemacht hat. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Politik auch nicht, wie sie vorgibt, die Sicherheit Deutschlands gefördert, sondern Deutschland einmal mehr zu einem weltpolitischen Krisenherd erster Ordnung gemacht hat! Dies Beides zusammen ist die Bilanz der, wie Dr. Adenauer heute noch immer zu behaupten wagt, „erfolgreichen" Bonner Politik!

Die wachsende Gefährdung der Bundesrepublik beruht darauf, daß sie sich weltpolitisch in einer lebensgefährlichen Weise exponiert hat. Denn nicht nur war Bonn nicht bereit, in dem Augenblick seinen Kurs zu ändern, in dem dessen Unsinnigkeit offenbar geworden war — sondern statt aus den verheerenden Ergebnissen ihrer eigenen Politik wenigstens noch rechtzeitig gewisse Konsequenzen zu ziehen, um die fatalen Auswirkungen dieser Politik zumindest noch abzuschwächen, stattdessen hat die Bundesregierung diese Politik beharrlich-trotzig fortgesetzt und ist nicht einmal heute bereit, ihr abzuschwören. Innerhalb des westlichen Bündnisses war und ist die Bundesrepublik Dr. Konrad Adenauers das militär-politisch aktivste und ideologisch aggressivste Element. Vor allem hat sie versucht, ihren längst irreal gewordenen gesamtdeutschen Ansprüchen durch die atomare Bewaffnung noch einmal Nachdruck zu verschaffen. Und wenn irgend etwas so mußte das eine schwerwiegende Herausforderung der Sowjetunion sein: die Verbindung des Bonner Bemühens um eine Liquidation der heutigen DDR mit der westdeutschen Atomrüstung! Nicht genug damit, daß Bonn nach wie vor es ablehnt, mit der DDR über die Voraussetzungen und Formen einer Wiedervereinigung zu verhandeln; ebenso wenig ist es bereit mit Polen über die Oder-Neiße-Grenze wenigstens zu sprechen, geschweige sie, als Ergebnis des deutschen Krieges gegen Polen, anzuerkennen; die Bundesregierung ist nicht einmal bereit, diplomatische Beziehungen zu Polen und den anderen Ostblockstaaten aufzunehmen; und sie lehnt schließlich Verhandlungen, ja auch nur Dis-

kussionen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ab, sie weigert sich, selbst eine Initiative zugunsten einer Entspannung im mitteleuropäischen Raum zu ergreifen, sie torpediert jede östliche und westliche Initiative!

Dies alles zusammen, darüber möge man sich keiner Täuschung mehr hingeben, war und ist zuviel. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das, einmal ausgebrochen, die Deutschen zu allererst verzehren wird! Nüchtern betrachtet und gerade mit deutschen Augen gesehen, erscheint eine solche Politik unter den gegebenen Umständen nicht anders denn als eine Provokation! In diesem Herbst nun wird uns die Rechnung präsentiert.

Einer der klügsten und unbestechlichsten amerikanischen Publizisten, der prosowjetischer Neigungen gewiß unverdächtige Walter Lippmann, hat sich in den letzten Monaten geradezu verzweifelt bemüht, der Öffentlichkeit des Westens die entscheidenden Motive der heutigen sowjetischen Politik in der Deutschland-Frage klar zu machen. Lippmann bezieht sich dabei auf die mehrstündige Unterredung, die er vor einiger Zeit mit Chrustschow hatte. Der sowjetische Ministerpräsident wiederholte in diesem Gespräch noch einmal mit besonderem Nachdruck, was bereits aus allen Erklärungen der Sowjetunion zur Deutschland-Frage hervorgeht: Moskau fürchtet gerade jene von uns erwähnte Kombination des westdeutschen anti-sowjetischen Revisionismus mit der deutschen Atombewaffnung. Nicht, als ob man Grund hätte, sich rein militärisch gegenüber dieser Bundesrepublik als unterlegen zu betrachten. Vielmehr hegt man in Moskau die Befürchtung, die ausgesprochen „offensiven" Tendenzen der Bundesregierung könnten in dem Augenblick die Sowjetunion in einen neuen Krieg verstricken, in dem Bonn über Atomwaffen verfügt. Man wird zugeben müssen, daß derartige Befürchtungen keineswegs grundlos sind. Denn je mehr Bonn gerüstet hat, desto aggressiver ist seine Sprache geworden, desto verhandlungsfeindlicher seine Politik.

Die Bundesregierung hat heute weniger denn je irgendeine Chance, die von ihr proklamierten politischen Ziele auf politischem Wege zu erreichen. In der Bevölkerung wächst die Einsicht, daß die Aufrüstungspolitik zu einem Fiasko geführt hat. Das wiederum wird sich je länger desto mehr innenpolitisch zu Ungunsten der heute Herrschenden auswirken; sie werden nicht darum herumkommen, Rechenschaft ablegen zu müssen, und sie werden sich dabei nicht auf „Erfolge" herausreden können, ganz im Gegenteil. Diese Aussicht aber mag manchen in die Versuchung einer militärischen „Flucht nach vorn" führen. So erhöht das außenpolitische Debakel der Regierung Adenauer die ohnehin starke politische Spannung in Mitteleuropa. Es ist im deutschen Lebensinteresse, das wenigstens heute einzusehen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Wie immer man diese Haltung beurteilen mag — und wir haben schon darauf hingewiesen, daß zu ihrer Versteifung gerade die Bonner Politik der letzten Jahre nicht unwesentlich beigetragen hat —, jedenfalls ist die Sowjetunion heute weniger denn je bereit, sich in dem von Bonn gewünschten Sinne aus Mitteleuropa herausdrängen zu lassen; ganz im Gegenteil ist sie vielmehr bestrebt, diese ihre mitteleuropäische Position nun gerade im Hinblick auf die Wiedererstarkung Westdeutschlands zu konsolidieren. Und sie ist darüber hinaus bemüht, von den Westmächten verbindliche Garantien für eine Sicherung des Friedens auf der Grundlage des Status quo in Mitteleuropa zu erlangen. Es bedeutet nichts anderes als eine selbstmörderische Vermessenheit, wenn die deutsche Politik fortan so wie bisher von dieser Haltung der Sowjet-

union in der Deutschland-Frage abstrahieren und wähnen wollte, sie könne Moskau auf irgendeinem Wege ihre eigenen Maximal-Forderungen aufzwingen.

In diesem politischen Zusammenhang nun muß auch die gegenwärtige Zuspitzung des Berlin-Problems gesehen werden. Die westliche Position in der Berlin-Frage ist belastet durch die Rolle, die man West-Berlin seit Jahr und Tag im Kalten Krieg aufgebürdet hat. Immer wieder wurde betont, dieser westliche Teil der ehemaligen Reichshauptstadt sei ein „Pfahl im Fleische der DDR", ein „Schaufenster" und „Vorposten" des Westens und er solle all dies auch sein. Man hat West-Berlin in den letzten zwölf Jahren systematisch ausgebaut zu einer Insel inmitten der DDR, von der aus man die Verhältnisse in der DDR selbst beeinflussen wollte; mit anderen Worten, diese Berlin-Politik war und ist Teil einer Politik, deren erklärtes Ziel noch immer die „Aufrollung" der DDR, ihr Anschluß an die Bundesrepublik, die Wiederherstellung eines in das westliche Bündnis eingegliederten und atomar bewaffneten Gesamtdeutschlands ist. Daß diese Politik ihr Ziel nicht erreicht hat und es heute weniger denn je erreichen kann, haben wir bereits betont. Stattdessen hat sie der Sowjetunion Veranlassung gegeben, nunmehr auf eine Bereinigung dieses Berlin-Problems zu drängen. Die Westmächte sind sich heute durchaus im klaren über die militärische und politische Schwäche ihrer Berlin-Position. Sie werden zumindest den Versuch aufgeben müssen, Westberlin als eine Art politisch-propagandistische Schleuse zu und von der DDR zu benutzen. Anders gesagt, es ist heute im Interesse des Westens, vor allem aber im Interesse West-Berlins selbst, wenn dieses von der Funktion entlastet wird, die man ihm im Rahmen der Anti-DDR-Politik aufgebürdet hat! Die Sowjetunion ihrerseits hat immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Westberlins anzuerkennen. Sie ist aber offensichtlich nicht mehr bereit, die von West-Berlin ausgehende politisch-propagandistische Aktivität hinzunehmen, die sich gegen die DDR richtet; und sie bemüht sich, durch die politische Aktualisierung des Berlin-Problems die Westmächte endlich zu einer formellen oder doch de-facto-Anerkennung des Status quo in Deutschland zu zwingen. Der mit der atomaren Bewaffnung verbundene westdeutsche Revisionismus soll endlich „gezähmt" werden. Nichts anderes ist denn auch der Sinn der sowjetischen Forderung nach einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten.

Die Isolierung der Bundesrepublik

Durch all das, was in den letzten Jahren geschehen ist, ist eine Wiedervereinigung im Sinne der gesamtdeutschen Ansprüche Bonns unmöglich geworden: diese Einsicht muß am Anfang jeder Analyse der heutigen deutschen Situation stehen. Die Westmächte können diesen Ansprüchen nicht mehr zum Erfolg verhelfen, wenn sie es überhaupt je gewollt haben; die Sowjetunion steht ihnen mißtrauischer und feindseliger denn je gegenüber, seit Bonn mit Atomwaffen droht! Schließlich kann die Bundesregierung heute aber auch weniger denn je auf eine politische oder auch nur moralische Unterstützung durch die „dritten Mächte", die neutralistischen Staaten rechnen. Es ist eine trügerische Hoffnung, wenn man glaubt, durch eine forcierte Propaganda mit dem Slogan „Selbstbestimmungsrecht" diese Nationen heute für den westdeutschen Standpunkt in der Deutschland-Frage gewinnen zu können. Ganz im Gegenteil verliert die Bundesrepublik in diesem weltpolitisch immer wichtiger werdenden Lager sogar mehr und mehr an Boden; und zwar gerade je länger und intransigenter sie ihre verhandlungsfeindliche Militär-Politik fortsetzt, in der auch jene Staaten eine Gefährdung des Friedens zu sehen beginnen. In demselben Maße wächst ihr Verständnis für die Haltung der Sowjetunion, ohne daß sie

grundsätzlich ihrer neutralistischen Politik untreu würden. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang die Äußerungen des Staatspräsidenten Nkrumah von Ghana auf seiner Reise in die Ostblockstaaten Ende Juli (er machte übrigens auf dem Rückflug auch in Ostberlin kurz Station!) und entsprechende Erklärungen des Präsidenten Sekou Touré von Guinea; und wir weisen auf die neutralistische Aktivität des neuen brasilianischen Präsidenten Quadros hin, der die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und der Sowjetunion und eine erhebliche Ausdehnung des Handelsverkehrs zwischen Brasilien und dem ganzen Ost-Block, einschließlich der DDR, beschlossen hat.

Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren die Chance nicht genutzt, durch eine unzweideutige Entspannungspolitik und eine eindeutig anti-kolonialistische, zumindest aber doch nicht-kolonialistische Haltung sich der politisch wichtigen Sympathien dieser „dritten Mächte" zu versichern. Es war (und ist noch) möglich, sie gleichzeitig für eine aktive deutsche Neutralisierungspolitik zu gewinnen und so schon a priori die weltpolitische Isolierung eines neutralisierten und wiedervereinigten Deutschland zu vermeiden. Diese Gelegenheit ist vertan worden, ohne überhaupt geprüft zu werden . . . Bonn lehnt es bis heute ab, über eine deutsche Neutralität auch nur zu diskutieren; es hat außerdem jahrelang den außerdeutschen Neutralismus denunziert. Die Bundesregierung hat ferner als NATO-Partner die kolonialistische Politik der Westmächte unterstützt. Wenn sie heute emphatisch davon spricht, nur den Deutschen werde das Selbstbestimmungsrecht noch immer vorenthalten, das man doch den kleinsten außereuropäischen Völkern heute zugestehe, so werden jene Nationen, die sich vom europäischen Kolonialismus zumeist erst in mühevollen, blutigen Kämpfen emazipiert haben, sich der Haltung der westdeutschen Regierung und auch der westdeutschen Öffentlichkeit zur Selbstbestimmung Algeriens, Angolas, Kubas etc. erinnern! Schließlich aber ist auch ihnen nicht unbekannt, wie es zur Zweiteilung Deutschlands gekommen ist und worauf deren Vertiefung beruht.

Schon heute befürchtet man in Bonn, daß sich das neutralistische Lager in naher Zukunft sogar zu einer einheitlichen Stellungnahme in der Deutschland-Frage zu Ungunsten der Bundesrepublik zusammenfindet. Darum sieht man mit Sorgen der großen Belgrader Konferenz der neutralistischen Staaten entgegen, die am 1. September beginnen soll. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung überschrieb am 28. Juli einen Leitartikel ihres Belgrader Korrespondenten zu diesem Thema: „Gefahr aus Belgrad."

So wird denn die weltpolitische Isolierung der Bundesrepublik immer größer. Im Westen mehren sich gerade in diesen Wochen die Stimmen, die auf einen Kompromiß mit der Sowjetunion drängen, weil nur so der Frieden zu sichern und eine Entspannung einzuleiten sei. Zumal in der britischen Öffentlichkeit wird sehr offenherzig über eine wie immer verklausulierte Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und eine Berlin-Lösung auf dieser Basis diskutiert (Wir verweisen dazu auf die „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft). Auch in den USA fehlt es nicht an prominenten und angesehenen Warnern, die auf eine Kursänderung drängen. Sie treten entschieden der durch eine massive Propaganda systematisch verbreiteten Behauptung entgegen, ein Agreement mit der Sowjetunion über Berlin, die beiden deutschen Staaten und eine atomwaffenfreie Zone bedeute ein neues „München" der westlichen Politik. James Warburg sagt in einem Brief an die New York Times (vergl. N.Y.T. vom 3. 7. 61): „Die Wahl liegt nicht zwischen Festigkeit und Kapitulation. Sie liegt zwischen Initiative und entweder Krieg oder langsamer Auszehrung." Warburg stellt einmal mehr

fest, daß es keine Wiedervereinigung Deutschlands mehr gibt ohne eine Neutralisierung Deutschlands.

Präsident Kennedy hat in seiner großen programmatischen Rede vom 25. Juli die amerikanische Verhandlungsbereitschaft angedeutet. Er hat sich sogar bereit gefunden zu einer Anerkennung des sowjetischen Sicherheitsverlangens. Gleichwohl war diese Rede gerade für die Deutschen höchst unbefriedigend. Eindeutig war in ihr nur die Forderung nach einer weiteren Verstärkung der Rüstung der Vereinigten Staaten und nach vermehrten Rüstungsanstrengungen auch ihrer NATO-Partner. Diesem Appell hat Bonn denn auch begreiflicherweise sofort lebhaft applaudiert. In welchem Sinne Washington zu verhandeln gedenkt, blieb unklar. Das ist auch im Westen vielfach als unbefriedigend, wenn nicht beunruhigend empfunden worden. Die Zürcher TAT schrieb am 29. Juli: „Worüber und in welcher Form man mit Chrustschow verhandeln will, ist weder von Kennedy noch von seinem Außenminister Dean Rusk in der anschließenden Pressekonferenz angedeutet worden."

Immerhin: Kennedy hat vom Rüsten und Verhandeln gesprochen! Die Bundesregierung aber sagt: erst rüsten — dann verhandeln. So war es jahrelang: es sollte gerüstet und immer weiter gerüstet werden, bis „eines Tages" der Westen stark genug sein werde, die Sowjetunion dank dieser Rüstung zu „Verhandlungen", faktisch zur politischen Kapitulation, zu zwingen. Man hat Verhandlungen auf den St. Nimmerleins-Tag verschoben — die Verhandlungsposition des Westens im allgemeinen, der Bundesrepublik im besonderen aber ist in all diesen Jahren nicht stärker, sondern schwächer geworden. Ungeachtet dessen versucht Bonn den Westen auch jetzt noch zu einer „harten", verhandlungsfeindlichen Politik zu veranlassen. In einer Fernsehpresse-Konferenz des zweiten Programms des Deutschen Fernsehens erklärte Außenminister von Brentano am 30. Juni auf die Frage, ob der Westen mit allen oder nur mit begrenzten Mitteln auf einen Separat-Friedensvertrag antworten solle: „Mit allen"; Brentano sagte weiter: Es gebe keine Kompromiß-Lösung in der Berlin-Frage; es könne keine isolierte Berlin-Lösung geben, sondern nur eine Lösung dieses Problems im Rahmen einer schrittweisen Lösung des Deutschland-Problems. — Dem könnte man sogar zustimmen, würde der Außenminister eine realistische und aussichtsreiche Lösung des Deutschland-Problems vorschlagen. Zu Verhandlungen über eine solche ist die Bundesregierung aber nach wie vor nicht bereit. Für sie gibt es eine Lösung des Deutschland-Problems auch heute nur in dem jahrelang postulierten Sinne.

Der Bundeskanzler scheut sich nicht, noch immer die längst widerlegte Vorstellung zu nähren, der Westen könne durch eine weitere Steigerung seiner Aufrüstung und durch Einigkeit-um-jeden-Preis die Sowjetunion „mit der Zeit" „weich" machen. Auf einer Wahlkundgebung in Saarbrücken erklärte er (laut Kölner Stadtanzeiger vom 22./23. 7.): Wenn die Hoffnungen der Sowjetunion auf den Zerfall der westlichen Einheit sich als trügerisch erweisen, wird der Zeitpunkt kommen, wo die Sowjetunion im eigenen Interesse verhandeln will. In dem jetzigen Kalten Krieg werde der Westen siegen, zum heißen Krieg aber werde es nicht kommen, wenn nur die freien Völker einig und geschlossen blieben.

„Offensive Politik..."

Es braucht hier kaum noch gesagt zu werden, wie unverantwortlich angesichts der Realitäten ein solches Gerede ist. Diesem unverantwortlichen Gerede entspricht aber durchaus eine „Politik", die noch immer den „Sieg im Kalten Krieg" für möglich hält. Obwohl jedermann heute weiß oder doch wissen sollte, daß es

einen solchen Sieg unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht geben kann, eine weitere Forcierung des Wettrüstens an diesen Machtverhältnissen nichts ändern wird, vielmehr den heißen Krieg heraufbeschwören muß!

Mit um so größerer Betroffenheit muß man heute feststellen, daß die Bundesregierung offensichtlich bereit ist, ein solches Risiko auf sich zu nehmen oder besser gesagt: uns allen aufzulasten. Und wir wiederholen noch einmal: Gerade weil politisch die Bonner Position heute schwächer denn je ist, ist auch die Gefahr größer denn je, daß die für diese Politik Verantwortlichen einem Eingeständnis ihres politischen Mißerfolges und einer verantwortungsbewußten Kursänderung die Flucht nach vorn vorziehen. Zumindest provoziert ihre Intransigenz und Aggressivität Konflikte von unabsehbarem Ausmaß.

Bundesverteidigungsminister Strauß versuchte im Juli in den USA Unterstützung für seine „Politik der Stärke" zu finden. Am 25. Juli erklärte er in San Rose in Kalifornien: Die militärischen Ziele der atlantischen Allianz seien defensiv, ihre politischen Ziele aber müßten offensiv bleiben: „Denn wir dürfen einen Faktor nicht vergessen, das ist der Freiheitswille der vom Kommunismus beherrschten Völker. Wenn dieser Freiheitswille von den freien Völkern der Welt verraten wird, und entmutigt wird, dann werden die Völker resignieren . . . wenn wir politisch offensiv bleiben, dann werden wir diesen Völkern nicht in den Rücken fallen, wenn wir politisch offensiv bleiben, geben wir den Sowjetführern keine Möglichkeit, ihre Schwächen zu verbergen." Das bedeutet nichts anderes, als ausgerechnet in diesem Augenblick, eine Erneuerung der alten Konzeption von der „Befreiung" Ost-Europas. Der Bundesverteidigungsminister steht mit dieser Konzeption heute durchaus nicht allein. Ihr einflußreichster und aktivster Vorkämpfer in den USA ist z. Z. der Führer des rechten Flügels der Republikaner, Senator Barry Goldwater, der der Regierung Kennedy Schwächlichkeit und Nachgiebigkeit gegenüber den Sowjets vorwirft.

Es verdient erwähnt zu werden, daß diese Auffassungen der aggressivsten Kreise im Westen inzwischen in der Bundesrepublik ein publizistisches Sprachrohr gefunden haben. Zu ihrem Anwalt macht sich das erst seit wenigen Wochen erscheinende, von dem Passauer Verleger Dr. Kapfinger herausgegebene neue Wochen-Magazin „aktuell". Von Kapfinger weiß man, daß er mit Strauß eng befreundet ist. Sein Blatt dient offensichtlich in erster Linie der propagandistischen Popularisierung der „offensiven Politik" des Bundesverteidigungsministers. So enthält z. B. das Heft 4 dieses Magazins, vom 5. August, einen eingehenden Bericht über Senator Goldwater, der als „Gegenspieler Kennedys" vorgestellt wird, über einen angeblichen Putschversuch in Bulgarien und schließlich eine Reportage über die ost-europäischen Emigranten in der Bundesrepublik, in der diese als die wichtigsten Partner einer westlichen „Befreiungspolitik" bezeichnet werden. In den USA hat immerhin eine so weit verbreitete und geschätzte Zeitschrift wie LIFE kürzlich in einem großen Aufsatz dieselbe Konzeption empfohlen.[1]) Und dieser Aufsatz ist bemerkenswerterweise von der Hamburger WELT am 29. Juli im Wortlaut nachgedruckt worden!

[1]) Darüber berichtete Thilo Koch in der ZEIT vom 21. Juli: „Die beste und größte Illustrierte des Landes, LIFE, übertrifft in ihrem letzten Leitartikel bei weitem alles, was einst John Foster Dulles an brinkmanship leistete. Life kommt erneut mit der Konzeption einer Befreiung Ost-Europas, spricht von den Möglichkeiten des Senders Radio free Europe, Aufstände hinter dem Eisernen Vorhang anzuregen, empfiehlt eine totale Wirtschaftsblockade des Ostblocks und rechnet sich sogar — rotchinesischem Vorbild folgend — Chancen des Überlebens in einem Wasserstoffbombenkrieg aus."

Nun erscheint nichts unsinniger als dieser Hoffnung auf Erhebungen in Ost-Europa. Wie immer die Haltung der Bevölkerung zu den dortigen kommunistischen Regimes sein mag, ein solches vermutlich selbstmörderisches Abenteuer wird nach allen bisherigen Erfahrungen auch der eingeschworenste Anti-Kommunist in Ost-Europa nicht mehr riskieren. Darüber hinaus aber sollte man sich darüber klar sein, vor allem in der Bundesrepublik, daß es sich hier noch in einem anderen Sinne um eine politische Fehlrechnung handelt, die den Westen womöglich teuer zu stehen kommen kann. Denn wenn dieser Westen seine ohnehin fragwürdige „Befreiungs-Konzeption" in Osteuropa selbst vollends diskreditieren wollte, dann brauchte er nur das zu tun, was er getan hat: Die Bundesrepublik wieder aufzurüsten und ihre atomare Bewaffnung vorzubereiten. Denn mit einem hochgerüsteten „militaristischen" Deutschland haben alle jene osteuropäischen Völker einmal ihre Erfahrungen gemacht, und der heutige Bonner Revisionismus erweckt immer wieder die Erinnerung an sie. Der frühere Sekretär Churchills, Lord Boothby, der kürzlich mehrere Wochen lang Osteuropa bereist hat, berichtete in der Sunday Times vom 16. Juli 1961, gerade diese westdeutsche revisionistische Atomwaffenpolitik schweiße den Ostblock immer wieder zusammen. Über aller bedingten oder unbedingten Kritik am kommunistischen System stehe auch bei der Bevölkerung die Furcht vor dieser Bundesrepublik. So findet denn die sowjetische Deutschland-Politik, die auf eine Abschirmung Ost-Europas ausgerichtet ist, die Unterstützung auch derjenigen Kreise der Bevölkerung, die an den heutigen kommunistischen Regimes manches auszusetzen habe. Auf alles mögen diese osteuropäischen Völker warten — auf eine „Befreiung" durch eine NATO, in der die Deutschen des Herrn Strauß eine führende Rolle spielen, warten sie bestimmt nicht. Ganz abgesehen davon, daß es im Kriegsfalle zu einer solchen Befreiung gar nicht mehr kommen würde, sondern nur zum gemeinsamen Untergang.

Es gibt also Kreise in den USA und in der Bundesrepublik, die bestrebt sind, neue Aufstände in Osteuropa zu provozieren und die (vgl. „aktuell", Nr. 4, Seite 9) für diesen Fall auch das Risiko eines großen Krieges akzeptieren wollen! In einem besonderen Maße nun gilt das im Hinblick auf die DDR. Je unausweichlicher und wahrscheinlicher ein politischer Kompromiß der Weltmächte in der Deutschland-Frage ist, desto intensiver wird in der Bundesrepublik eine Agitation, die mehr oder minder unverhüllt nach einem fait accompli ruft, mit dem jener politische Kompromiß noch einmal verhindert werden soll. Wir erinnern an die im doppelten Sinne ruchlose Propaganda, die zumal die Springer-Presse, von „BILD" bis zur „WELT", mit der Flüchtlings-Frage treibt. Ruchlos, weil hier bedenkenlos dieselbe „seelische und materielle Not" der Einwohner der DDR kommerziell und politisch ausgebeutet wird, über die man gleichzeitig Krokodilstränen vergießt. Ruchlos aber auch darum, weil dies alles im Dienste einer für die ganze Nation lebensgefährlichen Politik geschieht. Es liegt uns fern, die Fluchtbewegung aus Ostdeutschland allein auf westliche Propaganda oder nur auf planmäßige „Abwerbung" zurückzuführen; es muß doch gewisse objektive Gründe haben, die auch zu Lasten des Regimes gehen, wenn derart viele Menschen sich so leicht, auf welche Weise immer, „abwerben" lassen! Anders gesagt, es gibt zweifellos schwer verständliche Mißstände in der DDR selber, die, vom Westen propagandistisch aufgebläht, viele ihrer Bürger zur Flucht veranlassen. Die maßlose Anti-DDR-Propaganda fast der gesamten westdeutschen und insbesondere auch der westberliner Presse, die pausenlosen Hetzsendungen des RIAS aber schüren ganz bewußt die Unruhe, schaffen eine Massenhysterie und beschwören die Gefahr eines deutschen Bürgerkrieges herauf!

Die für diese Propaganda Verantwortlichen mögen nicht übersehen, daß gerade ihre Agitation von West-Berlin aus die westliche Position daselbst weiter belastet und einen verstärkten Gegendruck auf West-Berlin geradezu herausfordert. Die Sowjetunion und die DDR selbst werden nur noch entschlossener auf eine Bereinigung des Berlin-Problems drängen; und sie haben durchaus die Handhabe, den Westen zu einer solchen zu zwingen. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senates, Senator Fulbright, der in einem Fernseh-Interview Ende Juli eine Kompromiß-Bereitschaft des Westens in der Berlin-Frage gefordert hat, erklärte in diesem Zusammenhang, die Sowjets seien ohnehin durchaus in der Lage, wenn sie wollten, die Grenzen der DDR völlig zu schließen, ohne daß sie ein vertragliches Recht dabei verletzen würden.

Die Aufforderung an den Westen, in der DDR einen aktiven Widerstand anzuzetteln, an die Bewohner der „Zone", dem Regime entgegenzutreten, wird aber nicht nur von den bisher genannten Publikationen und Persönlichkeiten vertreten. Wir erwähnen zwei weitere westdeutsche Stimmen, um zu zeigen, wie weit verbreitet bereits diese Agitation ist[1]).

Schließlich muß auch auf die Tätigkeit des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, vor allem auf die allwöchentlichen Propaganda-Reden des Staatssekretärs Thedieck hingewiesen werden. Und als habe er das Maß vollmachen und den kommunistischen Vorwürfen an die Adresse des Evangelischen Kirchentages post festum einen unzweideutigen Rechtsgrund liefern wollen, hat sich am 28. Juli auch der stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, der hannoversche Landesbischof Lilje in einem Fernseh-Interview für ein „christliches Widerstandsrecht" gegen das Regime in der DDR ausgesprochen. Herr Lilje erklärte, er wolle seine Brüder drüben nicht gefährden, indem er einfach Ja sage zum aktiven Widerstandsrecht. „Aber denken tue ich es wohl", fügte er hinzu . . .

---

[1]) In der Kölnischen Rundschau vom 10. Juli schrieb der Leitartikler Robert Ingrim: „Seit einiger Zeit, und besonders seit dem Einzug John F. Kennedys ins Weiße Haus, wird viel davon geredet, daß die Strategie der Abschreckung durch die großen Kernwaffen nicht genüge; daß sich die freie Welt instand setzen müsse, alle Mittel des Kalten Krieges, des Nervenkrieges, und des Schießkrieges anzuwenden, über welche die Sowjetunion verfügt. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstands, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr, die Revolution. Die Abwanderung ist dafür ein ungemein schwacher Ersatz. Sie ist sogar ein Ventil, daß den Gegendruck schwächt . . ."

Und in einem Leitartikel der Badischen Neuesten Nachrichten (Karlsruhe) vom 8. 7. 61 heißt es: „Die Bundesregierung hat bisher aus Friedensliebe darauf verzichtet, die Zonenbevölkerung zum Widerstand zu ermuntern. Während Ulbricht und Chrustschow täglich die Bundesdeutschen zum Umsturz des freiheitlichen Regimes auffordern, haben wir die Zone zur Ruhe, zum stillen Aushalten, ja zum Gehorsam gegen die „Obrigkeit" ermahnt. Sie hat auf uns gehört. Aber die Zeit kommt heran, wo man sich fragen muß, ob man auf diese Weise Ulbricht es weiter so leicht machen darf, über die Meinung der Zonendeutschen wegzugehen und sie zu zwingen, das verhaßte System durch Arbeit und Mehrarbeit am Leben zu halten. Uns scheint, man kann das jetzt nicht mehr tun, wo es ums nationale und persönliche Leben geht . . . Uns scheint, man muß die Zone zu Worte kommen lassen und auch sie an dem Prozeß der Einklagung des Selbstbestimmungsrechts zu beteiligen. Die Ermahnungen zum Stillhalten und Gehorchen sollten aufhören."

Es gehört in diesen Zusammenhang auch die Veröffentlichung des dritten Tätigkeitsberichts des „Forschungsrates für die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" Anfang Juli, die in der bundesdeutschen Presse eingehend kommentiert wurde. Dieser Forschungsrat beschäftigt sich seit 1952 mit der Wiedervereinigung im Sinne der Bonner Vorstellungen von einer solchen. Er arbeitet auch weiterhin Pläne aus für die Einführung der westdeutschen Wirtschafts- und Gesellschafts-Ordnung auf dem Gebiet der heutigen DDR. Dergleichen mutet angesichts der heutigen politischen Umstände grotesk an. Man würde aber die verhängnisvolle Bedeutung eines solchen Als-ob gerade in dieser Situation unterschätzen, wollte man in diesem Bericht von der Tätigkeit des Rates sowie in den genannten Presse-Kommentaren nur deutsche politische Weltfremdheit sehen. Vielmehr: ist es schon Torheit, so hat sie doch politische Methode! Denn was immer die Wissenschaftler sich denken mögen, die für derartige Untersuchungen an einem fiktiven Objekt sich hergeben — ihre Arbeit dient den Auftraggebern dazu, die längst ad absurdum geführte Bonner Wiedervereinigungspolitik auch weiterhin zu vertreten. Man versucht, den Zusammenbruch der eigenen politischen Position in der Deutschland-Frage zu verschleiern und bereitet faktisch, ob bewußt oder unbewußt, die Flucht nach vorn vor.

Damit aber beschwört man nicht weniger herauf als den Untergang der Nation selbst. Denn wer unter den heutigen Machtverhältnissen versucht, die DDR von innen oder von außen) zu „liquidieren" — der liquidiert sich selbst!

Hingewiesen sei hier auch auf die demonstrative Aufwertung des „20. Juli" durch Bundesregierung und Bundeswehr in diesem Jahr, die in einem bemerkenswerten Gegensatz steht zu der bisherigen Zurückhaltung beider gerade in dieser Frage. Gewiß beruht sie nicht allein auf der späten „Entdeckung" der Zugehörigkeit des Herrn Globke zum Kreis der Männer des „20. Juli" . . . Was mit jener Aufwertung des Aufstandes gegen Hitler gemeint ist, läßt das Wort des Generals Foertsch erkennen: „Der 20. Juli 1944 und der 17. Juni 1953 gehören zusammen."

So wird heute die Vergangenheit nicht nur bedenkenlos manipuliert, es wird auch das Andenken derer heute zugunsten einer lebensgefährlichen Verschärfung des Kalten Krieges mißbraucht, die versucht haben, in allerletzter Stunde den längst verlorenen heißen Krieg Adolf Hitlers zu beenden, um der Nation die unheilbare Verstümmelung zu ersparen. Die Männer des „20. Juli" ließen ihr Leben, weil sie einer wahnwitzigen Kriegsführung in den Arm fallen wollten, die die Ehre wie die Substanz des deutschen Volkes tödlich bedrohte. Heute sollen sie herhalten zur propagandistischen Unterstützung einer politisch längst zusammengebrochenen Konzeption, der nun mit außerpolitischen Mitteln um jeden Preis zum Erfolg verholfen werden soll. Am Ende dieses Spiels mit dem Feuer kann nur ein Weltbrand stehen, dessen erste Opfer die Deutschen selbst werden würden. So ist denn der seinerzeit gescheiterte „20. Juli" heute durchaus aktuell, aber in einem ganz anderen Sinne als dem von Bonn proklamierten. Er war eine Aktion allzu weniger, die allzu spät kam. Er erinnert an die Notwendigkeit und Pflicht, einer Politik rechtzeitig und entschlossen Einhalt zu gebieten, die zu einem neuen Stalingrad und einem neuen 8. Mai 1945 führen muß, ganz abgesehen von den furchtbaren Schrecken eines Atomkrieges.

Es ist erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit Bonn sich auf das „Äußerste" einstellt, ohne irgend etwas zu tun, um dies Äußerste durch eine

behutsame und konsequente Entspannungspolitik wenigstens jetzt noch abzuwenden.[1])

In den Leitartikeln der WELT predigen Herr Zehrer und sein Kollege Georg Schröder, wir müßten uns nun endlich „bewähren" durch wirkliche „Opferbereitschaft" und „Haltung": „Wir müssen daher unseren Pragmatismus ergänzen durch eine stoische Haltung, oder wir werden die Prüfung, deren Ende nicht abzusehen ist, nicht bestehen. Um der eigenen menschlichen Würde und um der Luft der Freiheit willen, in der sie nur möglich ist, werden wir standhalten müssen, ohne nach Vorteil und Erfolg zu schielen, auch ohne ungeduldig zu werden." (22./23. 7. 61); und in dem schon einmal zitierten Aufsatz von Robert Ingrim heißt es: „Es gehört zum Wesen des Märtyrertums, daß der scheinbar sinn- und hoffnungslose Opfertod die gewaltigste Hebelwirkung hat."

So wird denn wieder einmal statt Vernunft, Besonnenheit, konstruktiver Politik nichts anderes als „Haltung" gefordert, so wird mit dem „Opfertod" und dem „Nichts" geliebäugelt, nachdem die vermessenen Alles-Oder-Nichts-Politik am Ende ihrer Weisheit angelangt ist! Man fühlt sich zurückversetzt in das Frühjahr 1945! Längst war damals alles verloren, jeder Mann konnte es einsehen, eine Fortsetzung des Krieges war nichts als verbrecherischer Wahnsinn. Und dennoch forderte die Führung in diesem furchtbaren Bankerott ihrer eigenen Politik „Haltung", „Opfer" und das Warten auf ein „Wunder", das nicht kam.

Diese ideologische Kampagne ist die Begleitmusik zu einer weiteren Steigerung der westdeutschen Aufrüstung. Die Bundesregierung hat bereits zu verstehen gegeben, daß eine Erhöhung des Militärhaushaltes um nicht weniger als zwanzig Prozent auf (offiziell) 13,5 Milliarden D-Mark geplant ist. Minister Strauß hat für 480 Millionen D-Mark in den USA Pershing-Raketen bestellt, die nur mit Atomköpfen zu verschießen sein sollen. Die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate ist vorgesehen, wenn auch die Bundesregierung aus wahltaktischen Gründen im Augenblick davon nicht spricht.

Es gibt keine „mittlere Lösung" mehr

Es fehlt nun in dieser Situation nicht an Stimmen, die, ausgehend von dem Mißerfolg der bisherigen Bonner Politik, nicht zwar eine wirkliche politische Neuorientierung der Bundesregierung fordern, wohl aber eine Art „mittleren Weg" vorschlagen. Dazu gehört etwa die von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier formulierte Erklärung des Bundestages zur Deutschland-Politik. Sie ist von der westdeutschen Öffentlichkeit im allgemeinen beifällig aufgenommen worden, um vom Bundeskanzler sehr bald in unmißverständlicher Weise desavouiert zu werden. So hart es klingen mag, man wird eine solche Klärung nur begrüßen können und hat wenig Grund, der Pseudo-Initiative des ewig verhinderten Außenpolitikers Gerstenmaier nachzutrauern. Sie war ein Musterbeispiel von Inkonsequenz. Denn nicht nur, daß der Bundestagspräsident seine Auffassungen, die in einigen Punkten von denen der Bundesregierung abwei-

---

[1]) In einer der letzten Bundesratssitzungen wurde das Änderungsgesetz zum Bundesleistungsgesetz behandelt, das Art und Umfang der Dienst- und Sachleistungen im drohenden Verteidigungsfall regelt. Laut WELT vom 15. 7. bestand Staatssekretär Hopf vom Verteidigungsministerium darauf, daß die Bundeswehr-Verwaltung als zivile Anforderungsbehörde bestimmt werde, da „angesichts der gegenwärtigen gespannten Lage" die Möglichkeit bestehe, daß dieses Gesetz „demnächst" angewendet werden müsse und für den Aufbau anderer ziviler Anforderungsbehörden bei den Gemeinden keine Zeit mehr zur Verfügung stehe!!!

chen, überaus schwächlich vertreten und die Fahne sogleich wieder eingezogen hat, als ihm Dr. Adenauer entgegentrat — der Inhalt der Gerstenmaier'schen Erklärung erscheint nicht minder unzulänglich angesichts der Realitäten. Denn auch Dr. Gerstenmaier wähnt noch immer, die Russen ließen sich zu einer Preisgabe der DDR veranlassen, wenn man nur bereit sei, über den Status eines wiedervereinigten Deutschlande mit ihnen zu sprechen. Das war vermutlich einmal der Fall. Man hat jahrelang diesen Versuch nicht gemacht. Auch Dr. Gerstenmaier ist für dieses schwerwiegende Versäumnis mitverantwortlich. Offensichtlich ist es heute für dergleichen zu spät. Politik ist nicht zuletzt auch eine Frage des richtigen Termins! Heute führt der Weg zur Sicherheit des deutschen Volkes und zur Wiedervereinigung nur noch über Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ob man das nun angenehm findet oder nicht. Und ebenso unerläßlich ist eine unmißverständliche deutsche Entspannungs-Initiative. All dem versuchen Herr Gerstenmaier und sein Anhang auszuweichen. Für ihren „mittleren Weg " bestehen keine Chancen mehr.

Nicht weniger irreal ist auch der Vorschlag des sozialdemokratischen Kanzler-Kandidaten Willy Brandt, die Deutschland-Frage solle auf einer Friedenskonferenz mit allen 52 Kriegsgegnern des Deutschen Reiches behandelt werden. Nicht als ob eine solche Konferenz an sich abzulehnen wäre: unsinnig ist aber die Erwartung, es werde sich auf ihr die auch von Willy Brandt vertretene Politik des Bonner gesamtdeutschen Anspruches erfolgreich vertreten lassen! Auch dieser Umweg wird nicht mehr zu dem gewünschten Ziele führen. Solange Herr Brandt „Verhandlungen" fordert, ohne doch in irgendeiner entscheidenden Frage von der Konzeption der Bundesregierung eindeutig abzurücken und ohne eine wirkliche Alternative zu vertreten, solange sind seine Forderungen nichtig. Die vordringliche Aufgabe der deutschen Politik ist heute längst nicht mehr, darüber zu diskutieren, ob verhandelt werden soll oder nicht, kann es doch über dieses ob ohnehin längst keine Unklarheit mehr geben. Es kommt vielmehr darauf an, endlich das Wie und das Was solcher Verhandlungen zu präzisieren, die angesichts des Ernstes der Lage gar nicht mehr früh genug kommen können!

Vor der Wahl

Wir gehen zurück auf das eingangs erwähnte Zusammentreffen der Berlin-Krise, die in Wirklichkeit eine Deutschland-Krise ist, mit der Bundestagswahl vom 17. September. Die Bevölkerung der Bundesrepublik kann sich gerade angesichts dieser Wahlen nicht mehr auf ein Fatum herausreden; sie kann nicht sagen: es kommt ja doch wie es kommen soll! Nein, es wird in sehr wesentlichem Maße von uns selbst abhängen, wie es kommt. Heute haben wir jedenfalls noch die Wahl, im schicksalhaften Doppelsinne des Wortes!

Gerade angesichts der Zuspitzung der Lage ist es aber auch erschreckend, auf welchem Niveau in diesem Wahlkampf die nationalpolitischen Lebensfragen behandelt werden, sofern sie überhaupt zur Sprache kommen. Auf eine sachliche, der Kompliziertheit der Probleme und dem Ernst der Stunde angemessene Argumentation wird fast völlig verzichtet. Die Regierungspartei, voran der Bundeskanzler, wagen es, ohne mit der Wimper zu zucken, von den „Erfolgen" ihrer Außenpolitik zu reden und propagieren deren uneingeschränkte Fortsetzung. Die Sozialdemokraten aber verzichten darauf, von dieser Regierung unnachsichtig Rechenschaft und Umkehr zu fordern. In allen wesentlichen Fragen haben sie ausgerechnet in dem Augenblick, da die bisherige Politik zu einem riesengroßen Debakel zu führen droht, ihr sich angepaßt. Neuerdings empfehlen sie sich, angesichts der wachsenden Unzufriedenheit mit ihrer neuen Politik, als das „kleinere Übel". In Wirklichkeit aber potenzieren sie das eine große Übel, indem

sie der Bonner Politik grundsätzlich ihre Unterstützung leihen. Und sie sind längst mitverantwortlich für all das, was eine Konsequenz dieser Politik sein wird. Erst kürzlich erklärte Willy Brandt noch einmal, er lehne eine Neutralisierung Deutschlands unbedingt ab und er könne sich keine Situation vorstellen, in der eine Bonner Regierung mit Ulbricht zu verhandelt haben werde. In der Broschüre „Klipp und Klar", die den Wählern das Regierungsprogramm der SPD erläutern soll, wird gesagt, die SPD habe bei ihren Vorschlägen für eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse keine Luftschlösser gebaut. Unmittelbar darauf aber heißt es auch: „An eine Verringerung des Verteidigungs-Haushalts sei nicht gedacht, stellte Dr. Möller ausdrücklich fest." Und schließlich die Haltung der SPD zum Problem der inneren Freiheit in der Bundesrepublik: sie hat versucht des unbequem gewordenen Rivalen DFU, den sie zunächst toschweigen zu können wähnte, durch die Forderung nach einem Verbot dieser neuen Partei Herr zu werden. Die SPD ist offensichtlich außerstande, sich sachlich, mit Argumenten, mit der DFU auseinanderzusetzen; so denunziert sie sie einfach als „Nachfolge-Organisation der KPD"! Nicht genug damit, Willy Brandt antwortete auf seiner Pressekonferenz am 28. Juli in Bonn auf die Frage, ob er sich als Bundeskanzler sofort für eine Notstandsgesetzgebung einsetzen werde, mit einem deutlichen: „Ja, sofort!" — zur Verblüffung der der CDU nahestehenden „Rheinischen Post"! Zuletzt muß daran erinnert werden, daß die SPD ungeachtet der durch die Außenpolitik Bonns mitheraufbeschworenen Krise eine außenpolitische Aussprache im Bundestag und damit eine grundsätzliche Erörterung der deutschen Lebensfragen nach wie vor ablehnt.

Es ist eine erschreckende Bilanz, die wir haben ziehen müssen. Und diese Bilanz kann nur immer erschreckender werden, wenn die bisherige Politik fortgesetzt wird. Wir werden Opfer bringen müssen. Die Frage ist nur, ob wir lieber gewisse allzu lange gehegte Illusionen oder unsere Zukunft opfern wollen. Denn es geht nicht um eine politische Kapitulation der Bundesrepublik oder gar des Westens. Es geht nicht darum, daß dem Kommunismus Tür und Tor geöffnet werden sollen. Nichts erscheint wichtiger, als Ursprung und Proportionen der heutigen Krise klar zu erkennen. Der Verwirrung ist schon übergenug. Eine deutsche Friedenspolitik hat durchaus Chancen, zunächst einmal die Voraussetzungen für eine Entspannung in Mitteleuropa zu schaffen. Eine solche aber ist wiederum die Voraussetzung einer Entspannung in der ganzen Welt und damit auch für eine Lösung des Wiedereinigungsproblems. Es geht um nichts anderes, als um diese Voraussetzungen. Die Existenz der DDR läßt sich durch Beschwörungen so wenig wie durch Subversion aus der Welt schaffen; und die Sowjetunion wird man in Zukunft weniger denn je durch eine westliche, gar westdeutsche Machtpolitik „weich machen können". Dies alles liegt auf der Hand. Von diesen Tatsachen muß jede deutsche Politik ausgehen, die nicht ein Spiel mit dem Feuer sein will. Eine vernünftige Lösung des Deutschlands-Problems ist auch der Rahmen für eine Lösung des Berlin-Problems.

Es ist ein gefährlicher Irrtum, wenn man glaubt, die letztere noch einmal hinauszögern zu können, indem man die erstere weiter verschleppt. Wenn der Westen und Bonn in den nächsten Monaten nicht bereit sind, über Berlin, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander und über eine Sicherheitszone in Mitteleuropa zu verhandeln, dann wird der Osten angesichts dieser Intransigenz seinerseits neue vollendete Tatsachen schaffen. So hat denn der Westen keinen Grund mehr, derartige Verhandlungen abzulehnen, die von ihm nichts als Realismus und Vernunft fordern, wie sie auch von den Deutschen verlangt werden.

Die Bundesrepublik würde keineswegs allein stehen, wenn sie sich bereit zeigte zu Verhandlungen über eine militärische und politische Neutralisierung beider deutscher Staaten und über einen neuen Status von West-Berlin, der das Selbstbestimmungsrecht von dessen Bevölkerung sichern kann. Es gibt auch im Westen genügend Stimmen, die dergleichen heute einfach aus Verantwortungsbewußtsein fordern. Eine derartige Verhandlungsbereitschaft würde aber auch das Ansehen der Bundesrepublik bei den „dritten Mächten" erhöhen. Lange genug haben wir für eine verhängnisvolle politische Fehlkalkulation bezahlen müssen. Heute müssen wir einsehen, daß auch Atomwaffen eine richtige Politik nicht ersetzen können. Ganz im Gegenteil, sie machen eine falsche nur noch falscher. Eine beharrliche und nüchterne deutsche Entspannungspolitik ist heute die einzige überhaupt mögliche Wiedervereinigungs-Politik; sie ist aber auch die einzige sinnvolle Berlin-Politik! Entscheiden wir uns abermals für das „Alles oder Nichts" — so ist uns das Nichts gewiß!

(Abgeschlossen am 1. August)

Heinz Abosch:

Entstellte Demokratie

Nichts kann den problematischen Zustand der westdeutschen Demokratie mehr enthüllen als das Einschwenken der Partei, die ein Jahrzehnt die Opposition verköperte, auf Regierungskurs. Im zwölften Jahr ihrer Existenz eröffnet die Bundesrepublik durch die beiden großen Parteien ihren Wählern keine Alternative mehr, sondern eine im wesentlichen einheitliche Antwort. SPD und CDU sind sich einig in den Kernfragen der Außen- und Innenpolitik. Beide Parteien befürworteten Aufrüstung, NATO-Strategie mit Einschluß der atomaren Bewaffnung und Verteidigung der „Freiheit Berlins" einschließlich militärischer Mittel, die zum Dritten Weltkrieg führen können. Beide Parteien sprechen sich zugunsten des gesellschaftlichen Status der Bundesrepublik aus und ignorieren deren selbst im Grundgesetz unterstrichenen provisorischen Charakter. Der Hauptvorwurf, den das SPD-Regierungsprogramm gegen die CDU erhebt, ist, „daß sie die staatsbejahenden Kräfte nicht zu einer Gemeinsamkeit in den Grundfragen zusammenführte". Das Programm setzt heute eine solche Gemeinsamkeit voraus: das sichtbarste Ziel der Sozialdemokraten ist die Bildung einer Koalitionsregierung mit den Christdemokraten. Freilich provoziert die SPD mit ihrem Vorwurf einen schwerwiegenden, der gegen sie selbst gerichtet ist: Wie hätte in der Vergangenheit eine Koalition gebildet werden können, während die Plattform einer politischen Gemeinsamkeit fehlte, die Sozialdemokratie NATO und Aufrüstung verwarf? Die eifrig in die Regierung drängenden Brandt-Kräfte versuchen die eigene Parteigeschichte auszulöschen, indem sie ihre jetzige Politik in die Vergangenheit reflektieren und diese nachträglich einer Korrektur in neuem Licht unterziehen. Die an der Macht befindliche Partei kann mit ihrem Erfolg zufrieden sein, ihr Triumph ist vollständig. Nicht genug damit, eine Gemeinsamkeit in der Gegenwart zu vollziehen, konstruiert die SPD eine solche in der Vergangenheit, wo es sie nicht gab. Sie will ganz gesellschaftsfähig werden und dem Makel begegnen, die Dinge halb zu machen. Hieß die Losung

Adenauers vor vier Jahren „Wohlstand für alle", so begnügt sich die SPD damit, unter einem lächelnden Brandt das Wort bescheiden in „Wohlstand ist für alle da" abzuwandeln.

Die Übereinstimmung in den Grundfragen reduziert die Opposition auf Einzelgebiete und macht sie solcherart gleichzeitig fragwürdig. Denn wie sollte wohl die „Verdoppelung des Lebensstandards in weniger als einer Generation" vor sich gehen, wenn „die Bundeswehr wirksam ausgerüstet" wird? Es gehört zum Sinn der Gemeinsamkeit, sich der gleichen Demagogie zu bedienen, die die Adenauer-Partei bisher mit soviel Erfolg anwandte. Rückhaltlos wird die Wohlstandssucht ausgenutzt, man versucht, sie mit gezielten Versprechungen für sich zu gewinnen. Die politischen Entscheidungen werden ausgeklammert, als entwickle der Wohlstand sich unabhängig von ihnen. So wird der Wahlkampf in diesem Jahr zu einer Karikatur seiner selbst, zu einem Spektakel mit Staffage und Kostümen und völlig irreellem Inhalt. Die Parteien marschieren auf, Redner tönen, erfüllen die von ihnen erwarteten Gesten. Aber das Spiel ist falsch, eine müde Wiederholung, der es an Echtheit fehlt. Man tut so, als ob alles beim Rechten wäre, als ob es einen echten Wahlkampf gebe. In Wirklichkeit ist das Spiel aus, bevor es begann, da man falsche Karten mischt.

Einen echten Wahlkampf kann es nur geben, wenn politische Grundfragen zur Debatte gestellt werden, wenn die Lage mit aller Klarheit umrissen wird. Die beiden großen Parteien — und die beiden kleinen, die vom Regierungskuchen auch ein Stückchen bekommen wollen — sind sich einig, das Bild, so sehr es geht, zu verwischen und den Wählern eine künstliche Entscheidung aufzuerlegen. Während die Rüstung immer tödlichere Aspekte für den Weltfrieden annimmt, die Berlin-Krise und das Deutschland-Problem die Politik der Bundesregierung einer Zerreißprobe ungekannten Ausmaßes aussetzen, soll der Wähler davon so wenig wie möglich beunruhigt werden. Er darf darüber nicht nachdenken und wird stattdessen — wie im SPD-Regierungsprogramm — aufgefordert, sich für „reine Luft, reines Wasser, weniger Lärm zu entscheiden", — womit keineswegs eine vom Atom-Bombern gereinigte Luft gemeint ist, sondern die Abgase von Fabriken.

Die Karikatur dieses Schein-Wahlkampfes ergibt sich daraus, daß er den Charakter einer Gemeinderatswahl annimmt, während die Welt — nicht zuletzt die Deutschen selber — der Entscheidung über Krieg und Frieden entgegentreibt. Den höchsten Triumph, den die Regierungspartei auskosten kann, ist, daß ihre antidemokratischen Manipulationen, nachdem sie von den Sozialdemokraten jahrelang bloßgestellt wurden, jetzt von diesen wie von gelehrigen Schülern nachgeahmt werden. So kommt es, daß in fast allen westlichen Hauptstädten die Politik Adenauers einer schärferen Kritik ausgesetzt ist als in der Bundesrepublik, wo man sie doch am ehesten kennen sollte. Dieser Schein-Wahlkampf, der auf echter Gleichschaltung beruht, entspricht der Funktion eines Obrigkeitsstaates. Die politische Entscheidung, von der die Wähler weitgehend ausgeschlossen sind, ist zum Vorrecht der höheren Kommandostäbe von Politik und Wirtschaft geworden. Das Spiel mit falschen Karten ist nur echt für diejenigen, die sie mischen; nicht für die breite Masse der Mitspieler. Glauben sie für Kühlschrank und VW zu stimmen, so wissen die Drahtzieher, worum es geht. Die Entscheidung über Aufrüstung oder Entspannung, NATO oder Neutralität, wird — soweit man sie überhaupt für erwähnenswert hält — im Sinn der Regierung vorausgesetzt und heiliggesprochen. Als könnte es keine andere geben, als hätte sie sich bewährt. Der obrigkeitsstaatliche Stil überwuchert den Geist demokratischer Kritik. Letzte Bedenken werden im Namen der „Bedrohung durch den Osten" und der notwendigen „nationalen Einheit", die keine Parteien, nur

noch Deutsche kennen will, weggeräumt. Die diesjährigen Wahlen werden so sehr von dieser Tendenz gekennzeichnet, daß selbst eine Schweizer Zeitung den Bundesbürgern den Rat gab, auf jedes Streitgespräch zu verzichten. Das muntere Gedeihen des Adenauer-Kults wird dabei zu einem Anachronismus in einer Welt, die ihn immer mehr als überholt betrachtet. Der entsprechende Mythus des John Foster D u l l e s hat in den USA merklich an Boden verloren, wo K e n n e d y sich bemüht, das Steuer herumzuwerfen. Aber in der Bundesrepublik ergeht sich Willy Brandt — den Törichte mit dem amerikanischen Präsidenten verglichen — ganz in äußerer Imitation amerikanischer Leutseligkeit, während er vor der Politik Adenauers zu Kreuze kriecht.

Die Entpolitisierung der Option bedingt das Herausstellen der „Führerpersönlichkeiten". Je mehr es darum geht, die wichtigsten Fragen im Dunkeln zu belassen, um so aufdringlicher treten die Führer in den Vordergrund, denen man „Vertrauen" entgegenbringen muß. Ohne Programm, übernehmen sie keine bestimmte Verpflichtung und ziehen formlose Versprechungen vor. Das Verhältnis, das sie mit den Wählern eingehen, ist kein demokratisches, sondern das der Unterordnung. Die „Führerpersönlichkeit" selbst bringt es mit sich, daß man ihr vertraut und eine Blankovollmacht erteilt. Weitgehend entpolitisiert, tragen die Bundestagswahlen einen plebiszitären Charakter, der in nichts vom Grundgesetz vorgesehen wurde. Die Entscheidung lautet: Adenauer oder Brandt. Richtiger: Adenauer und Brandt, da der SPD-Kandidat weniger als Rivale des alten Herrn denn als sein junger Erbe auftritt. Nachdem das politische Denken seit Jahren durch das Bild des strengen, aber gerechten Vaters erdrückt wurde, erleidet es eine neue Einbuße durch die Unverbindlichkeiten des lächelnden Willy, dessen widerspruchsvolle Haltung zur Atombewaffnung man kennt, dem jedoch von einem SPD-Blatt die unschätzbare Eigenschaft nachgerühmt wird, graumelierte Schläfen zu besitzen. Die sozialdemokratische Fehde gegen die „Kanzlerdemokratie" ist vergessen, seitdem eine „Kanzlerkandidat-Demokratie" hinzugekommen ist. Der Wahlkampf wird zum Markenartikelverkauf herabgewürdigt. Nicht die politische Analyse steht am Anfang, sondern die Analyse der Werbefachleute und Meinungsforscher. Sie bestimmen nicht nur Reklameslogans, sondern selbst die Wahlprogramme. Der Wähler bekommt das zu hören, was ihm am meisten Spaß macht und was ihn am sichersten in die Netze der Wahlmanipulatoren treibt. So paßt sich der Wahlkampf dem üblichen gesellschaftlichen Getriebe an und wird ausgetragen wie ein Geschäft, wobei der Käufer (oder der Wähler) zum Nutzen desjenigen agiert, der die Ware verkauft. Der Bundesbürger, seit langem mit den Reflexen des Käufers ausgestattet, verhält sich hierbei, wie er es täglich tut: als Käufer. Er will hübsche Plakate sehen, nette Texte lesen und im übrigen möglichst wenig gestört sein. So werden die Wahlen zur Krönung der täglich praktizierten Gewohnheiten: Morgens liest der Staatsbürger die „Bild-Zeitung", in der Pause trinkt er Coca-Cola, und alle vier Jahre schreitet er würdig zur Wahl.

Es ist wohl nicht notwendig, viele Worte über die Begrenztheit des demokratischen Spiels innerhalb der CDU zu verlieren. Seit ihrer Gründung war sie trotz ihres christlichen Anspruchs keine „Weltanschauungspartei", der es um die Verwirklichung bestimmter ideologisch begründeter Vorstellungen ging: sie war eine Interessenvertretung, in der sich die Männer an den längsten Hebeln durchsetzten. Der ideologischen Debatte, der Debatte schlechthin, kam daher kaum Bedeutung zu. Die Programme wurden den Umständen entsprechend rasch und bedenkenlos ausgewechselt. „Ein eigentliches Programm — jedenfalls in dem Sinn, wie man es früher verstand — hat die CDU kaum. Ihre ‚Leitsätze' ähneln eher einem Public-Relation-Text, was ja auch in einem kommerziellen Zeitalter

das Ungeschickteste nicht ist" (Rüdiger Altmann: „Das Erbe Adenauers", Seewald Verlag, S. 95). Als wesentlich wirtschaftliche Interessenorganisation, die die Religion als Etikett anstelle einer fehlenden Ideologie benützt, widerspiegelt die CDU die bestehende Wirtschaftsstruktur. In ihr herrschen unzweideutig und kaum auf Widerspruch stoßend die ökonomisch Mächtigen. Die autoritären Gepflogenheiten Adenauers haben ihr übriges dazu beigetragen, den demokratischen Charakter der Partei zu vermindern. Aber von Anfang an verlangte sie geradezu danach: die Tyrannei des alten Herrn entsprach ihrer geistigen Leere. Das wurde von Jahr zu Jahr schlimmer, bis schließlich die gesamte CDU ein Anhängsel seiner erlauchten Person wurde. Die Parteitage bestehen im braven Anhören der Prominenz, im Einsammeln von Autogrammen. Niemand denkt daran, daß die Politik dort bestimmt werden könnte. Nicht einmal wirklich diskutiert wird sie.

Die Wandlung, die in der SPD vor sich gegangen ist, hat ähnliche Züge. Sie war der Typ einer weltanschaulich fundierten Partei, in der geistige Auseinandersetzungen die Regel waren. Jetzt mausert sie sich zu einem Interessentenverband mit pragmatischen Zielen. Gleichzeitig nimmt im Klima der „neuen Sachlichkeit" die Diskussionsfreudigkeit ab. Ist sie auch heute noch größer als in der CDU, so zeigte sich in den letzten Jahren auch hier eine Anpassung. Das Herausstellen Willy Brandts als eines „Führers", der Adenauer gegenübergestellt wird, unterstreicht gleichfalls die Ähnlichkeit des Prozesses. Aber schon bevor sich die SPD dieser Wandlung unterzog und ihrer Tradition abschwor, stimmten ihre demokratischen Bekundungen mit ihrem eigenen Wesen nicht überein. Nicht die Masse der Mitglieder entschied, sondern eine Handvoll von Führern. In einem 1957 erschienenen Buch schreibt der sozialdemokratische Publizist Walter Theimer darüber folgendes: „Nominell wird der Parteivorstand vom Parteitag gewählt; aber der Parteitag wird vom Parteivorstand gewählt — de facto natürlich, nicht de jure. Die den Parteitag beherrschende Funktionärsmehrheit ist das Produkt eines vom Parteivorstand gesteuerten Ausleseprozesses. ... Die Parteiabende usw. sind keine Stätte politischer Willensbildung; vielmehr machen hier die Funktionäre den wenigen anwesenden Mitgliedern die von ‚oben' kommende Linie klar und legen ihnen die etwa zu fassenden Entschließungen vor. Die Opposition darf reden, erreicht aber kaum je etwas. Auch auf den Parteitagen steht von vornherein fest, was beschlossen werden wird" („Von Bebel zu Ollenhauer", Lehnen Verlag, S. 125 bis 126). Dieses nüchterne Bild mag Entsetzen hervorrufen; es kommt aber sicher der Wahrheit näher als pathetische demokratische Proklamationen, die nichts als Tünche für eine undemokratische Wirklichkeit sind. Den neuen Brandt-Kurs bestimmten die sozialdemokratischen Mitglieder so wenig wie die CDU-Anhänger die Aufrüstung. Sie dürfen ihn später gutheißen, was etwas ganz anderes als eine demokratische Willensentscheidung ist.

Diese Symptome sind in der Bundesrepublik besonders schwerwiegend in Anbetracht der autoritären Belastung seit ihrer Gründung und der Schwäche der demokratischen Tradition in Deutschland. Aber sie treten in anderen Ländern nicht weniger auf. Die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen Weniger fälscht auch anderswo die demokratische Entscheidung. Sensationspresse, Rundfunk und Film zerstören das politische Interesse oder lenken es in die von den Mächtigen gewünschten Bahnen. Sie nehmen politische Entscheidungen vorweg und berauben die demokratischen Institutionen ihrer Bedeutung. Der klassische Parlamentarismus beruhte auf echter Funktion der Parteien, auf Folgerichtigkeit der politischen Auseinandersetzung. Ihm waren weder wirtschaftliche Mammutgebilde noch Apparaturen der Meinungsmache

über den Kopf gewachsen. Zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft, Wirtschaft und Parlament gab es ein Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit und Kontrolle, nicht einseitiger Unterordnung. Die sich gegenüberstehenden Kräfte entsprachen sich in etwa und hielten sich im Gleichgewicht. Die Gewaltenteilung Montesquieus war sinnvoll, solange die Gewalten ungefähr gleichen Gewichts waren. Die heutige Wirtschaftsstruktur hat darin maßgebliches geändert und das Gleichgewicht zugunsten der ökonomisch Herrschenden gestört. Die politischen Entscheidungen werden nur noch zum geringen Teil wirklich im Parlament ausgetragen. Öffentlich werden sie von den Sensations-Massenblättern manipuliert, im geheimen wirken die Interessenverbände durch direkten Druck auf die Regierungsorgane. In der Bundesrepublik gab es lange eine Volksmehrheit gegen Aufrüstung, was jedoch weder Parlament noch Regierung abhielt, diese durchzuführen. Noch jetzt stellte das Gallup-Institut fest, daß 43% der Bundesdeutschen sich für die Neutralitätspolitik aussprechen: kaum je hat im Bundestag jemand sich erhoben, um dieser Ansicht Ausdruck zu geben. Zwischen Volksmeinung und politischer Entscheidung gibt es zahlreiche, schwer überwindliche Hürden. Die Entmündigung der Massen führt sie zu einer oft unbewußten Mißstimmung. Statt das schwierige Problem einer tatsächlichen Demokratisierung anzupacken, erklingt in ihrer Ohnmacht bisweilen der Ruf nach dem „starken Mann".

Nicht nur in der Bundesrepublik verlangt man nach einem Schutz, den ein Greis verspricht. In dem demokratisch ungleich gefestigteren Frankreich rufen Millionen nach dem ruhmbekränzten Helden. Seit der Machtübernahme durch de Gaulle werden dort zahlreiche Debatten geführt, um den Sinn des Ereignisses zu begreifen. Im allgemeinen kommt man dabei zum Schluß, daß über die Episode des Algerienkrieges hinaus die Unzulänglichkeit der demokratischen Praxis das autoritäre Regime des Generals unvermeidlich machte. Infolgedessen stehe die bloße Rückkehr zur Vierten Republik nicht auf der Tagesordnung: ein neues demokratisches System müsse gefunden werden, das den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen besser entspricht. Selbstredend kann eine Reform der politischen Institutionen nur sinnvoll sein, wenn gewisse wirtschaftliche Verhältnisse ebenfalls verändert werden. Zu diesem Thema schreibt Joseph Rovan: „Das Maschinenzeitalter bringt ‚Stars' hervor. Je mehr unpersönliche Beziehungen in unser Dasein greifen, umso mehr benötigen wir persönliche Helden, Beispiele und Mythen . . ." (Une idée neuve: La démocratie, Le Seuil, S. 94). Der Historiker Amaury de Riencourt äußert in „The coming Caesars" noch unumwundener die Ansicht von der unvermeidlichen Verwandlung der westlichen Demokratien in cäsarische Diktaturen. Selbst wenn man von der Zwangsläufigkeit dieses Prozesses nicht überzeugt ist, wird man dem Verfasser in der Unterstreichung gewisser Tendenzen beipflichten können: „Tatsächlich sind wir unfreiwillig an den Punkt zurückgekommen, von dem aus unsere Vorfahren im Namen der Freiheit gegen die Tyrannei der absoluten Monarchen sich erhoben." Wenn autoritäre Verhältnisse in alten Demokratien um sich greifen, wird es niemand überraschen, sie in der Bundesrepublik anzutreffen, wo es keine starke demokratische Tradition gibt. Hier entfalten die modernen autoritären Tendenzen sich nicht auf dem Boden alter freiheitlicher Überlieferungen, die als Bremsklötze wirken. Sie können die nicht überwundenen Untertanengepflogenheiten sich zunutze machen. Dem sind sicher die besonders kläglichen Umstände der Bundestagswahlen 1961 zu danken. Mehr als jede andere Demokratie ist die Bonner Republik für das moderne Cäsarentum anfällig. Man stoße sich nicht an den Namen und lächle darüber: Bonn ist nicht das antike Rom und auch nicht das Berlin Adolf Hitlers. Der neue Cäsar braucht durchaus nicht der Hysterie zu ver-

fallen, er kann einen schlichten schwarzen Anzug tragen und ebenso gut ein ehemaliger Oberbürgermeister wie ein Metzgerssohn sein. Unerläßlich ist es, festzustellen, daß wir bereits inmitten dieser Entwicklung sind.

Wie kann man das weitere verhindern? Noch ist kein Rezept entdeckt, und wir befürchten, daß der Weg äußerst schwierig sein wird. Notwendig ist zunächst eine uneingeschränkte Diagnose, die sich jeder Beschönigung und Verkleisterung widersetzt. Die Verhältnisse sehen, so wie sie sind, ist bereits ein Schritt zu ihrer Überwindung. Jede halbe Kritik hindert daran. Nichts ist verwerflicher als die Klagen der Meinungsmanipulatoren über die verheerenden Auswirkungen der Vermassung, der sie selber Vorschub leisten, als die „Freiheits"-Deklamationen der Organisatoren der Unterwerfung. Zum Charakter der heutigen Sinnentleerung der Demokratie gehört es, daß die Verantwortlichen unter demokratischen Losungen arbeiten. Angesichts der Verfälschung elementarer Begriffe muß man auf die Quellen zurückgehen, das Bild echter Freiheit entwerfen und sie dem heutigen Zustand entgegenhalten. Die Demokratie verlangt beständige gründliche Kritik, das dauernde Erneuern der Institutionen von ihrer Basis her. Die Herrschaft unkontrollierter Notabeln und geheimer Apparate widerspricht ihrem Wesen. Sie ist nur dann existent, wenn es den tätigen Austausch zwischen unten und oben gibt, wenn die Herrschaftsverhältnisse sich vor aller Augen deutlich abzeichnen, wenn Entscheidungen auf offenem Forum gefällt werden. Keine Aufgabe in der Bundesrepublik ist dringender, als in diesem Sinne tätig zu sein.

Diplom-Volkswirt Alfons Vogel

Weltwirtschaft zwischen Rüstung und Frieden

„Over-kill capacity", so bezeichnet man in der unterkühlten Sachlichkeit unserer Zeit den gegenwärtigen Rekord-Status im internationalen Rüstungsrennen: die Tatsache nämlich, daß insgesamt heute bereits genügend Reserven an Atom- und Wasserstoffbomben existieren, um die Bevölkerung der ganzen Welt ungefähr zehnmal zu töten. Lapidarer als in diesem kaltschnäuzigen Wort aus dem Vokabular moderner Vernichtungstechnik kann die absolute Sinnlosigkeit des Krieges als politisches Machtmittel — „ultima ratio" einfallsloser Diplomaten und skrupelloser Staatskunst — kaum Ausdruck finden. Und glaubwürdiger kann wohl kaum einer die apokalyptischen Perspektiven blinder Rüstungspolitik beschwören als Robert Oppenheimer, der amerikanische Atomphysiker (im Zweiten Weltkrieg Leiter der amerikanischen Atombombenwerke in Los Alamos), der in Westberlin vor dem Auditorium des Kongresses „Für Freiheit und Kultur" aus der Sicht des Experten eine Mahnung aussprach, die alle angeht, die Regierenden und die Regierten: „Was einige von uns wissen und einige unserer Regierungen anerkannt haben, sollten alle wissen und verstehen. Wenn es zu einem neuen Krieg kommt, kann niemand damit rechnen, daß es genug Überlebende geben wird, um die Toten zu begraben . . ."

Auf die Frage, wie der Welt das Schicksal eines solchen Unterganges erspart werden kann, gibt es von der Vernunft her nur eine Antwort: allgemeine und radikale Abrüstung, eine Forderung, die die Vollversammlung der UN sich in ihrer letzten Sitzungsperiode zu eigen machte und als Auftrag an ihren Abrüstungsausschuß weiterleitete. Politiker und Wissenschaftler in West und Ost, die sich von realem Denken und exaktem Sachverstand leiten lassen, pflichten dem bei; denn in der gefährlichen „Balance des Schreckens" kann die Menschheit auf die Dauer nicht leben. Die von Chrustschow verfochtene These, „daß ein Krieg heute nicht unvermeidbar ist, sondern verhütet werden kann", — nach dem Wiener Treffen in der Prawda erneut unterstrichen — fußt dabei auf der gleichen Erkenntnis, wie jene Äußerung von Kennedy: „Die Welt der sechziger Jahre, die äußerste Verblendung des gegenwärtigen Wettrüstens, verlangt eine neue und entschiedene Prüfung des Kurses, den wir steuern."

Noch sind wir freilich nicht so weit. Erst am Ziel eines hierauf gerichteten „Neuen Kurses" in der Welt wird das latente Risiko einer planetaren Atomkatastrophe gebannt sein, wird vor allem ein begrenzter mit „taktischen" Atomwaffen geführter Krieg in Mitteleuropa — der Deutschland und das deutsche Volk insgesamt auslöschen würde — verhindert sein.

Zwar ist die Abrüstung (während die Rüstung Tag um Tag mehr forciert wird) bei Diplomaten und Staatsmännern als Weltproblem erster Ordnung im „Gespräch". Aber die Abrüstung hat mächtige und einflußreiche Gegner, die keine Träne vergießen, wenn die Verhandlungen auf hoher und höchster Ebene immer wieder an den „toten Punkt" gelangen, wie jetzt die Genfer Konferenz um den Atomtest-Stop nach ihrer 300. Sitzung. Es handelt sich bei diesen einflußreichen Gegnern vor allem um jene Kreise aus Finanz und Wirtschaft, die wie nie zuvor — nicht einmal im Zweiten Weltkrieg — an der Rüstung verdienen. Ihre im Bunde mit vielen maßgebenden Militärs überallhin verbreiteten und eingeschleusten „harten" Thesen der „Festigkeit" im Ost-West-Konflikt mögen eine Weile den Blick der öffentlichen Meinung und die Einsicht mancher Gutgläubigen trüben; in einer seriösen Diskussion des Abrüstungsproblems werden sie hoffnungslos und eindeutig auf der Strecke bleiben. Vor allem sind es die ökonomischen Indizien, die gerade in ihrer illusionslosen Sachlichkeit überzeugend sind. Was sie über die Wirklichkeit unserer weltwirtschaftlichen Situation auszusagen haben, in der wir heute unter der Vorherrschaft des Wettrüstens leben müssen, was sie über Strukturen und Perspektiven einer Friedenswirtschaft von morgen klar erkennen lassen, liefert schlüssiges Beweismaterial für die Dringlichkeit der Abrüstung. In einer Welt ohne Waffen hat die Menschheit nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen.

370 Milliarden DM jährlich

Wenn von wirtschaftlichen Dingen die Rede ist, dann ist der spitze Bleistift am Platze, der die nackte Zahl und das nüchterne Faktum aufzeichnet. Deshalb zu Beginn einige Feststellungen über die globalen Kosten des Rüstungswettlaufs: Die USA und die SU verausgaben zusammen — umgerechnet auf Dollar — jährlich 88 Milliarden Dollar, d. s. rund 370 Milliarden DM, für Waffen und Armeen. Das sind 73% der für die ganze Welt errechneten Rüstungsausgaben. Dieses doch heute schon recht fragwürdige „Gleichgewicht" kostet demnach die Welt in jeder einzelnen Stunde die runde Summe von 14 Millionen Dollar oder 56 Millionen DM. Diese Zahlen sind der New York Times vom 26. Februar 1961 entnommen. Auf weitere Zahlenangaben und naheliegende Schlußfolgerungen des Artikels wird noch später eingegangen werden. Bei den überdimensionalen Größenordnungen dieser Investitionen wird man als Deutscher fast unwillkürlich wieder an

das tägliche Rechnen in Billionen-RM in den dunkelsten Tagen unserer Inflation der Zwanziger-Jahre erinnert.

Die Vereinigten Staaten stehen heute schon vor den drückenden Folgen des Rüstungswettlaufs, dessen gigantische Kosten die Wirtschaft des Landes zu erdrücken drohen. Diese Tatsache ist für den Westen von exemplarischer Bedeutung, denn sie betrifft nicht nur das Weltprestige seiner politischen Führungsmacht. Es kann nicht mehr als eine Frage der Zeit sein, aber es ist jedenfalls nach der geschichtlichen Erfahrung — und erst recht angesichts der heutigen umspannenden Partnerschaftsorganisationen mit ihren vielfältigen „übernationalen" Verpflichtungen und Abhängigkeitsverhältnissen — praktisch unausweichlich, daß eine derart tiefgreifende Erschütterung des amerikanischen Wirtschaftssystems über kurz oder lang auf die anderen Nationalökonomien der westlichen Welt übergreifen wird, — auch auf jene Länder, die heute noch glauben, den „Wohlstand" in Erbpacht zu besitzen.

US-Rüstung verschlingt 55 % des Budgets

Der amerikanische Präsident hat bei Antritt seines Amtes im Anfang dieses Jahres keine Nerven geschont, als er in seiner „State of Union Message" der amerikanischen Nation (und zugleich dem aufhorchenden Europa) die unverhüllte Wahrheit über den äußerst ernsten Stand der nationalen Wirtschaft in unverschleierten Fakten verkündete: Im Staatshaushalt ein Zahlungsdefizit von vier Milliarden Dollar; eine inflationistisch gefährdete Währung, zusätzlich bedroht von einem besorgniserregenden Goldabfluß; eine passive Handelsbilanz; zunehmende Unterbelastung der Industrie und eine bedrohlich geringe Wachstumsrate (jährlich nicht mehr als 2,5%); eine chronische Arbeitslosigkeit von einer seit Jahrzehnten nicht erreichten Höhe (die Zahl von 5,6 Millionen Ganzarbeitslosen in den USA entspricht einem Verhältnis von bereits 7% aller Beschäftigten und gilt damit als „kritischer Punkt"); und, last not least, eine geschwächte Kaufkraft.

Das ist die negative Erbschaft, die John F. Kennedy aus der Hinterlassenschaft einer bewußt auf den Kalten Krieg orientierten Rüstungswirtschaft der verflossenen Eisenhower-Dulles-Regierung angetreten hat. Auch zu dieser Situation gibt der oben zitierte Artikel der New York Times einige markante Zahlenbeispiele: „Die USA geben mehr für Rüstung aus, als irgendeine andere Nation — 46 Milliarden Dollar im Jahr für Raketen, Truppen, Tanks, Kanonen, Schiffe, Atomwaffen und militärische Hilfe an Alliierte. Das macht 55% des gesamten amerikanischen Budgets aus. Es sind etwa 9,2% des Brutto-Nationalprodukts der USA — des Wertes aller Güter und Dienstleistungen —, das jetzt um 500 Milliarden Dollar pro Jahr beträgt."

Die „neue Generation von Amerikanern", die Kennedy nun auf den Plan gerufen hat, um den Karren der US-Wirtschaft aus dem Graben der gegenwärtigen Rezession wieder heraus zu ziehen, hat es an Beweisen sichtbaren Eifers bislang gewiß nicht fehlen lassen. Ihr Zukunftsprogramm umfaßt einen kühnen Katalog von neuen Maßnahmen, die mit dem zunehmenden Wirtschaftsdilemma in den Staaten aufräumen sollen: Steigerung der Wirtschaftsaktivität, Expansion des Außenhandels, Senkung von Steuern und Krediterleichterung durch verbilligte Zinsen, Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Stabilisierung der Währung und Hebung der Kaufkraft. Im Ergebnis erhofft man sich eine angemessene Wachstumsrate des amerikanischen Nationalprodukts und als volkswirtschaftliches Optimum eine gesunde Vollbeschäftigung als Wohlstandsgrundlage für alle. Bei allem Respekt vor dem reformerischen Elan, mit dem die neuen Männer im Weißen Haus an den Entwurf eines neuen Wirtschaftskonzeptes herangegan-

gen sind, — mit Elan allein ist es aber nicht getan, wird sich auch im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" (das Amerika vielleicht einmal wieder zu werden hofft) nichts Nennenswertes ändern, solange das Grundübel, die lähmende Rüstungsbelastung, nicht mit der Wurzel beseitigt ist.

Rüstung löst auch keine Wirtschaftsprobleme

Die Einsicht, daß Aufrüstung keine Formel zur Lösung ökonomischer Probleme unserer Zeit ist (ebensowenig wie sie die politischen Probleme der Welt lösen kann), setzt sich gegen alle Widerstände von rüstungsinteressierter Seite immer stärker auch nach „oben" durch. In einem Fernsehgespräch mit dem UNO-Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Adlai Stevenson, machte der britische Kulturphilosoph und Historiker Arnold J. Toynbee, Berater des Foreign Office in beiden Weltkriegen, den bedenklichen Terrainverlust sichtbar, den die USA als wirtschaftliche Führungsmacht erlitten und allein der nutzlosen Vergeudung ihrer Energien an Rüstungsaufgaben zu verdanken haben. Im nüchternen Blick des Experten Toynbee zeigt sich folgendes Entwicklungsbild: „Amerika hat die Führung seiner eigenen industriellen Revolution verloren, und der Kalte Krieg nimmt keine günstige Wendung für den Westen. So wie im 18. und 19. Jahrhundert für Europa und Lateinamerika, müßten die USA heute für Asien und Afrika die große Hoffnung sein. Statt dessen hat Amerika die Führung der eigenen wirtschaftlichen Revolution und jener der Dritten Welt (also der afro-asiatischen Entwicklungsgebiete, d. V.) verloren."

Auslandshilfe — versickerte Dollar-Milliarden

Das ist also am Ende der Effekt einer Politik die die Wirtschaft für den Kalten Krieg militarisiert, unentbehrliche ökonomische Kräfte sinnlos verheizt. Unsummen von Dollar-Milliarden verschlingt der Unterhalt einer Unzahl interkontinentaler Militärbasen und die Stützpunktpolitik des Westens, die von der sprunghaften Entwicklung praktisch längst überholt ist, so wie bei der Waffenproduktion beim Tempo des technischen Fortschritts der Ausstoß von heute alle Aussichten hat, morgen oder übermorgen schon zum „alten Eisen" geworfen zu werden. Andere Dollarströme versickern als „wirtschaftspolitische Auslandshilfe" meist spurlos im Sumpf der Korruption, der unseren Illustrierten billigen Stoff zu handfesten Skandalgeschichten mit abwechselnd nah- und fernöstlichem und auch latein-amerikanischem Lokalkolorit liefert. Devise: Alles opfern!

„Was ist die Freiheit wert?" Diese Frage stellte Hans Zehrer neulich in der „Welt", an programmatische Äußerungen des amerikanischen Präsidenten vor Öffentlichkeit und Kongreß anknüpfend: „Unser großer Verbündeter ist die Tatsache, daß die Menschen wahrhaft frei sein wollen und daß sie alles opfern wollen in ihrem Wunsch, ihre Unabhängigkeit zu bewahren." So hat Kennedy erklärt, und so steht es zitiert an der Spitze dieses Zehrer-Artikels. Vielleicht fragt sich mancher Leser dieser Worte, der im politisch-ideologischen Streit zwischen West und Ost möglicherweise nicht so beschlagen ist, wie Herr Zehrer es sicher stillschweigend erwartet: „Was soll geopfert werden und wozu?" Nicht als ob die hohe ethische Bedeutung des Opfers an sich — etwa die großartige Hingabebereitschaft für erhebende gesellschaftliche Ziele und Aufgaben — hier dem geringsten Zweifel unterliegen könnte! Aber es lohnt sich, dieser Frage nach dem konkreten Gegenstand und Zweck des politisch so akut gewordenen „Opfers" nachzuspüren. In den weiteren Passagen des Kennedy-Zitats wird es klar, um was es geht, nämlich darum, „unsere Macht und unseren Reichtum, unser ganzes Potential ... dafür einzusetzen, der Freiheit zu dienen". Also fol-

gert der Leitartikler der „Welt" anhand dieses offiziellen amerikanischen Appells mit wohlgezielter Logik einige gewichtige Konsequenzen für Europa und notabene natürlich für Westdeutschland im besonderen: Die Freiheit sollte uns ein Opfer wert sein, genauer gesagt, Wohlstandsopfer, und zwar keineswegs nur den Amerikanern, sondern auch den Europäern und nicht zuletzt uns Deutschen; es sei freilich „in der Stunde der Gefahr" das Auftauchen der Ansicht möglich, daß man „die Freiheit auf Kosten der Freiheit verteidigen muß".

Soweit ist ja nun wohl die Ausgangsfrage nach der konkreten Zweckbestimmung des geforderten Opfers geklärt: Unausgesprochen, aber eindeutig geht es um das Opfer des Wohlstands (den manche haben und viele erst einmal erarbeiten möchten) für die enormen Kosten der Rüstungspolitik. Das heißt, gefälliger ausgedrückt, das „Opfer für die Verteidigungsbereitschaft der freien Welt". Aber ist es denn nicht längst allen Einsichtigen in West und Ost klar, daß die zwischen beiden Welten unleugbar bestehenden ideologischen Gegensätze der politischen und wirtschaftlichen Systeme nicht mit Waffengewalt ausgetragen werden können und dürfen? Leben wir nicht in einer Welt, von der auch ein Hans Zehrer in seinem gleichen Leitartikel sagt, daß in ihr „die Macht neutralisiert und ihr Einsatz gleichbedeutend mit ihrer Vernichtung wurde"? Und hat nicht Präsident Kennedy selbst einmal unmißverständlich von der „Verblendung des Wettrüstens" gesprochen? Heute, in seinem Opfer-Appell, ist davon nichts mehr zu hören. Auch darüber herrscht Klarheit, daß hier der Einsatz nicht allein Amerikas, sondern aller Partner des ‚Atlantischen Bündnisses' gemeint ist. Insofern gilt also wohl der Satz aus der Antrittsrede des amerikanischen Präsidenten, „es wird noch viel schlimmer kommen, ehe es besser werden wird", in seiner ganzen düsteren Tragweite praktisch für den gesamten Westen.

Des Pudels Kern ist also die psychologische Vorbereitung der Öffentlichkeit darauf, daß wir alle noch sehr bitteren Zeiten entgegengehen. Das kann nur so verstanden werden, daß der Kalte Krieg noch immer nicht abgeblasen ist, daß weiter verblendet wettgerüstet wird. Und das soll uns vorerst einmal — „bis es besser werden wird" — die Hoffnung auf einen gesicherten Wohlstand kosten, das heißt, auf ein Leben, wie es unserem technischen und zivilisatorischen Entwicklungsstand entspricht. Und wenn's ganz schlimm kommt, wird uns vielleicht noch irgendwer zumuten, „die Freiheit auf Kosten der Freiheit zu verteidigen".

Das wäre dann allerdings statt der Aussicht auf solide wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit eher die Perspektive auf eine Zukunft in „Blut, Schweiß und Tränen". Immerhin liegt auch in dieser Opferthese der eindeutige Beweis, daß Rüstung keine wirtschaftlichen Probleme löst, sondern sie geradezu erst schafft — oder die schon vorhandenen (wie in den USA) noch verschlimmert. Ein „Frieden in Freiheit" unter solchen Vorzeichen wäre außerdem genau der Zustand, den man nach einem anderen Churchill-Wort einen „Frieden durch gegenseitige Terrorisierung" nennt.

Wer nun dieses Opfer für einen derartig abstrusen „Friedenszustand" auf dem Pulverfaß des gegenseitigen Terrors zu bezahlen hat, ist am Ende wieder — das hat die Geschichte der Kriegs- und Rüstungszeiten zur Genüge gelehrt, und darin ist man auch heute streng konservativ — in der Hauptsache der wirtschaftlich Schwächere, der kleine und mittlere Steuerzahler, die anonyme Masse der politisch einflußlosen Staatsbürger. Wenn sie von der Demokratie nur pünktlich alle vier Jahre zu den Wahlen mit dem Stimmzettel Gebrauch machen, und wenn sie im übrigen die von ihren Volksvertretern servierte Politik widerspruchslos schlucken, dann gehören sie zu den ordentlichen Elementen des Staa-

tes. Aber falls sie außer der Reihe einmal mitreden wollen über die Politik — die ja schließlich ihr Schicksal ist —, dann erledigt man sie kurzerhand als „Straße".

Frieden bedroht Rüstungsgewinne

Dies bedeutet aber nicht, daß in den Demokratien des Westens die Politik etwa so einsam und souverän, wie es manchmal aussehen mag, von den Politikern und Staatsmännern allein gemacht wird. Die großen Militärs und die Mächtigen der Wirtschaft sprechen in der politischen Praxis ein gewichtiges Wort mit; wenn es darauf ankommt, scheuen sie sich auch nicht, nötigenfalls unter Einsatz ihrer Machtmittel sich das letzte Wort zu verschaffen, wie z. B. unlängst beim gescheiterten Generalsputsch in Algerien. Die Wirtschaft, die ihre politischen Einflüsse spielen läßt, ist dabei — im Vergleich zu politisierenden Generälen —, keineswegs von lodernden Gefühlen und Leidenschaften getrieben: sie hat ihr eigenes Gesetz: den Profit. Daß dieser bei der Produktion von Waffen und sonstigen kriegswichtigen Erzeugnissen besonders attraktive Proportionen annimmt, ist kein Geheimnis. Um so geheimnisvoller tun sich jedoch seit je her die Machenschaften, wenn rüstungsindustrielle Kreise die Politik vor ihren Wagen spannen. Man sollte aber in der Tat die Gefahr solcher hintergründigen Einflußkräfte in einer Zeit, wo die Welt alle Hoffnungen auf die Abrüstung setzt, nicht unterschätzen. Im Vorwort zu seinem Buch „Welt ohne Krieg" schreibt der Engländer John D. Bernal: „Ich glaube, daß kapitalistische Monopole entsprechend ihrer ganzen Natur die Regierungen und Staaten, in denen sie wirken, zu Kriegsvorbereitungen und sogar zum Kriege drängen müssen, wie es bereits zweimal in diesem Jahrhundert geschehen ist." Ein anderes Zeugnis zu diesem Tatbestand stammt aus der Feder des amerikanischen Volkswirts Professor Charles Bettelheim, der in einer Untersuchung zur Frage, ob die Abrüstung die Wirtschaft gefährde, u. a. zu der bezeichnenden Feststellung gelangt: „In den kapitalistischen Ländern sind die Interessenten einer Fortsetzung des Kalten Krieges noch recht einflußreich und bieten alles auf, um die Situation aufrechtzuerhalten, beziehungsweise wieder herbeizuführen, in der sie Riesenprofite einheimsen konnten. Diese Kräfte spielen sogar die Schwächen und Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft, ihre ständige Bedrohung durch Wirtschaftskrisen, aus, um die aufgeblähten Rüstungshaushalte in Schutz zu nehmen." Hier wird erneut die Tatsache bestätigt, daß nicht die Wirtschaft insgesamt von der Abrüstung bedroht ist, vielmehr nur die am Rüstungsgeschäft profit-interessierten Industriekreise — und tatsächlich mit Recht.

Aber auch auf dem Gebiet des rüstungswirtschaftlichen Interesses gibt es gewisse symptomatische Differenzierungserscheinungen, die erkennen lassen, daß selbst das Gewinnstreben in bestimmten Grenzen und unter bestimmten Voraussetzungen seine klassisch reaktionäre Tendenz aufgibt und „mit der Zeit geht". Professor Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, kommt in einem Aufsatz „Zur Geschichte der Abrüstung im 20. Jahrhundert" (in der „Zeitschrift für Politik", Heft 2/1960) zu der interessanten Beobachtung, daß sich in den Vereinigten Staaten das Interesse am Rüstungsgeschäft mit der fortschreitenden waffentechnischen Entwicklung in Richtung Raketen- und Atomwaffen schwerpunktmäßig von den alten Kreisen der rüstungsindustriellen Klassiker auf neu emporgekommene Kräfte, vornehmlich auf die Elektronen- und Chemie-Industrie verlagert.

Wie stark sich dabei die Akzente verschieben und die Gegensätze innerhalb

der großen rüstungswirtschaftlichen Interessengruppen aufeinanderprallen, zeigt folgender Passus aus der Analyse Hallgartens*) :

Nach Meinung dieses sachverständigen Amerikaners also gibt es keinen Zweifel, „daß das ‚große Geschäft' in den Hauptrüstungsinteressenten unserer Zeit, den Flugzeugfabrikanten und Kernwaffenerzeugern und der Schar der kostspieligen Forschungslaboratorien, gewissermaßen Neuankömmlinge sieht, mit denen man zwar einerseits gerne Geschäfte macht, denen man aber andererseits kaum den Gefallen zu tun wünscht, ihnen zuliebe die gesamte Steuer- und Wirtschaftspolitik und das nationale Erziehungswesen auf den Kopf zu stellen, nur um schließlich in allgemeiner Vernichtung der Menschheit zu enden." Von diesen Neuankömmlingen im Rüstungsgeschäft — sagt Hallgarten an anderer Stelle — gehe die Entwicklung weg von der sogenannten Freien Wirtschaft und hin zu einem Neo-Totalitarismus, „der auf Kriegsschreckenverbreitung beruht. Jedwede Nachricht über eine mögliche internationale Entspannung — peace fears, wie es auf der New Yorker Börse heißt — bringt die Kurse dieser Überrüstungsbetriebe zum Weichen (wie man kürzlich bei Chrustschows Besuch hier sah)".

Es ist also, genau besehen, offenbar nicht die „Freiheit des Westens", die durch eine Beendigung des Kalten Krieges bedroht ist und darum kommende Opfer von uns verlangt. Vielmehr sehen gewisse Kreise ihre Riesenprofite gefährdet, wenn die Abrüstung näher rückt. Von dieser Seite kommt auch wohl das politische Modewort von der „Herausforderung des Ostens". Es gibt gute Gründe, anzunehmen, daß auch hinter diesem politischen Kassandra-Ruf die Angst geschäftiger Lobbyisten vor einer möglichen Entspannung durch eine zukünftige Intensivierung west-östlicher Handelsbeziehungen steht. Diese Angst ist keineswegs unbegründet, denn eine entsprechende Verstärkung der handelspolitischen West-Ost-Kontakte könnte tatsächlich das blühende Rüstungsgeschäft verderben und dessen Manager zwingen, sich nach einem neuen Job umzusehen.

(Schluß folgt)

Dr. Erwin Flaschberger, Salzburg

Südtirol und Europa (II)

Südtirol als Ökonomikum

Die günstige geographische Lage Südtirols hat seit alters seine wirtschaftliche Entwicklung beeinflußt. Die ideale Nord-Süd-Verbindung schuf in allen Zeiten für viele Menschen, obwohl auf engem Raum wohnend, ausreichende Lebensmöglichkeiten. Mit der Eröffnung der Brennerbahn Innsbruck—Bozen im Jahre 1867 und dem bald darauf einsetzenden Fremdenverkehr bewegte sich ein ununterbrochener Strom von Fremden nach Südtirol, so daß die Ort Bozen und Meran schon am Beginn dieses Jahrhunderts als bedeutende Fremdenverkehrsorte galten. Die größte Stärke Südtirols liegt aber in der Landwirtschaft; im besonderen sind es der Obst- und Weinbau, die reiche Erträge abwerfen. Es ist nicht uninteressant, festzustellen, daß 13% der italienischen Gesamternte an Äpfeln und Bir-

*) H. befaßt sich an dieser Stelle seiner Ausführungen näher mit dem Lager des „big business", mit jenen Leuten nämlich, die nach seinen Worten „— zumindest im Anfang — die Eisenhower-Regierung ausmachten . . ., also Figuren aus der Stahl-, Eisen-, chemischen, Automobil- und Konsumgüterproduktion".

nen aus Südtirol kommen; ferner stellt der Weinexport aus Südtirol wertmäßig 30 % der italienischen Gesamtweinausfuhr dar. Von den in Südtirol bestehenden Kellereigenossenschaften befinden sich 23 in den Händen der Südtiroler, die mehr als 60 % der Weinproduktion des Landes verarbeiten. 40 % aller Kühlhäuser gehören Südtiroler Genossenschaften. In der Land- und Forstwirtschaft sind insgesamt 63 000 Menschen beschäftigt, gegenüber 60 000 in der gewerblichen Wirtschaft und 15 000 im öffentlichen Dienst. Für 1954 wurde angenommen, daß die Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft zu 66 % aus Italienern und zu 33 % aus Südtirolern bestanden.

Bei einer Gesamtzahl von rund 13 000 Betrieben gibt es nur sechs Großbetriebe mit zusammen rund 6000 Arbeitern, der Rest sind Klein- und Mittelbetriebe. Daher scheint vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen die Industrialisierung nicht von so nachhaltiger Bedeutung für eine soziale Umstrukturierung zu sein, wie allgemein angenommen wird. Die Tatsache, daß es in Südtirol an einheimischen Fachkräften für die Industrie fehlt, führt zu dem, was die politische Terminologie als Unterwanderung bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich ganz einfach um die Auswirkung des Gesetzes vom doppelten Stellenwert, wonach ein Arbeitsplatz in der Industrie vier neue andere Arbeitsplätze schafft. So gesehen bedeutet die „Unterwanderung" eine rein wirtschaftliche Expansion.

Von besonderer Bedeutung ist die Elektrizitätswirtschaft in Südtirol als Energielieferant für den inneritalienischen Raum. Die in Südtiroler Kraftwerken installierte Leistung beträgt 1100 MW bei einer Jahresproduktion von knapp vier Milliarden kWh, das sind 11 % der gesamten Wasserkraftproduktion Italiens. Der elektrische Strom aus Südtirol stellt aber nicht nur einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar, sondern ist auch ein Teil des militärisch-wirtschaftlichen Potentials Italiens im Rahmen der NATO, weil ein Großteil des Stroms zur Durchführung der „off-shore"-Verträge Verwendung findet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Ansätze der Industrialisierung Südtirols während des faschistischen Regimes aus politischen Gründen gelegt wurden, daß die Industriegründungen nach 1945 aber aus der betriebswirtschaftlichen Erwägung heraus erfolgten, den Faktorenkomplex Standort-, Kapital-, Verkehrs- und Grundstofforientiertheit auszunützen und sich auf diese Weise einen Teil des natürlichen Absatzmarktes im Norden zu sichern.

Südtirol als Politikum

In ihrer Note vom 8. Februar 1961 hat die österreichische Regierung die Hand zum Friedensschluß geboten. Von der Forderung der Loslösung der Provinz aus der Region Trentino—Tiroler Etschland wurde Abstand genommen. Hingegen bestand der Ballhausplatz auf einer Erweiterung der autonomen Rechte für die Provinz Bozen.

Nachdem der italienischen Regierung — nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Gründen — die Überhandnahme der Terrorakte nach den Mailänder Verhandlungen nicht mehr ganz geheuer war, nahm sie die dargebotene Hand an. Die Vermutung, daß auch bestimmte außenpolitische Motive mit im Spiel waren, läßt sich aber nicht ganz verleugnen. Italien, als der wirtschaftliche und militärische Bündnispartner der EWG, bzw. der NATO, muß auch diesen gegenüber das Gesicht wahren. Aber auch die österreichische Haltung bewies, daß sich dieser unselige Konflikt mit einer harten Politik nicht aus der Welt schaffen läßt. Schließlich würde der Südtiroler Bevölkerung durch eine Politik des bösen Mannes mehr geschadet als geholfen.

Am 5. April 1961 überreichte der italienische Botschafter in Wien eine Verbalnote, in welcher sich Rom grundsätzlich mit den Vorschlägen Wiens einverstan-

den erklärte. Die italienische Regierung erklärte sich bereit, zum Zwecke einer endgültigen und zufriedenstellenden Beilegung der Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des Pariser Vertrages vom 5. 9. 1946 laut der von der 15. Generalversammlung der UNO einstimmig angenommenen Resolution A/Spc/1/50 vom 31. Oktober 1960 jeden konkreten Gegenstand, der für die deutschsprachige Bevölkerung der Provinz Bozen von Interesse sein könnte, im Geiste einer weitgehenden Einsicht zu überprüfen. Die Verbalnote wies auf die „ausgedehnten Befugnisse auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung" hin, die die Provinz Bozen kraft des Sonderstatuts ausüben kann. (Unterricht an Fortbildungsschulen, Berufsschulen etc. — Ortsbezeichnungen, örtliche Sitten und Gebräuche, sowie kulturelle Institutionen, lokale Kunstveranstaltungen, Stadtplanung, Verwaltungs-, Stadt- und Landpolizei etc.) Die Vorschläge sehen keine Änderung des Autonomiestatuts in territorialer Hinsicht vor. Die italienische Regierung ließ aber durchblicken, daß es möglich sei, im Rahmen des bestehenden Regionalstatuts die Stellung der deutschsprachigen Volksgruppe zu verbessern. Dies könnte gemäß Artikel 14 durch die Übertragung von Verwaltungsbefugnissen seitens der Region (Trient) an die Provinz (Bozen) erfolgen. Artikel 13 sehe die Delegierung gewisser Zuständigkeiten vom Staate (Rom) an die Südtiroler Prinvinz vor. Ferner erklärte sich Rom bereit, gewisse einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiet der Doppelsprachigkeit zu erlassen. So könne garantiert werden, daß Südtiroler Beamte künftig im Oberen Etschtal selber eingesetzt werden. Bisher hatte es in der Praxis so ausgesehen, daß diese Beamten im Süden des Landes eingesetzt wurden, oft sogar in Kalabrien, womit vielfach erreicht wurde, daß Südtiroler, die in den Staatsdienst einzutreten beabsichtigten, diese Absicht aufgaben, weil die Chance, in der heimatlichen Umgebung eine Position zu erhalten, als recht aussichtslos galt. Von österreichischer Seite wird dem entgegengehalten, daß das italienische Memorandum vom 30. 1. 1957 ebenfalls schon diese Möglichkeiten erwog, ohne daß sichtliche Erleichterungen geschaffen wurden. In der Gesamtheit gesehen stellen die Vorschläge der italienischen Regierung einen Fortschritt gegenüber Mailand dar, denn die Möglichkeiten, die sich aus den Artikeln 13 und 14 ergeben können, bieten bei einer gewissen Toleranz auf beiden Seiten reale Chancen für tragbare Verhältnisse. Der Beweis für eine Bereitschaft läßt sich nicht verleugnen, weil das derzeitige Angebot Italiens weit über den seinerzeitigen „Kessler-Plan" hinausgeht, in dem die Anwendung des Artikels 14 lediglich innerhalb des durch den Spruch des Verfassungsgerichtshofes zum regionalen Landwirtschaftsgesetz gezogenen Rahmens und ohne nähere Präzisierung vorgesehen war. Dieses Zugeständnis Italiens einer Delegierung an die Provinzen, „un potere legislativo ed esecutivo autonomo", wie es im De Gasperi-Gruber-Abkommen festgehalten wurde und im Verfassungsgesetz vom 26. 2. 1948 Nummer 5 als Sonderstatut für das Trentino-Tiroler Etschland erlassen wurde, soll in Zukunft der Angelpunkt der Beziehungen werden.

Mit Berechtigung wurde von österreichischer Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß der Anteil der deutschsprachigen Südtiroler an den den kulturellen Belangen dienenden Institutionen auf Grund ihrer Bevölkerungszahl zu gering sei (z. B. Schutz des Kunstguts und historischen Guts usw.).

Nach dem jüngsten Stand der inzwischen ergebnislos beendeten Züricher Ministerverhandlung erhärten sich die oben gemachten Feststellungen, weil einerseits die italienische Delegation sich zu keinen weiteren als den bereits 1948 versprochenen, jedoch nie verwirklichten Konzessionen bereit erklärte und andererseits die österreichische Delegation auf der Verwirklichung der vollen Regionalautonomie für Südtirol beharrt.

Südtirol als Soziologikum

Die große Liebe für Südtirol, die den deutschen Menschen erfüllt, weckt auch ein tiefes Mitgefühl an dem Schicksal der Bewohner dieses Landes. Diese vom Sentimentalen herkommende Haltung sollte uns aber nicht daran hindern, die Verhältnisse einer objektiven soziologischen Analyse zu unterziehen.

Seitdem Südtirol im Jahre 1919 an Italien fiel und in den Jahres des Faschismus hat sich die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols in einer Ghettosituation befunden und sich in eine Kastenhaltung hineinmanövriert, die wir als regelrechtes Kastensyndrom bezeichnen können. Auf der anderen Seite findet der hypertrophe italienische Nationalismus in der MSI (Neofaschisten) eine Heimstatt, in der sich alle die Kräfte sammeln, die ein ruhiges Zusammenleben mit der deutschsprachigen Bevölkerung verhindern. Die Tatsache, daß es im 20. Jahrhundert keinen Religionskrieg mehr geben kann, muß auch auf den Volkstumskampf Anwendung finden, denn die Kultur Europas ist ein Zusammenklang von Nationalkulturen, ihre Einheit ist die Gemeinschaft, nicht die addierte Summe aller Einzelleistungen. Europa und Südtirol im besonderen, das bedeutet einen Teil der Welt, wo man auf geringe geographische Entfernungen sehr differenzierte und äußerst charakteristische Arten des Denkens findet. Die charakteristische Art zu denken ist aber ein Teil des Volkstums. Volkstum ist nicht „biologisch" zu verstehen oder „rassisch", sondern „geistig". Daher scheint eine Abkehr von der allzu überspitzten Formulierung, „man müsse vor Mischehen warnen", oder von den „Barbaren" zu sprechen nur einer der vielen Ansatzpunkte, um durch einen kulturellen Pluralismus ein Zusammenleben zwischen Italienern und deutschsprechenden Südtirolern zu ermöglichen. Vielleicht bietet die Zukunft die Möglichkeit, durch einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß in Europa die Atmosphäre im Bereich der nationalen Minderheiten zu entschärfen.

Bei der Bereinigung des Südtirolproblems kann es sich nicht um den Abbau des deutschen Volkstums handeln oder um ein Abweichen von den nationalen Besonderheiten der Italiener, sondern beide Teile sollten sich der Tatsache bewußt werden, daß jede Volksgruppe eine kulturelle Bereicherung für die andere darstellt. Diese Gedankenführung schließt aber die Bildung „ethischer Nationalparks" aus, ohne daß man den Minoritäten den Volkstumscharakter abspricht. Der Schutz vor Unterwanderung durch „autonome Rechte" wird zur Fiktion, wenn der biologische Druck zu groß wird.

Der Nationalstaatsgedanke hat sich totgelaufen, und trotzdem kann und muß es ein friedliches Zusammen- und Nebeneinanderleben von Volksgruppen geben auf der Basis des kulturellen Pluralismus, denn wenn man von Südtirol redet, darf man Europa nicht vergessen.

Es wird der großen Öffentlichkeit kaum glaubhaft gemacht werden können, daß bei den letzten Geschehnissen in Südtirol auch nur von weither an dieses Europa gedacht wurde. Die Zuspitzung fällt zweifellos auf jene extrem nationalistischen Kräfte zurück, die auf beiden Seiten vorhanden sind und von diesem Refugium Südtirol aus ihre verhängnisvolle, letzten Endes europafeindliche Politik schüren, ohne zu merken, daß der nationalistische Typus, den diese Akteure verkörpern, in seinem ganzen, näher nicht definierbaren Habitus in dieses Europa gar nicht mehr hineinpaßt. Es kann kaum übersehen werden, daß die ebenso unerwartete wie unglückselige Entwicklung in Südtirol als schwerer politischer Prestigeverlust für die Demokratie gewertet werden muß. Ganz gleich, welche Lösung in Südtirol erfolgen wird, was sich gegenwärtig abspielt, ist gerade europäisch gesehen ein schwerer Rückschlag.

Prof. Dr. med. Heinrich Meng, Basel

„Zauberdroge" Frieden

I.

Bei dem heutigen Stand und bei der Entwicklungsfähigkeit von Technik, Physik, Chemie, Pharmakologie und Naturwissenschaft überhaupt wird ein Weltkrieg keine Sieger mehr zulassen —nur der Massentod kann siegen. Es ist denkbar, daß ein Friedenszustand erzwungen wird. Er trüge die Gefahr in sich, zusammenzubrechen, wenn die äußeren Bedingungen zu Gunsten einer aussichtsreich erscheinenden kriegerischen Aktion sich änderten. Wir wissen, daß, wenn äußerer Zwang sich nicht zu einem „inneren Zwang" — verwurzelt in Ich und Gewissen — wandelt, es zu panischem Schrecken oder zu einer wahnhaften Ekstase für eine „Idee" kommen kann. Der Mensch — enthemmt von einem Zwang — ist geneigt, in die uralte Wolfsnatur zurückzufallen.

II.

Die Frage stellt sich: Wie kann eine „Umbahnung" der aggressiven und destruktiven Kräfte unserer Wolfsnatur vorbereitet werden? Ohne eine Metamorphose des äußeren Zwanges sind die Voraussetzungen, Frieden zu schaffen und zu ertragen, nicht gegeben. Wie wichtig auch die totale Abrüstung sein mag: sie ist zwar ein notwendiger Baustein im hierarchischen Friedensplan, aber sie genügt nicht.

Vor kurzem noch erschien den meisten Menschen der Kulturländer die totale Abrüstung als lächerliche Utopie. Man ist heute eher geneigt, diese zentrale Forderung eines Noel-Baker, King Hall und Nehru ernst zu nehmen und ihre Möglichkeiten zu diskutieren, auch das vorwiegend aus äußerem Zwang.

Im Fall einer totalen Abrüstung hieße es, neu zu denken. Die Technik zwingt zu einem anderen Denken gegenüber der Zeit zuvor, sich neu zu orientieren z. B. in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das ist eine unvorbereitete Konstellation für die meisten Menschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Vor kurzem erschien in der amerikanischen Zeitschrift „Dädalus" eine Publikation „Waffenkontrolle" von E. Boulding, Professor der Nationalökonomie an der Universität Michigan. Darin heißt es u. a.: „Es geht ein Gespenst durch die Kanzleien und Büros der Generalstäbe, erschreckender vielleicht, als das, welches Karl Marx 1848 beschwor . . . es ist das Gespenst des Friedens . . . denn wir sind für den Frieden völlig unvorbereitet." Es bedurfte keines vollen Jahrhunderts, um das Gespenst von 1848 in ein Geschöpf von Fleisch und Blut zu verwandeln. Das „Gespenst des Friedens" drängt darauf, im Atomzeitalter materialisiert zu werden. Um einen erzwungenen Frieden aus dem Stadium des Zwanges zu verwandeln, bedarf es vor allem, aus der Unerzogenheit des Menschen herauszukommen. Seine Verantwortung für das, was er und die Gesellschaft tun und lassen, ist von der Psychologie und von der Psychohygiene aus gesehen vor allem ein Problem der Gesinnungswandlung, also ein pädagogisches und damit ein individuelles und kollektives Problem.

Ein Mittel, diesen Weg vorzubereiten, ist die Auswertung der Funde auf den Gebieten der Politik, der Psychologie, Soziologie, Kriminologie und Biologie, der Chemie und Physik. Die Auswertung meint, diese Funde und Erfahrungen unter- und einzuordnen in eine humane Ethik. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind in den Bildungsanstalten der Völker als Voraussetzungen für eine tragfähige Friedensordnung auszubauen.

III.

Auf dem Weg zu diesem Ziel gilt es, die Funde der Psychologie, der Psychopathologie und der psychohygienischen Forschung auszuwerten. Die Arbeit an Kriminellen und die Psychologie der Kriegsverbrecher beispielsweise lassen uns daran erinnern: Was im Vorkrieg, Krieg und Konzentrationslager nicht Wenige zum Verbrechen trieb, war häufig die an irgend einem sogenannten „Führer" entfesselte Lust, gleich ihm das Glück der „Macht" und der perversen Triebbefriedigung zu genießen. Aus Scheinheldengröße kann sich Verbrechen entwickeln, aus Abenteuerlust kann die Größe eines sozial gereiften Menschen erwachsen. N a n s e n machte aus seiner Fähigkeit, damals romantisch klingende Utopien zu entwickeln, die Leistung echter Menschenhilfe.

Greifen wir vom Standpunkt der Psychohygiene, der Lehre vom seelischen Gesundheitsschutz, einige Voraussetzungen einer Friedensordnung heraus:

1. Die Menschen benötigen eine Ordnung, die das R e c h t mit dem R i c h t i g e n des Einzelnen und der Gemeinschaft eint.

2. Bei Schaffung einer richtigen Friedensordnung ist eine Erziehung nötig, in welcher der Friedensgedanke innerseelisch so materialisiert ist, daß die Idee „Krieg" als Mittel irgend einer menschlichen Verständigung als unwürdig erlebt wird.

3. Dies hat dann Aussicht, zu gelingen, wenn Staat, Gesellschaft und Familie auch den materiellen Notwendigkeiten des reifenden Individuums Genüge tun.

4. Die Zeit ist für diesen Versuch relativ günstig, weil die Entwicklung der Technik, die Erfahrungen in zwei Weltkriegen und der Stand der Psychologie, Soziologie und Völkerkunde die Realisierung gegenüber früher erleichtern.

5. Es besteht kein Zweifel, daß bei richtiger Organisation der industriellen Mittel der Völker Jeder Arbeit finden und ohne materielle Not menschenwürdig leben kann. Die Übergangszeit zu einer solchen Demokratisierung der Regierung des Staates durch das Volk oder durch die Regierung des Volkes durch das Volk wird allerdings sehr schwer sein. Es werden u. a. Mittel nötig sein zur Sanierung der Arbeitslosigkeit und der Umstellung von Fabriken auf neue Produktionszweige, die dem friedlichen Wettbewerb der Völker dienen.

6. Die Kenntnis der Erfahrung bisheriger Erziehung ist Voraussetzung, um bei gesunden sozialen Verhältnissen eine gewisse Anzahl von Charakteren zu erziehen, die mit starkem Ich, moralisch gefestigtem Gewissen und voller Liebesfähigkeit die Führung in der Hierarchie der Individuen übernehmen. Vielleicht überlebt sich die Hierarchie, das Oben und Unten. Vielleicht entwickelt sich statt der starren Hierarchie eine Funktionsordnung, die dem Einzelnen entsprechend seiner Fähigkeit größeren Spielraum schöpferischer Initiative erlaubt, gegenüber der vorwiegend mechanistischen Tätigkeit im Massenbetrieb.

De Erfahrungen mit den nationalen und internationalen Rechtsordnungen genügen, um den Anfang einer neuen übernationalen Rechtsordnung zu machen. Diese schließt eine humane Gesellschaftsordnung ein.

7. Das Gros der Kulturmenschheit wird dann kriegerisch sein, wenn der Aufforderungsimpuls einer unsozialen Umwelt und die Dressur auf Krieg die Aggressionstriebe mißbrauchen lassen. Vor allem die Massen der Bauern und Arbeiter sind eher geneigt, ihre Energien in Agrikultur, Technik und Lebensfreude mit friedlichen Zielen auszuleben oder produktiv einzusetzen, als sich für den Krieg zu opfern. Dies wird vor allem dann gelten, wenn Nahrung, Verdienst, Arbeit und Zukunft gesichert sind. Es wird sich dabei eine innigere Beziehung zur Heimat und zur Würde der geordneten Gemeinschaft entwickeln als beim Menschen, der wirtschaftlich verängstigt und ohne Bindung an die Erde lebt. Das Kind des relativ gesicherten Menschen wächst in einer Atmosphäre auf, die den

Frieden statt den Krieg bejaht. Die unvermeidlichen Konflikte, die bei jeder Ordnung noch bestehen werden, genügen, um am Konflikt mit sich und der unvollkommenen Umwelt zu reifen. Der Mensch ist ein zwiespältiges Geschöpf von Natur aus. Er benötigt seinen Widerspruch zur Reifung.

8. Wir wissen: Die Volkserziehung der verschiedenen Nationen und Rassen braucht, um auf die Basis einer neuen Rechtsordnung gestellt zu werden, neue Lehrer, Lehrbücher und Unterrichtsmethoden. Lehrer der eigenen Nation müssen mit Lehrern anderer Nationen zusammenarbeiten. Auch Schüleraustausch, internationale Ferienkolonien, internationale „Kinderdörfer" werden das Verständnis für fremde Nationen fördern. Durch Eltern-Nacherziehung in Form von Erziehungs-Volkshochschulen und Arbeitsgemeinschaften wird der Geist der älteren Generation in einer Art von „Nachunterricht" verjüngt.

9. Die Frauen werden gleichwertig und gleichberechtigt mit dem Mann zusammenarbeiten, wo immer das Wesen der gestellten Aufgabe die Zusammenarbeit beider Geschlechter bedingt und begünstigt. Die ständige Vertrauenskrise zwischen Mann und Frau ist Ausdruck von sozialen, wirtschaftlichen und sexuellen Krisen. Diese Krisen lassen sich durch eine ethisch geordnete gerechte Ordnung im Liebesleben der beiden Geschlechter wesentlich tiefer erfassen, als dies bisher geschah, und damit teilweise verhindern und verhüten. Die Tiefenpsychologie — ihr Schöpfer wurde F r e u d — hat uns neue Mittel hierfür geschenkt. Gesundung des Liebeslebens und eine Bevölkerungspolitik, die den leiblichen und geistigen Realitäten des einzelnen Volkes eingepaßt ist, sind Grundlagen einer positiven Beziehung beider Geschlechter. Die Demokratie der Geschlechter entspricht der politischen Demokratie, der Weltdemokratie. Ihre Vorbereitung beginnt bei der Geburt im Verhalten der Erzieher und der menschenwürdigen Erziehung der Triebe, des Ichs und des Gewissens der Kinder wie im Wechselprozeß der Nacherziehung der Erwachsenen.

IV.

Die Widerstände, die sich melden werden, sind gewaltig. Lediglich seien Denkfaulheit, Bequemlichkeit und Skepsis erwähnt. Dazu die Tatsache: der moderne Mensch ist innerlich zerrissen und zerspalten, irrationale Existenzangst, seelische Vereinsamung, Verflachung und Haltlosigkeit haben von seiner Psyche Besitz ergriffen.

Haß, Einsichtslosigkeit, Egoismus, politische Skrupellosigkeit, autoritäre Ideologien, Angst und Handeln nach dem Talionsprinzip setzen schwere Widerstände.

In der Bekämpfung der Infektionskrankheiten werden die Bazillen und Viren auf ihre Natur untersucht und wirksame Gegengifte gefunden und eingesetzt. Das Team besteht u. a. aus Bakteriologen, Internisten, Erforschern des Milieus, des Nährbodens, auf dem die Giftträger besonders gedeihen. Wir werden ähnliche Arbeitsgemeinschaften für die Sanierung seelischer Erkrankungen und Notstände schaffen müssen, um einer Friedensordnung nahe zu kommen.

Die Parallele zu unserem Vorgehen braucht nicht näher erläutert zu werden. Wir nehmen ähnlich wie B e r g s o n (élan vital) und F r e u d an, daß der schöpferische Drang und der Drang zur Zerstörung aus demselben Triebmaterial stammen. Die Erziehung der Triebe, die im Unbewußten wurzeln und in der Dynamik der Vernunftbildung verankert werden, scheint uns keine Utopie im Sinn der Unmöglichkeit der Realisierung zu sein. Vielmehr müssen wir in anderem Sinn der Utopie Utopisten sein, weil wir Realisten sind. Das schon deshalb, da feststeht, daß bestimmte Menschheitsfragen heute — im Gegensatz zu früher — durch ein klares Ja oder Nein beantwortbar sind.

V.

1. Erzeugt Gewalt wieder Gewalt? Ja.
2. Erzeugt Krieg wieder Krieg? Ja.
3. Läutert der Krieg die Menschen? Nein.
4. Stimmt es, daß für die Humanisierung lediglich die Arbeit des Einzelnen an sich selbst genügt? Nein.
5. Stimmt es, daß eine Wandlung der Umweltbedingungen genügt zur Befriedigung der Welt? Nein.
6. Haben Staat und Gesellschaft bisher den Beweis geliefert, daß sie den berechtigten materiellen und seelischen Forderungen der Völker und der Massen und der aus ihnen resultierenden Not gewachsen waren? Nein.
7. Sind Verhärtung der Herzen, Haß, Indifferenz, Hybris und Pessimismus, Rache, Angst, Ressentiment und Sentimentalität geeignete Instrumente für eine Befriedung der Welt? Nein.
8. Spricht die angeborene Natur der Menschen gegen die biologische Möglichkeit einer Befriedung? Nein.
9. Ist der Mensch trotz aller Unfreiheit seines Keimplasmas doch plastisch und bildsam genug, daß er bei richtiger Handhabung der Prinzipien von Zwang und Freiheit zu einer humaneren Entwicklung als bisher fähig ist? Ja.
10. Kann der Erzieher dazu beitragen, daß die ihm anvertrauten Heranwachsenden das Gleichgewicht finden zwischen dem memento vivere und dem memento mori? Ja.
11. Muß eine weitere technische Vervollkommnung bei der seelischen Brüchigkeit und Unvollkommenheit des Menschen seine Reifung hindern, vor allem dann, wenn der Mensch durch die Technik mehr Freiheit gewinnen sollte? Nein.

Der Frieden, den wir meinen, ist nicht die Wirkung einer Einschläferung der menschlichen Triebnatur durch Suggestion oder äußeren Zwang — also kein Problem einer „Zauberdroge" —, er ist verwurzelt in Vitalität, Kraft des Gewissens, Vernunft und Mitmenschlichkeit.

Literaturhinweise

(speziell Schweizer Literatur, aus Seminar und Vorlesung zusammengestellt):

Aichhorn, A.: Erziehungsberatung und Erziehungshilfe. Bd. 9 der Bücher des Werdenden. Huber, Bern-Stuttgart, 1959.

Aichhorn, A.: Verwahrloste Jugend. Bd. 3 in zweiter Reihe der Bücher des Werdenden, Huber, Bern-Stuttgart, 1957.

Bettschart, W., Meng, H., und Stern, E.: Seelische Gesundheit, Erhaltung, Erziehung, Verantwortung; Arbeiten aus dem Aufgabenkreis der Psychohygiene, Huber, Bern-Stuttgart, 1959.

Federn, P., und Meng, H. (Herausgeber): Bücher des Werdenden, 8 Bände, Huber, Bern-Stuttgart, 1934—1960.

Haffter, C.: Mütterberatung kindlicher Fehlentwicklungen, in „Psychohygienische Vorlesungen", Schwabe, Basel-Stuttgart, 1958.

Kretschmer, E.: Pubertätsprobleme und Pubertätskrisen und ihre seelische Führung, in „Geistige Hygiene", Forschung und Praxis, Schwabe, Basel-Stuttgart, 1959.

Meng, H.: Zwang und Freiheit in der Erziehung, Erziehen, Strafen, Reifenlassen, 3. erw. Aufl. Bd. I der Bücher des Werdenden, Huber, Bern-Stuttgart, 1961.

Meng, Schjelderup, Siegrist, Wolffheim, Schneider, Zulliger: Praxis der Kinder- und Jugendpsychologie, Bd. 4 der Bücher des Werdenden. Huber, Bern-Stuttgart, 1949.

Meng, H., u. Mitarbeiter: Psychohygiene, Wissenschaft und Praxis. Bücherreihe in 12 Bänden, Schwabe, Basel-Stuttgart, 1939—1959.

Meng, Morgenthaler, Pfister, Repond, Stokvis, Wintsch, Zulliger: Praxis der seelischen Hygiene — Erfahrung und Experiment, 2. Aufl. Schwabe, Basel-Stuttgart, 1959.

Petri, H.: Psychohygiene und die Entwicklung der Menschlichkeit, Hippokrates, Stuttgart, Heft 24, 1958.

Pfister, H. O.: Psychologische Schwierigkeiten in der sozialen Arbeit, in: Schriftenreihe der Schweiz. Vereinigung Sozialarbeitender, Heft 3, in „Gesundheit und Wohlfahrt", Orell Füssli, Zürich, 1949.

Pfister-Ammende, M.: Geistige Hygiene — Forschung und Praxis, Erziehung, Gemeinschaft, Philosophie, Ethik, Tiefenpsychologie. Schwabe, Basel-Stuttgart, 1955.

Repond, A.: Gentlemen Cambrioleurs, in „Prophylaxe des Verbrechens", Schwabe, Basel-Stuttgart, 1947.

Rotten, E.: Probleme um das Jugendstrafrecht, in „Prophylaxe des Verbrechens". Schwabe, Basel-Stuttgart, 1947.

Stokvis, B.: Die Bedeutung der experimentellen Psychologie für die psychische Hygiene, in „Praxis der seelischen Hygiene", 2. Aufl. Basel-Stuttgart, Schwabe, 1959.

Zulliger, H.: Seelischer Gesundheitsschutz in der Schule, in „Praxis der seelischen Hygiene", 2. Aufl. Schwabe, Basel-Stuttgart, 1959.

Abdelkader Zouari

Der Bizerta-Konflikt

Der Verfasser des folgenden Aufsatzes, in der Bundesrepublik kürzlich vor allem durch den „Internationalen Frühschoppen" des Westdeutschen Rundfunk bekanntgeworden, ist ein tunesischer Journalist, der lange in Paris gelebt und an der Sorbonne studiert hat.

D. Red.

„Und wenn man sich entschlossen hat, Afrika in höchstem Maße zu erbittern, die ganze arabische Welt zu verletzen und Tunesien wie vorher Guinea und Kuba, in das Lager derer zu dirigieren, die systematisch den Westen auf die Anklagebank bringen, ist man auf dem besten Wege, dieses völlig zu erreichen. Man wird es bald büßen und die Zukunft wird zeigen, wer das Spiel verliert".

„AFRIQUE ACTION" vom 26. 7. 61

20. März 1956	Frankreich erkennt die Unabhängigkeit Tunesiens an.
18. Juni 1956	In einer Volksabstimmung stellt Präsident Bourguiba das Problem der Räumung des Landes von französischen Truppen zur Debatte.
November 1956	Schwere blutige Zwischenfälle mit der französischen Armee in Bir-Drassen.
8. Februar 1958	Schweres Bombardement des Dorfes Sakiet Sidi Youssef durch die französische Luftwaffe.
25. Mai 1958	Blutige Zwischenfälle im Gebiet von Remada im Süden Tunesiens.

So sah im einzelnen das Verhältnis zu den in Tunesien stationierten französischen Truppen aus, nachdem Frankreich feierlich die Unabhängigkeit Tunesiens anerkannt hatte. Eine solche Situation konnte nicht andauern, ohne das Prinzip der Unabhängigkeit wieder zur Debatte zu stellen. Die tunesische Regierung, die sich der Schwere der Lage bewußt war, hat alle Anstrengungen unternommen, um von der Regierung in Paris eine Zusage zur Räumung zu erhalten. Erst nach unzähligen Eingaben und anhaltendem Ausweichen von Seiten Frankreichs kam es am 17. 6. 58 zu einem Übereinkommen, welches den Abzug der

französischen Truppen aus ganz Tunesien festlegte; mit Ausnahme von Bizerta (Flug- und Flottenstützpunkt), für welches die gleiche Zusage besondere Verhandlungen vorsah, bei denen ein einstweiliger Beschluß gefaßt werden sollte über die weitere Ausnutzung dieser Basis und ihr anschließende endgültige Freigabe zu einem bestimmten Termin, der anläßlich dieser vorgesehenen Verhandlungen festgesetzt werden sollte. Folglich besteht seit 1958 für Tunis wie für Paris das Problem von Bizerta und der südlichen Grenzen.

Bourguiba, anpassungsfähig und voller Verständnis für die inneren Schwierigkeiten seines Partners, besonders soweit es sich um die Algerienkrise handelte, gab seine Zustimmung, die Verhandlungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen[1]). Die von Tag zu Tag dringlicher werdenden Forderungen des Volkes, den Truppenabzug betreffend, die Unverbindlichkeit Frankreichs andererseits sowie sein fester Beschluß, in Bizerta zu verbleiben[2]), haben die tunesische Regierung veranlaßt, das Problem Frankreich in einem freundschaftlichen persönlichen Brief von Präsident Bourguiba darzulegen (dessen Text als Anhang folgt), der durch einen Boten von Tunis ausschließlich zur Überbringung dieser Botschaft nach Paris beordert wurde.

Nach einem Schweigen von 13 Tagen auf eine immerhin freundschaftliche Botschaft — einem Schweigen, welches von einem großen Teil der französischen Presse verurteilt wurde —, lehnte Paris die Verhandlungen ab und wählte die Kraftprobe, unter dem berüchtigten Vorwand, daß für Frankreich nicht die Rede davon sein könne, unter dem Druck der Straße und anderen Drohungen zu verhandeln.

Von da an bestand für Tunesien an den Absichten Frankreichs kein Zweifel mehr, und folglich mußte die Anwesenheit fremder Soldaten gegen den Willen des Volkes, von Soldaten, deren Hände mit dem unschuldigen Blut der Opfer von Bir Drassen, von Sakiet Sidi Youssef und von Remada befleckt sind, als unerträglich und als ein schwerer Eingriff in Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit des Territoriums von Tunesien empfunden werden. Ein freies Land, welches Sinn für Würde hat, und ein unabhängiges Volk, welches das Bewußtsein seiner Unabhängigkeit vertritt, konnte nicht anders reagieren. Truppenbewegungen der unerwünschten Macht auf seinem Territorium wollte es nicht gegen seinen Willen hinnehmen, und es wollte zur Verhinderung einer Invasion, durch aus Frankreich oder Algerien herangeführte Verstärkungen, alle Mittel wahrnehmen, Und siehe da, am Mittwoch, dem 19. Juli, kaum einige Stunden nach der Botschaft von Paris an Tunis, fielen die ersten Soldaten, von Bône in Algerien und von dem seit Tagen vor Bizerta kreuzenden Flugzeugträger „Arromanches" gestartet, vom Himmel auf tunesische Erde, auf dieselbe Erde, deren Überflug die tunesiche Regierung gerade verboten hatte.

Handelt es sich um einen tunesischen Überfall?

Dieser Ausdruck ist keineswegs am Platze und das rechtfertigt sich einfach so: Das tunesische Volk, von einem kleinen Kern tunesischer Truppen umgeben, versuchte, sich der Invasion der Fallschirmjäger entgegenzustellen. Es begann mit mörderischem gegenseitigem Artilleriebeschuß; einige Augenblicke später greifen französische Flugzeuge und Panzer ein. Das Bombardement dauert zwei Tage. In

---

[1]) Vertagung der Verhandlungen nach den Putschen v. 13. Mai 1958, v. 24. Januar 1960 und April 1961.

[2]) Erhärtet durch die Ankündigung von Bauerweiterungsarbeiten für große Landepisten in Bizerta für neue Flugzeugtypen durch Ministerpräsident Debré am 21. 7. 61 vor dem französischen Parlament.

Paris wurden die Bombardements zynisch dementiert und man sagte nur: „Wir hatten lediglich die Absicht, unsere Stellung zu beziehen ..." Hinter dieser harmlosen und gleichzeitig zynischen Feststellung wollte man das intensiv fortdauernde Bombardement verstecken, das Maschinengewehrfeuer ohne Unterbrechung auf alles, was sich im Umkreis von mehreren Kilometern um Bizerta bewegte, den Einsatz von Napalm, nicht nur gegen die kleine Armee mit den Mitteln des Gegners, sondern gegen die Zivilbevölkerung, gegen die Demonstranten, die Frauen, die Kinder, die Männer ohne Waffen. Weder die Wagen des Roten Kreuzes, die Hunderte von verwundeten Tunesiern beförderten, noch die Wagen der internationalen Presse wurden von dem Sturm des blinden Bombardements verschont, Bombardements der Armee einer „großen" Nation, die sich als einen Pfeiler der abendländischen Demokratie bezeichnet, als Verteidiger der Freiheit, des Friedens und der Menschenrechte.

Für uns Tunesier ist das Blutbad von Bizerta nur die Folge anderer Gemetzel — Suez, Algerien, Kuba, Kongo, Angola usw. —, und es erstaunt uns nicht, daß jedes Problem, gleich wie dramatisch es ist, der UNO vorgetragen wird, Zufluchtsort der kleinen Nationen gegen die Hegemonie und den habgierigen Egoismus der Großen. Die abendländische Allianz spielt auf alle brüderlichen Bindungen an; aber sie hat oft dem Guten zum Trotz gespielt, dem Verbrechen, der Heimtücke und der Ungerechtigkeit Vorschub geleistet. Die Debatten vor dem Sicherheitsrat über die Tragödie von Bizerta haben es uns noch einmal bewiesen. Wir stellen in dieser kläglichen Sache fest, daß Frankreich, obwohl die Abstimmung im Sicherheitsrat eine zufriedenstellende Lösung für diesen Staat ergab, fortfährt, sich mit seinen Truppen in der Gegend von Bizerta wie in einem eroberten Lande aufzuführen. Bei seiner Anwesenheit in Tunesien wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen selbst Augenzeuge der Auswirkungen der heftigen Luftangriffe Frankreichs auf Tunesien (27 seit der Aufforderung des UN-Sicherheitsrates zur Einstellung des Feuers). Aus eigener Anschauung konnte er sich zudem von der Weigerung der französischen Truppen überzeugen, sich in ihre früheren Ausgangsstellungen zurückzuziehen. Das Ansehen und der Geist dieser sich um eine Lösung bemühenden höchsten Instanz der Völker wird von Frankreich im wahrsten Sinne des Wortes verhöhnt. Wir wissen, wie der „große General" die Vereinten Nationen „in Schach hält". Frankreichs Alliierte verweigern bisher die nach der Charta der UN ihnen auferlegte Einmischung in diese Angelegenheit zur Wiederherstellung des Friedens durch Beseitigung des Unrechts, das Tunesien widerfahren ist. Sie wollen dahin ausweichen, einzig und allein Frankreich als zuständig zu betrachten.

Uns Tunesiern hat der Fall Bizerta mit seinen Ungerechtigkeiten, die das Angriffsland gegenüber der Welt, an die wir glaubten, kaum bemäntelte, die Augen geöffnet und uns veranlaßt, unsere Freunde zu zählen: Mit einem Mal geht Tunesien aus dem Angriff, dessen Opfer es war, siegreich hervor, denn es steht nicht mehr allein in dem Kampf um die menschliche Würde. An seiner Seite stehen in wirksamer, erschütternder Verbundenheit alle Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die unter der gleichen Geißel litten und leiden: der Kolonialherrschaft. Lange entrechtet, unterdrückt und beherrscht, wissen diese Völker, daß sie nur in einer sich immer vergrößernden, sich immer vertiefenden Verbundenheit die Kraft finden werden, den Platz einzunehmen, der ihnen zusteht. Der von ihnen geführte dynamische Kampf um die eigene Beherrschung ihres Schicksals, unter Einsatz aller ihrer Mittel, ist unwiderruflich und keine Macht der Welt könnte ihn anhalten. Diese riesige Bewegung für die Unabhängigkeit ist

das hervorstechendste Ereignis des 20. Jahrhunderts. Sie dokumentiert den allgemeinen menschlichen Fortschritt. Sie richtet sich in unseren Augen weder gegen die weiße Rasse, noch gegen die Form der abendländischen Politik, sie ist der Ausdruck des Lebenswillens der Völker, die bis jetzt unter der Sklaverei der Kolonial- und Lehnsherrschaft gestanden haben und nur dem Wunsch nach Freiheit folgen. Man kann dieses Streben nicht als eine Drohung gegen das Abendland ansehen, sondern es vielmehr begrüßen; denn, solange eine Oberhoheit des Abendlandes über diese Länder besteht, Länder die kolonialisiert sind oder waren, solange wird die Menschheit weder Ruhe noch Frieden finden. Gegenüber der längst überholten Verständigungsart in den Beziehungen zwischen großen und kleinen Nationen, der Verständigung auf Basis der Macht, mit Befehlen und manchmal durch das Gesetz des Dschungels, wird sich heute jeder Afrikaner, Asiate oder Südamerikaner dessen bewußt, daß er unaufhörlich zur Erreichung des Fortschrittes kämpfen muß, da er sonst verdammt ist, die Beute eines skrupellosen Herrschaftswillens zu werden, der ihm von Jahr zu Jahr mehr von seiner Vitalität und Kraft nimmt und ihn in seinen eigenen Vaterländern zu Menschen minderen Rechts stempeln will.

Aber auf die Ereignisse von Bizerta zurückkommend, weiß ich nichts besseres, als abschließend einen Ausschnitt aus dem Leitartikel einer in ganz Nordafrika verbreiteten großen Zeitung, die in Tunis erscheint, zu zitieren[4]). In diesem Leitartikel wird das innere Denken aller Tunesier ohne Ausnahme wahrheitsgemäß wiedergespiegelt:

„Der französische Luftangriff auf Sakiet Sidi Youssef im Februar 1958 hatte ungefähr 50 Todesopfer gefordert. Aber es handelte sich da um die Herren Gaillard und Lejeune[5]). De Gaulle ist weit mächtiger, er benötigt Durchgriffe seines Formats. Er hatte jetzt in Bizerta sein Sakiet und sein Suez ... Aber es ist Frankreichs Sache, das Verhalten seiner Kolonialarmee zu beurteilen, sowie auch die Art und Weise, wie der Chef, den es sich gewählt hat, seine Karriere beendet. Die Art der französischen Politik kann uns in Zukunft nur noch in soweit interessieren, als wir ihr zum Opfer fallen könnten oder Gewinn aus ihr schlagen. Was die Alliierten Frankreichs betrifft, die USA, Großbritannien, Deutschland, Italien usw., so sind diese nicht nur organisatorisch, sondern erbbedingt an Frankreich gebunden. Was sie vereint, ist selbstverständlich der Atlantikpakt; aber es ist im besonderen, und da gibt es keinen Widerspruch, die intime und profunde Verbundenheit der Weißen. Hiermit wären wir beim Kern des Problems: Es gibt keine — und es wird sie auch nicht geben — natürliche Solidarität zwischen ihnen und uns, sondern allein mehr oder minder feine Variationen von Wohlwollen — und dazu dieses ständige aussaugende Pumpen, einzig dazu bestimmt, unsere Reichtümer fortlaufend in ihre Länder abzuleiten. Geben wir uns keiner Illusion hin: Diese Pumpe wird nicht anhalten, nicht in entgegengesetzter Richtung arbeiten, bis zu dem noch in der Ferne liegenden Tag, an dem die unterentwickelten Länder durch ihre Arbeit und ihr Zusammenrücken ihre Schwäche in Kraft umwandeln werden.

Nie, vor allen Dingen nicht kollektiv gesehen, werden die Europäer und die Amerikaner verstehen, was die unterentwickelten Rassen bewegt; sie werden sich nie von ihrem Größenwahnkomplex befreien können, den sie durch ihre materielle Stärke bekommen haben und der ihr ganzes Verhalten beeinflußt.

---

[4]) „Afrique Action" vom 24. Juli 1961.

[5]) Es handelt sich um den ehemaligen Regierungschef und den ehemaligen Armeeminister.

Sie werden uns nie als Mensch oder Nation ihresgleichen ansehen. Seit 40 Jahren gibt sich Tunesien allen erdenklichen Anstrengungen hin und überschlägt sich in Bemühungen, in ihrem Klub anerkannt zu werden. Heute ist es im Atlantikpakt aufgenommen wie ein „harki"[6]) in der französischen Armee.

Was sollen wir tun?

1. Die zwischen den nicht-europäischen und nicht-nordamerikanischen Nationen bestehende natürliche Solidarität entwickeln und ausbauen; als nächstes anläßlich der bevorstehenden Zusammenkunft der an der Belgrader Konferenz beteiligten nichtengagierten Länder die Bedingungen einer reibungslosen Funktion dieser Solidarität auf Regierungsebene erörtern.

2. Die Grundsätze unseres Verhaltens gegenüber dem Abendland auf der nachfolgend dargelegten Basis ausarbeiten und diese unseren verantwortlichen Organisationen und führenden Persönlichkeiten zur Überlegung vorlegen:

a) Jegliche Kooperation mit dem Abendland, d. h. jede Form einer Assoziation oder Allianz, kann nur zu Neokolonialismus führen. Deshalb ist sie demütigend für die Gesamtheit der unterentwickelten Länder, unfruchtbar und unheilvoll für das Land, welches sie akzeptierte.

b) Zwischen Europa und Amerika einerseits und den unterentwickelten Ländern andererseits kann nur ein gegenseitiger Austausch von Waren oder Leistungen im wechselseitigen Interesse stattfinden.

c) Die unterentwickelten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die schon zwischen sich und Europa oder Nordamerika ein System der Kooperation oder Assoziation eingeführt haben, richten sich neu aus und erhalten Hilfe von den anderen Ländern unseres Blocks, um sich progressiv aus diesen Bindungen zu lösen.

Und die anderen „Bizertas", jene zwölf afrikanischen Republiken und die Republik Madagaskar, jene letzten Apostel der Zusammenarbeit mit Frankreich, wie de Gaulle sie nennt? Nun, wir werden ihnen die Stirn bieten, wenn es nicht zu vermeiden ist! Und die Kolonialisten Frankreichs sowie die anderen Kolonialisten können bis zur letzten Patrone schießen, und es werden immer noch Stimmen da sein, die ihnen zurufen: „Reist ab! Verlaßt unser Land!"

(Abgeschlossen 28. 7. 61.)

Anhang

Schreiben des Präsidenten Bourguiba an Staatspräsident de Gaulle:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Eine ernste Lage, welche uns eiligst zur Abstellung des Mißstandes zwingt, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu retten, veranlaßt mich, Ihnen unverzüglich diese etwas außergewöhnliche Botschaft zu senden. Ich habe meinen nächsten Mitarbeiter beauftragt, sie Ihnen zu überbringen.

Ich habe 30 Jahre meines Lebens dem Bemühen um eine freie Zusammenarbeit zwischen Tunesien und Frankreich geopfert. Somit glaube ich, befugt zu sein, jedes Mal, wenn die Umstände es verlangen, laut und frei zu bekräftigen, daß es eines gibt, was ich vor diese Zusammenarbeit setze, ja weit über alles: Die vollständige Unabhängigkeit Tunesiens mit freier Selbstbestimmung ohne jede Einschränkung.

Tunesien, welches seine innere und äußere Unabhängigkeit am 20. März 1956 wiedererhalten hat, ist es mehr als fünf Jahre später nicht möglich, diese Unabhängigkeit seines Staates zu wahren, entsprechend dem Willen seines Volkes und seiner Regierung. Dieses

---

[6]) Arabischer Ausdruck für einen Reserveangehörigen algerischer Nationalität in der französischen Armee.

wurde klar und öffentlich ausgesprochen und mit allen Umständen geschildert, der französischen Regierung durch unseren diplomatischen Dienst mitgeteilt und Ihnen selbst von mir am 27. Februar ds. Jahres dargelegt.

Trotz dieser wiederholten Gesuche hat Frankreich bis jetzt eine grundsätzliche Räumung abgelehnt sowie auch die Rückziehung seiner Truppen von der Base von Biserta und unseren südlichen Territorien.

Im Verlauf der Unterredung, die ich mit Ihnen am 27. Februar in Rambouillet hatte, habe ich selbst Ihnen unsere Stellungnahme zu diesem Punkte dargelegt: Das Ziel Tunesiens ist es, in kürzester Frist die komplette Räumung der Base Bizerta sowie der Grenzzone Südtunesiens von französischen Truppen zu erhalten. Ich schlug Ihnen zwecks Erreichung dieses Zieles die Eröffnung von Verhandlungen vor, um die Modalitäten und Termine für diese Räumung festzulegen.

Ich habe Ihnen gegenüber schließlich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß diese letzte Folgeerscheinung der kolonialen Ära, wenn sie freundlich aufgeworfen und erörtert würde, eine sofortige Kräftigung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zur Folge hätte, denn die Base von Bizerta und das benachbarte Arsenal könnten in Zusammenarbeit mit Frankreich in ein Schiffahrtszentrum umgewandelt werden, welches, da es über industrielle Einrichtungen verfügt, für die wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens wertvoll sein könnte.

Vor kurzem erst, nachdem ich sah, daß meinen Vorschlägen in keiner Weise Folge geleistet wurde, fühlte ich mich veranlaßt, den Vertreter Frankreichs in Tunis zu bitten, Ihrer Excellenz meine Unruhe über das Verhalten der französischen Regierung auszusprechen.

Ich gestatte mir, Sie an den 25. Januar 1960 zu erinnern, an dem ich, unter Berücksichtigung des immer noch negativen Verhaltens Frankreichs und der Fülle der Reaktionen der tunesischen Öffentlichkeit die Entscheidung der Regierung bekannt gab, den Räumungskampf zu beginnen. Ich wünschte diese Räumung auf friedlicher Basis, ab dem folgenden 3. Februar, dem Tag der 2. Wiederkehr des Bombardements von Sakiet. Sie wissen, unter welchen Bedingungen und in welchem Geiste ich im Anschluß an die Barrikadenkämpfe in Algier die schwere Verantwortung auf mich genommen habe, dem Elan des Volkes Einhalt zu gebieten, immer in Erwartung der Lösung der französischen Krise und in der immer andauernden Hoffnung, daß diese überwältigende Probe, auf die ich gestellt war, endlich in einer glücklichen Lösung des Problems, das uns entzweit, ihre Verwirklichung finden würde.

Heute aber müssen wir an Stelle der erhofften Lösung feststellen, daß die französische Regierung, oder zumindest der französische Kommandant von Bizerta, in der fraglichen Zone Pionierarbeiten in Form von Landepistenverlängerungen durchführen läßt, um den Gebrauch derselben neuen Flugzeugtypen zu ermöglichen, was wiederum die militärischen Möglichkeiten der Base erhöht.

Diese neue Tatsache erscheint insofern ernst, als sie, ohne daß sich das bestreiten läßt, den Willen der französischen Autoritäten verrät, den Status quo beizubehalten, ja, diesen zu verhärten.

Das tunesische Volk sowie ich selbst können dieses nur als Bestätigung auffassen, daß die französische Regierung unsere nationale Ehre zu verachten scheint, unseren Gebietsanspruch nicht für voll nimmt und nicht an unsere Entschlossenheit glaubt, koste es was es wolle, die Befreiung nationalen Territoriums zu realisieren.

Unter diesen Voraussetzungen sehe ich mich veranlaßt, sehr geehrter Herr Präsident, Ihnen unsere unwiderrufliche feste Entscheidung mitzuteilen, daß dieser Lage eine Frist gesetzt wird, hinter der das tunesische Volk einstimmig steht.

Wenn, wie ich es noch hoffe, die Räumung von der französischen Regierung genehmigt wird, könnten die erforderlichen Kontaktaufnahmen zur Festsetzung der Modalitäten baldmöglichst stattfinden.

Ich möchte Ihnen hiermit noch bestätigen, daß, soweit es uns betrifft, das, was heute noch Anlaß zum Streiten ist, morgen der Ausgangspunkt einer freien und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern sein kann.

Tunesien hat viel Verständnis und guten Willen gezeigt während der ganzen Prozedur auf dem Wege von der kolonialen Ära zur Erstellung normaler Verhältnisse, die

Sie selbst, verehrter Herr Präsident, wiederholt als abgelaufen bezeichnet haben. Tunesien hat auf verschiedene Arten seinen Beitrag zur Reife geleistet und zur jetzt in Aussicht stehenden Lösung des algerischen Konfliktes. Es hat sich nie dem frenetischen Beifall überlassen.

In der weiten Bewegung der Dekolonialisierung war es immer an der Spitze. Es kann heute nicht, ohne seine Stellung, seine Autorität und Lebensinteressen in Gefahr zu bringen, fortfahren, das Eingreifen in die Rechte seiner Unabhängigkeit zu ertragen und auch nicht das Eingreifen in seine territorialen Befugnisse.

Sie selbst, Herr Präsident, haben zur Genüge betont, daß es „für einen Staat unerträglich ist, daß seine Zukunft von den Taten und Entscheidungen eines anderen Staates, so freundlich dieser auch sein möge, abhängt", als daß Sie nicht leicht unsere Gefühle und Entscheidungen verstehen könnten und müßten.

Der Mensch, der selbst auch stets das Beste von sich aus gegeben hat, um die Unabhängigkeit eines Landes wiederherzustellen, und der seinerseits bereit ist, alle Opfer für Anstrengungen zur Abstellung der Mißstände in seinem Land zu bringen, zu dessen Fortschritt und Glanz, dieser Mensch beschwört Sie, alles zu unternehmen, daß erneute und unnötige Belastungsproben unseren beiden Ländern erspart bleiben.

Tunis, den 6. Juli 1961.

gez. Habib Bourguiba

Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl

Gedanken zum 20. Juli

Bei der Ausschau nach Vorbildern für Charakter, nach Beispielen für Mut und persönliche Hingabe bis zur Selbstaufopferung werden die Gestalten des 20. Juli noch in ferner Zukunft leuchten. Sucht man in der uns bekannten bisherigen Geschichte nach vergleichbaren Beispielen, so fällt es schwer, solche zu finden, die jenen um den 20. Juli 1944 ebenbürtig an die Seite gestellt werden können. Kaum der Todeskampf der 300 Spartaner bei den Thermophylen kann einem Vergleich standhalten. Befanden sich doch jene Spartaner in einer ganz anderen äußeren und seelischen Situation. Ihrer keiner war für sich allein einem mächtigen Schicksal gegenüber gestellt, denn sie waren kollektiv verbunden, von ihrem das gemeinsame Todesschicksal tragenden König Leonidas angeführt und dabei von dem sie stärkenden Glauben und Hoffen ihres Volkes getragen. Auch die Stürmer der Bastille in Paris am 14. Juli 1789 reichen zu einem annähernden Vergleich nicht aus. Bei ihnen handelt es sich um Demonstranten gegen die Entlassung des Ministers Necker durch den König, an ihrer Demonstration beteiligten sich auch solche, die nur aus Neugier dabei waren, ohne überhaupt zu wissen, was gespielt wurde, sogar Pöbel war beteiligt, um bei dieser Gelegenheit im Trüben zu fischen. Wohl keinem der Teilnehmer an dem stürmenden Volkshaufen war bewußt, daß er sein Leben einzusetzen habe. So bedurfte es zunächst nicht einmal besonderen Mutes, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Unvergleichlich anders war die Situation der Männer des 20. Juli. Sie standen auf gegen ein unmenschliches, totalitäres System von einmaliger brutaler Härte und einer scheinbar unüberwindlichen Gewalt, vor der die übrige Welt zitterte. Jene Männer standen bei ihrem Unternehmen nicht unter dem Befehl eines Führers, handelten auch nicht auf Anweisung eines Vorgesetzen, sie wußten nicht

einmal ihr eigenes Volk hinter sich, noch hatten sie eigentliche Gefolgsleute zur Unterstützung oder eine Masse Anhänger und Gutwillige für ihre Rückendeckung neben sich, ja nicht einmal auf wohlwollendes Verständnis ihrer Kameraden und von Freunden konnten sie zählen. Nicht Macht, Ruhm oder Belohnung war Triebfeder für ihr Wollen und Handeln, im Gegenteil, sie mußten auf persönliche Schändung und einen unmenschlichen Tod gefaßt sein. Ohne durch äußere Disziplin oder durch Befehl von oben zusammengehalten zu sein, war jeder von ihnen allein auf den Befehl seines Gewissens gestellt und mußte sich auf die höchst persönliche Treue seiner Mitwisser verlassen. Nach Herkunft und Tradition waren sie keineswegs zu Konspiratoren gegen ihren Staat und dessen Führer vorherbestimmt. Vielmehr galt es für sie zunächst einen schweren Gewissenskampf durchzufechten, ehe sie sich entschlossen, ihren einst geleisteten Treueid zu brechen.

Was aber konnte denn Männer von solcher Art zu ihrem außergewöhnlichen Wollen und Handeln bewegen? Keinesfalls waren sie von egoistischen Triebfedern geleitet. Denn sie waren nicht etwa Schlechtweggekommene, die aus persönlichem Ressentiment, etwa verletzter Ehre oder sonstiger Zurücksetzung, hätten unzufrieden sein können. Äußere Ehrungen und all das, was sich viele ihrer deutschen Volksgenossen ersehnen mochten, waren ihnen schon zuteil geworden. Hinzu kommt, daß die meisten von ihnen in glücklichen Familienverhältnissen lebten, was sie gegen ein todesschwangeres Risiko besonders vorsichtig hätte machen müssen. Somit kann ohne Beweihräucherung festgestellt werden, daß es ein hohes Ethos war, von dem die Männer des 20. Juli beseelt und angetrieben waren, daß es Männer waren von hoher Art, wie sie ganz selten und meist nur in höchster Notzeit aus einem Volk aufstehen. Was sie erstrebten, war einfach die Wiederherstellung der menschlichen Werte für ihr Volk und ihre Mitwelt, nachdem diese Werte von den Verführern ihres Volkes immer tiefer in den Kot getreten wurden.

Stellen wir uns einmal vor, wie es geworden wäre, hätten jene tapferen und edlen Männer Erfolg gehabt. Dann müßten ungezählte Mütter nicht um ihre Söhne, Kinder nicht um ihre Väter und Erzieher, viele Gattinnen nicht um ihr Lebensglück trauern; zahlreiche Städte, Dörfer, Brücken und unersetzliche Kulturgüter wären erhalten geblieben. Und etwas für unsere Gegenwart Unschätzbares wäre vielleicht erreicht worden: ein besserer, solider und dauerhafter Friede in der Welt. Dies bleibt freilich, da nicht beweisbar, Hypothese. Aber wenn man sich den Geist vergegenwärtigt, von dem sie alle beseelt waren, und die Ziele, die sie sich setzten, vor Augen hält, dann spricht vieles für die Richtigkeit der Hypothese. Denn nie trachteten jene tapferen Männer danach, wie es nachher die mit und für Hitler bis 5 Minuten nach 12 aushaltenden militärischei und zivilen Führer gerne getan hätten, die gegnerischen Kriegsmächte gegeneinander auszuspielen; sie hatten den ehrlichen Willen, gegen den Westen wie gegen den Osten eine Vertrauensbasis herzustellen, sie wollten allen von Hitler geschundenen Völkern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß, wäre der 20. Juli gelungen, die Kriegsgegner ihr Mißtrauen gegen die Deutschen aufgegeben oder wenigstens vermindert hätten und daß es dann nicht zu der unseligen Zweiteilung Deutschlands gekommen wäre, welche Zweiteilung eine der Ursachen dafür war, daß auch unsere heutige Welt in zwei feindliche Lager zerrissen ist. Zu der Zweiteilung hätte es nicht kommen brauchen. Sie war so gut vermeidbar wie die Österreichs. Aber die Deutschen machten nach dem Zusammenbruch, jetzt gehorsame Lakaien der Besatzungsmächte wie vorher Hitlers, deren Schwenkungen um 180° von der Freundschaft zur Feindschaft gehorsamst mit, statt in Zurückhaltung auf den Abbau der Gegensätze zu

warten und in geduldigem Bemühen auf Konsolidierung des gesamtdeutschen Staatswesens hinzuarbeiten.

Neuerdings entspricht es der offiziösen Sprachregelung, daß beim Gedenken zum 20. Juli dieses Geschehen und seine Personen mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 verglichen und ihnen gleichgestellt werden. Die Ostberliner Bauarbeiter, die am 17. Juni 1953 auf der Straße Unter den Linden zum Brandenburger Tor marschierten, wollten zunächst nur gegen ihre hohe Arbeitsnorm protestieren. Einen politischen Anstrich erhielt die Sache erst während des Marsches. Die Beteiligung an der Demonstration war denn auch zunächst ganz ungefährlich. Der Zug der Demonstranten wurde während des Marsches sogar von freundlich gesinnten Sowjettruppen begleitet, die auch dann noch unbeteiligt zuschauten, als einige der Demonstranten die Rote Fahne vom Brandenburger Tor herunterrissen. Erst als die Demonstranten zu Brandschatzungen und anderen Gewalttaten übergingen und Fahrzeuge der Sowjettruppen angriffen, um sie zu zerstören oder in Brand zu stecken, griff die sowjetische Besatzungsmacht ein. Will jemand glauben, eine andere Militärmacht, etwa die amerikanische, englische oder französische, hätte sich gegen einen Angriff anders verhalten?

Bei objektiver Würdigung hält der Demonstrationszug der Ostberliner Bauarbeiter und derjenigen, die sich ihnen angeschlossen, vom 17. Juni 1953 nicht den geringsten Vergleich aus mit den Geschehnissen vom 20. Juli 1944. Handelt es sich dort um eine spontane Aktion ohne bestimmtes, klar konzipiertes Ziel, so hier um Männer, die stellvertretend für ihr Volk einen gewissenhaft vorbedachten Plan zu seiner Rettung durchführen wollten, wobei jeder der Beteiligten das Risiko seiner Aufopferung auf sich nahm.

Es währte lange, bis in Deutschland das Geschehen vom 20. Juli gewürdigt und die Gestalten um jenes Geschehen gerechtfertigt wurden. Noch bei einer Gedenkfeier zum 20. Juli in München im Jahre 1958 mußte ein Vertreter des Asta der Münchner Universität bekennen, es sei ihm nicht vergönnt, wenn er ehrend der Männer des 20. Juli gedenke, repräsentativ für die Studenten zu sprechen, weil leider die Mehrheit der Studenten sich gegenüber jenen Männern und ihrem Handeln ablehnend verhalte.

Eine nach außen sichtbare Änderung im ablehnenden Verhalten einer deutschen Mehrheit trat erst neuerdings ein. Es ist denkbar, daß der Eichmann-Prozeß in Jerusalem zu diesem Wandel sein Teil beigetragen hat. Denn dieser Prozeß machte der ganzen Welt, von der sich auch die Deutschen nicht ganz ausnehmen können, sichtbar, welch ein verbrecherisches Regime einmal Deutschland regiert hat und von der Mehrheit der Deutschen nicht nur geduldet, sondern auch gutgeheißen, wenn nicht angebetet worden ist.

Reinhard Tietz

Friedensdienst der Kirche

Bemerkungen zur Allchristlichen Friedensversammlung, Prag, 13.—18. 6. 1961

I.

Die Problematik von Krieg und Frieden hat die Kirche seit ihren Anfängen in verschiedenen Gestalten begleitet[1]; sie ist jedoch bis in unsere Zeit hinein nie — oder wenn, dann nur in relativ ausgegrenzten und von den Großkirchen befehdeten oder übersehenen Kreisen — ausgetragen worden. Sucht man nach den Gründen dafür, so wird der heute allzu rasch zur Hand genommene Hinweis auf das „konstantinische Zeitalter", mit der Verkirchlichung des Staates im Westen oder der Verstaatlichung der Kirche im Osten, doch keine genügende Antwort erlauben, ja vielmehr sogar zur Rechtfertigung eines neuen, letztlich ungläubigen Rückzugs der Kirche von der Welt führen können — was aber nur eine indirekte Fortführung der abgelehnten Irrwege bedeuten würde. Eine uns heute weiterhelfende Antwort wird zu beachten haben, daß jene statische Synthese in den Beziehungen von Kirche und Staat dadurch ermöglicht wurde, daß die Kirche immer mehr in den Sog zur Selbstsicherung hineingeriet, nach außen gegen die heidnische Gesellschaft, nach innen gegen Ketzer und Häretiker; daß sie die nicht zu ihr gehörenden Menschen je länger, desto einseitiger als bloße Bekehrungsobjekte sah, um sie schließlich ganz aus dem Blick zu verlieren; und daß schließlich an die Stelle der Relation von Christen und Heiden oder Kirche und Welt diejenige von christlicher Kirche und christlichem Staat trat. Einer der entscheidenden Gründe dafür, daß die Täufer der Reformationszeit und die historischen Friedenskirchen das Problem des Krieges neu entdecken konnten, ist darin zu suchen, daß sie bei den Staaten, in denen sie lebten, christliche Züge nicht mehr zu entdecken vermochten und nun die Autorität der Heiligen Schrift und des Staates für sie auseinanderfielen. Trotzdem haben sie sich aus jener Statik nicht wirklich gelöst, weil ihnen die Bezogenheit der Kirche auf die sie umgebende Welt verborgen blieb. Es bedurfte der Wiederentdeckung der Welt als „Welt", um die Christenheit aus dem Schlaf der Sicherheit zu wecken. Es war aber erst die in der Zeit nach dem letzten Krieg kulminierende Unfähigkeit der Völker zum Frieden — trotz oder wegen der neuen Waffen — notwendig, um der Kirche die haarsträubende Gedankenlosigkeit ihres traditionellen Verhaltens zum Problem des Friedens vor Augen zu führen. Damit wurde deutlich: die bisherige Stellung der christlichen Ethik zu Krieg und Frieden konnte die Aufrechterhaltung dieser Position angesichts der veränderten Lage nicht mehr legitimieren; vielmehr wurde eine neue Orientierung der Ethik endlich unabweisbar, und diese mußte gleichzeitig eine Kritik der bisherigen ethischen Tradition in sich schließen; damit sie nicht an einer Selbstisolierung auf ein Teilproblem erstickte, mußte sie darüberhinaus in Relation zur gesamten Wirklichkeit des heutigen menschlichen Lebens gesetzt werden. Wer indessen die ökumenischen Gespräche oder die Diskussionen deutscher Synoden in den letzten 16 Jahren ein wenig verfolgt hat, konnte — bei aller Freude über zahlreiche mutige Stimmen — doch auch eine Vorstellung von der Zähigkeit theologischer und politischer Traditionen und von der Macht primitiver oder sublimierter Angst bekommen und ratlos werden, wenn er sich fragte, was aus dieser Kirche wohl werden solle.

Man muß an diese Dinge erinnern, wenn man über ein Ereignis wie die Allchristliche Friedensversammlung berichtet; denn nur vor diesem Hintergrund

wird verständlich, wie sehr es sich dabei um ein großes Experiment in Richtung Zukunft gehandelt hat. Ein Experiment war es in der Tat, auch im Vergleich mit den bisherigen Prager Christlichen Friedenskonferenzen[2]). Zum erstenmal in der Geschichte waren Christen in solcher Zahl, aus derartig verschiedenen Kirchen und Lebensbereichen zusammen, um gemeinsam über ihr Verhalten angesichts der Drohung eines neuen Krieges und des sie bereits umklammernden Kalten Krieges nachzudenken und so aufzubrechen aus der Atmosphäre von Lethargie und Propaganda. Sie konnten das nicht tun, ohne dabei auch die umfassende Aufgabe der Christen in der Summe aller ihrer Lebensbedingungen mit in den Blick zu fassen und auf diese Weise nach allen Seiten einem morschgewordenen Geflecht von Verhaltensvorschriften für Christen ins Gehege zu geraten. Diese Vielschichtigkeit des Experimentes „Prag" ist mit der Zeit immer deutlicher an den Tag gekommen, auch wenn man sich über die Tragweite wie über den modus procedendi noch nicht hinreichend klar ist. Auf der einen Seite — wenn ich einmal so vereinfachen darf — standen diejenigen, die ein besonders großes Gewicht auf die Integration des Kriegsproblems in die Fülle der uns heute aufgegebenen Fragen legten und dabei in Gefahr kamen, an der Oberfläche und im Gestrüpp der Probleme hängenzubleiben. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die sich intensiv auf die heutige Problematik des Heißen und Kalten Krieges konzentrierten; ihnen drohte die Versuchung der Einseitigkeit und damit wirklichkeitsfremder Abstraktion. Daß jedoch die Besinnung auf die Zukunft nicht bei dem Warnen vor Kriegsgefahren stehenbleiben kann, sondern auch den Einsatz der Christen für eine menschliche Friedensordnung im Großen und Kleinen in sich schließt, zeigten die Themen der Arbeitsgruppen, die in Prag in Angriff genommen wurden und nun Gegenstand weiterer Gespräche sein sollen: neben Arbeitsgruppen über den Kalten Krieg, den Mißbrauch des Christentums, die Atomfrage, das Abrüstungsproblem und die deutsche Situation gab es solche, die sich mit den Fragekomplexen Gerechtigkeit, Freiheit, Ökumene, junge Staaten und dem Friedensdienst der jungen Generation beschäftigten und so das Tor nach vorne aufzustoßen versuchten.

Eine solche Skizzierung der Problematik, vor die sich die Konferenz gestellt sah, zeigt das Prager Experiment zunächst als das Experiment des Friedens mit der eigenen Geschichte. Dieser Frieden ist nicht durch Resolutionen zu erreichen; er ist auch nicht kommandierbar. Er kann nur wachsen im schmerzhaften Bekenntnis zum Versagen der Kirche in ihrer Geschichte. Die Neuorientierung bleibt ein schwächliches Gewächs, wenn sie nicht Umkehr ist, die aus der Einsicht in diese Schuld geboren wird. Als darum Prof. Y. Inoue (Tokio) über das Verhalten der japanischen Christen während des letzten Krieges sagte, er müsse gestehen, daß die japanischen Christen den Herrn Jesus Christus zu klein gemacht hätten, indem sie auf ihre Selbsterhaltung bedacht gewesen seien, da gab es keinen unter den Hörern, der nicht das Gleiche über die Geschichte und Gegenwart auch seiner Kirche und Theologie schreiben mußte. Sie alle kamen ja aus einer Zeit, die dem Glauben nur eine Provinz des Seelenlebens und höchstens noch private Liebestätigkeit zuordnete, die aber die übrigen Bereiche menschlichen Zusammenlebens nicht im Licht des österlichen Friedens sehen konnte und sie darum anderen, sogenannten immanenten Gesetzen unterstellte und so selbst unfähig zu Taten des Friedens wurde.

II.

Die Unfähigkeit der Kirchen zum Frieden war am offenkundigsten darin, daß sie selbst als feindliche Brüder nebeneinanderher lebten. Daher muß man schon

das Zusammensein und Miteinandersprechen der 670 Christen in Prag selbst als eine Friedenstat bezeichnen. „Es gehört zur Friedensgestalt der Kirche, daß sie eine ökumenische Kirche ist", sagte der Berliner Studentenpfarrer Marquardt in der Sektion der Jugend. Wenn hier also Menschen beieinander waren, deren Kirchen seit 1200 oder 1000 oder 15 Jahren fast nicht mehr miteinander geredet hatten, die sich gegenseitig exkommuniziert hatten oder sich gleichgültig geworden waren, ja sich sogar ganz vergessen hatten, dann vollzog sich auch darin eine Richtungsänderung von der lähmenden und isolierenden Vergangenheit fort und hin zu einer neuen christlichen Gemeinschaft, die ihre Bewährung in künftiger Kooperation haben wird. Dabei zehrte man von der Frucht der nun bald 60 Jahre alten ökumenischen Bewegung; die Prager Arbeit wurde jedoch mitgetragen von einer Reihe von Kirchen, die im Weltkirchenrat nicht vertreten sind, während viele Kirchen, die dort mitarbeiten, sich einstweilen von Prag distanzieren.

Nicht nur die Kirchen der sozialistischen Länder, sondern auch eine beachtliche Anzahl anderer Kirchen wurden durch offizielle Vertreter repräsentiert; aber die meisten Kirchen aus den westlichen und neuen Staaten hatten auf die Prager Einladung hin nur Beobachter entsandt. Der größte Teil der Anwesenden war sogar nur auf Grund persönlicher Einladungen gekommen (das galt z. B. auch von Präses D. Wilm oder Kirchenpräsident D. Niemöller; als offizielle Beobachter im Auftrag des Rates der EKiD nahmen Oberkonsistorialrat Schmitt aus Berlin und Oberkirchenrat Krüger vom Kirchlichen Außenamt in Frankfurt an der Konferenz teil).

Wenn man bedenkt, wie selten sich orthodoxe Bischöfe zu Reisen entschließen und welches Gewicht sie in ihren Kirchen haben, wird man die Teilnahme so vieler führender Kirchenleute aus der Ostkirche kaum hoch genug einschätzen können. Da sah man Metropolit Niphon als Vertreter des Patriarchen von Antiochien, den Erzbischof Petros und vier andere Würdenträger der koptischen Kirche in Aethiopien, Katholikos Vazgen I., das Haupt der armenischen Kirche, Justin I., Patriarch von Rumänien, und Patriarch Katholikos Jefrem II. von der orthodoxen Kirche in Grusinien. Die große russisch-orthodoxe Delegation führte Erzbischof Nikodim, der Leiter der Abteilung für äußere Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche, ein Mann von 32 Jahren. Man würde sicher zu schwerwiegenden Fehlschlüssen kommen, wenn man hinter dem starken Interesse der Ostkirche — das Patriarchat von Konstantinopel dabei ausgenommen — nur den Willen zur Durchsetzung einer bestimmten politischen Konzeption sehen wollte. Mehr als wir es gewohnt sind, sollte man die ostkirchliche Tradition und die Verbundenheit dieser Kirchen mit dem Volk berücksichtigen, wobei dann auch die elementare Friedenssehnsucht des einfachen russischen Menschen als Motiv nicht zu gering veranschlagt werden darf.

Erwähnt werden muß, daß auch die Lutheraner, Baptisten und (erstmals) die Reformierten und Altgläubigen, die in der Sowjetunion wohnen, auf der Versammlung vertreten waren und daß gleichfalls erstmals eine Vertretung der chinesischen Christen mit dem anglikanischen Bischof Ting aus Nanking an der Spitze dabei war.

Die größere Zahl von Teilnehmern indessen war aus nichtkommunistischen Ländern gekommen. Daß aus Deutschland — BRD und DDR — die beiden größten Kontingente überhaupt erschienen waren, zeigte, wie lebendig bei uns der Wille zum Mitarbeiten an der Versöhnung der Völker, gerade auch in Richtung Osten, allem Widerstand zum Trotz (gleich woher er kommt) geworden ist. Es gibt viele, das wird hier ganz deutlich, die nur darauf warten, wirklich etwas tun zu können. Mittlerweile ist aber auch in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden,

der Schweiz und den USA das Interesse an Prag überraschend groß geworden. Es handelte sich also bei den westlichen Teilnehmern durchaus nicht nur um einige „wildgewordene Bruderschaftler" aus Deutschland und eine Handvoll durch sie „verführter" Ausländer! Dazu kam diesmal die intensive Beteiligung von Christen aus Asien, Afrika und Lateinamerika, die, auf die Dauer gesehen, für die Entwicklung der Christlichen Friedenskonferenz wohl große Bedeutung haben wird. Besondere Erwähnung verdient daneben der über Erwarten hohe Prozentsatz junger Teilnehmer.

Nicht vertreten und auch nicht eingeladen war die römisch-katholische Kirche. Man wird das verstehen und, wie die Dinge heute stehen, für richtig halten müssen. Ob jedoch die harten Worte, die auf der Konferenz gegen Rom geäußert wurden, notwendig und am Platze waren oder ob hier nicht ein falscher Zungenschlag eindrang, blieb bis zuletzt heftig umstritten. Die hierher gehörigen, inzwischen in der Presse und auch schon von Prager Teilnehmern bedauerten Formulierungen in der Schlußresolution waren denn auch eine Kompromißlösung, bei der man aber das Bemühen um eine brüderliche Sprache nicht übersehen sollte. Es durfte jedoch unter keinen Umständen verschwiegen werden, daß die Christen, zu welcher Kirche sie auch gehören, vor Gott und an den Menschen schuldig werden, sobald sie das Evangelium mit der Freund-Feind-Schablone versehen, und geschehe das auch nur aus Angst oder unabsichtlich. Wo man so zu denken pflegt, ist der Frieden ferner denn je.

Der Frieden ist unendlich viel schwerer als der Krieg, und ebenso war auch dieses Gespräch über den Frieden schwerer, als es eines über den Krieg gewesen wäre. Gelegentlich, bei manchen Diskussionen oder Referaten, mochte einen eine gelinde Verzweiflung ankommen. Da gab es Unfähigkeit, sich den anderen verständlich zu machen oder die anderen zu verstehen. Und noch schlimmer war die Zähigkeit, in der angelernte Phrasen oder überlieferte theologische Lehrsätze weiterlebten, oder die Hartnäckigkeit, mit der manche Teilnehmer nach konkreten Aktionen riefen, ohne zu bedenken, daß ihr Land nicht der Nabel der Welt ist und daß es gerade dazu einer mühsamen Arbeit um Verstehen bedarf. Solche Schwierigkeiten braucht man wohl nicht zu verschweigen. Sie traten denn auch zumeist nicht auf bei den grundsätzlichen Fragen der Ablehnung des Krieges, sondern bei den daraus zu ziehenden Konsequenzen. Um so wichtiger waren dann aber die Gespräche, in kleineren Gruppen oder im allerkleinsten Kreise, weil dabei geklärt werden konnte, wo die Unterschiede und wo Ansätze für das gemeinsame Arbeiten zu suchen waren. In diesen Gesprächen lag ein gut Teil des Ertrages der Konferenz. Und so war denn eines ihrer großen, ermutigenden Zeichen, um wenigstens ein Beispiel zu nennen, das Referat Erzbischof Nikodims. Weniger wegen seiner praktischen Forderungen, die nicht viel Neues brachten, als vielmehr wegen seines Versuches, den Protestanten die leitenden theologischen Gesichtspunkte des Friedensdienstes der orthodoxen Kirche verständlich zu machen, wegen seines Eingehens auf ihre Denkformen und Fragen, war es ein Markstein der gesamten ökumenischen Diskussion, eine „theologische Friedenstat". Man erfuhr hier endlich, in welch enger Beziehung für die orthodoxe Tradition der F r i e d e n d e r H e r z e n und der F r i e d e n d e r W e l t zueinander stehen, wie wenig hier — im Unterschied zur abendländischen Theologie — differenziert wird, wie wenig hier vom Individuum her gedacht wird und wie schwer begreifbar daher für die östlichen Christen manche Bedenken gegen ihre Verwendung des Wortes „Frieden" sind. Damit waren die Anfragen nicht erledigt; aber man bekam zum erstenmal die gegensetigen Positionen und Negationen zu Gesicht, man merkte, daß die bisherigen Diskussionen nicht fruchtlos waren.

III.

Abkehr von der Vergangenheit und Entstehen einer ökumenischen Bruderschaft sind erste Aktionen eines neuen Gehorsams der Christen gegen das immer neue Evangelium Gottes. So wie Gott nicht in sakraler Selbstisolierung lebt, sondern Sehnsucht nach den Menschen hat, so wird sich die Kirche nun auch gehorsam auf den Weg zu den Menschen machen müssen. Die Christen können nicht von Gottes Versöhnung reden, ohne nicht auch die verfeindeten Menschen und Völker auf Möglichkeiten der Verständigung hinzuweisen und selbst mit Hand anzulegen, „daß die heute Entzweiten im Frieden zusammenleben und Spannungen und Krisen ohne Kriege und Gewaltanwendung lösen lernen".[3]) Sie können an Gottes Gerechtigkeit nur glauben, wenn sie auch daran mitwirken, „daß für alle Menschen und Menschengruppen, für alle Völker und Rassen und für die internationalen Beziehungen neue gute Rechtsordnungen erarbeitet werden, die dem Frieden dienen".[4]) Dabei würde sich zeigen — nach einer Formulierung Prof. J. L. Hromádkas in seinem breitangelegten Hauptreferat — „daß wir im Licht des Evangeliums den Menschen von heute verstehen, der, geschwächt durch die vergiftete Atmosphäre vergangener Zeiten, vergebens auf Hilfe für die Armen und Ärmsten, die Hungernden und Verworfenen wartete. Ihn besonders müssen wir in seiner positiven Sehnsucht nach einer neuen Gesellschaft verstehen. Auch seinen Unglauben, ja, seinen Kampf gegen die Kirche und die sogenannten Religionen! Erst nachdem wir seine Pläne, Hoffnungen und seinen Kampf um eine neue Gesellschaft ohne Klassen- und Rassenunterschiede verstanden haben, werden wir vielleicht auch seine Fehler, Irrtümer, seine Mängel und Lücken in seinem Werk begreifen. Dann werden wir auch besser und klarer einsehen können, daß den Unglauben keine anti-atheistische Front überwinden kann, sondern allein die Sehnsucht, dem Menschen nachzugehen."

Bei den Problemen der Mitarbeit am Aufbau neuer Gesellschaftsordnungen fand man sich weithin auf teils unbekanntem, teils ideologisch „vermintem" Gebiet. „Gerechtigkeit" und „Freiheit" schälten sich mehr und mehr als Hauptpfeiler der Grundlagendiskussion heraus. Anfängliche Apologien des eigenen Standpunktes wurden allmählich abgelöst durch gemeinsame Definitionsversuche; aber im wesentlichen konnte es sich hier doch nur um den Anfang für weitere Gespräche handeln. Als besonders hilfreich erwies sich indessen bei vielen Überlegungen die Anwesenheit der Christen aus den jungen Kirchen. Durch sie lernen die gewöhnlich nur miteinander beschäftigten Teilnehmer aus den sozialistischen und kapitalistischen Ländern, daß sie nicht mehr alleine da sind und daß ihre Probleme in dem Moment ein neues Gesicht bekommen, wo ein dritter Partner in den Kreis tritt. Der aus dem Osten und der aus dem Westen — beide sehen sich dem Ruf nach Verständnis und Hilfe und der heftigen Bitte, nicht in den Zweifrontenkrieg hineingezerrt zu werden, gegenüber und müssen sich jetzt um gemeinsame Antworten bemühen. Und so könnte in Zukunft eine besondere Chance darin liegen, daß Christen, gleich aus welchem Lager sie kommen, gemeinsam helfen können, nicht durch die Aufrichtung einer „christlichen Gesellschaftsordnung, wohl aber durch die Bereitschaft zum Dienst, wo immer er von den jungen Staaten erbeten wird. In die gleiche Richtung zielte der einmütige Vorschlag der jüngeren Teilnehmer, im kommenden Jahr Aufbaulager durchzuführen, in denen junge Christen aus Ost und West eine bestimmte Zeit zusammenleben und -arbeiten, um so ein Stück der Ko-Existenz schon jetzt zu praktizieren. Derartige kleine Aktionen wären zwar Vorgriffe auf die Zukunft, sie wären schlichte Versuche, den Geist, in dem unsere Völker auf die Dauer notwendig miteinander leben lernen müssen, schon unter

den heutigen Bedingungen einzuüben. Aber eben darum wären sie Zeichen der Hoffnung.

IV.

Die sogenannten Realitäten von heute scheinen indessen alle Hoffnungen auf einen gerechten, friedensbereiten, dem Anderen Freiheit gönnenden Umgang der Völker miteinander zu verhöhnen; und die Christen spüren den Sog der Hoffnungslosigkeit am eigenen Leibe. Sie haben ja Brüder, die dem nachgeben und glauben, sie könnten neue Ordnungen mit alten, aus Angst und Status-quo-Denken stammenden Mitteln errichten. Darum muß das Ja zum Menschen, das die Christen mit ihrem Friedensdienst betätigen, das Nein zu jeder Form antiquierter und darum unmenschlicher Denk- und Handlungsweise einschließen. Ohne dieses laute Nein würde die Kirche nur von neuem schuldig. Sie hat nein zu sagen zu der Aufteilung der Welt in Christen und Nichtchristen, Freund und Feind, Gut und Böse, und auch auf diese Weise Gottes Ko-Existenz mit allen seinen Feinden, d. h. mit uns allen, zu bezeugen. Sie hat den Kriegsvorbereitungen in jeder militärischen oder propagandistischen Form entgegenzutreten, und zwar nach allen Seiten. „Im atomaren Zeitalter ist Krieg keine verantwortbare und sinnvolle Möglichkeit zur Lösung internationaler Probleme mehr. Wer die Massenzerstörung überhaupt erwägt, wer zur Abschreckung mit atomaren Waffen droht, wer solche unmenschlichen Mittel bereitstellt, wer junge Menschen für ihre mögliche Anwendung erzieht, der handelt nicht nur gegen alle Einsichten menschlicher Vernunft, sondern er versündigt sich an Gott."[5]) Diesen Satz, zusammen mit den folgenden Hinweisen auf Möglichkeiten der Entspannung, kann man der Prager Konferenz nun wahrhaftig nicht mehr als eine einseitige Stellungnahme ankreiden, es sei denn, man bezeichne jedes Eintreten gegen die ABC-Waffen als einseitig. Es wird deutlich, daß wir an dieser Stelle überall vor ähnlichen Problemen stehen.

Aufschlußreich waren in diesem Zusammenhang die zahlreichen Debatten über die Frage, ob man über das Nein zum Krieg und über das Engagement für seine Verhütung und „Abschaffung" hinaus nun auch persönliche Konsequenzen, etwa in Gestalt der Wehrdienstverweigerung, ziehen solle, nicht um „reine Hände" zu behalten, sondern um frei zu sein für bestimmte Dienste, die dem Frieden mehr dienen als der Wehrdienst. Lehnten manche Vertreter der jungen Staaten begrenzte Kriege gegen die Kolonialisten z. Z. nicht grundsätzlich ab, so fürchtete ein Teil der östlichen Christen, auf diese Weise würde der allgemeine Kampf gegen den Krieg gelähmt oder unglaubwürdig. Dem stand eine große Gruppe von Teilnehmern gegenüber, nach deren Ansicht der Einsatz für den Frieden auch den persönlichen Entschluß umfassen müsse, für den Fall des Scheiterns jenes Einsatzes selbst jedenfalls unter keinen Umständen mehr mitzumachen. Einig war man sich dagegen im Entschluß zur Verweigerung jeder Beteiliuung am Kalten Krieg. Gewiß muß die Praxis dieses Entschlusses von allen erst noch mehr oder weniger gelernt werden und sie müßte erleichtert werden durch sorgfältige Informationen und gegenseitige Kontakte; es müßte noch deutlicher als bisher werden, daß das Eintreten für die Wahrheit ein Akt tieferer Loyalität mit der eigenen Gesellschaft ist als das Mitdenken in der Terminologie des Kalten Krieges. Aber es ist zu konstatieren, daß die Prager Konferenz an diesem Punkt einen Schritt nach vorne getan hat.

Das weihnachtliche Loblied der Engel lautet: „. . . Friede auf Erden". Daß dieser Friede unsere Aufgabe ist (und nicht der im Himmel — der ist Gottes Sache), wurde in Prag bedacht. Wahrgenommen werden muß diese Aufgabe aber von den einzelnen Gemeinden und von den Menschen, die

zu ihnen gehören, und mit denen zusammen, die sich nicht zu den Christen rechnen. Prag konnte nicht mehr, als ein paar Hinweise dafür zu geben. Es liegt an uns, ob wir weiterarbeiten.

Anmerkungen:

[1]) Vgl. dazu Helmut Gollwitzer, art. Krieg IV. Krieg und Christentum, Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Aufl., Bd. 4, 1960, Sp. 66—73.

[2]) Über die früheren Prager Konferenzen vgl. die drei in Prag erschienenen Berichtsbände: Aufgabe und Zeugnis, 1958; Elige vitam, 1959; Einzige Zukunft, 1960; sowie „Dimensionen des Friedens, hrsg. v. Martin Stöhr u. Reinhard Tietz, Hamburg-Bergstedt, 1961, und Bohuslav Pospisil, Die Prager Christliche Friedenskonferenz, Hefte aus Burgscheidungen, Nr. 33, o. J.

[3]) Botschaft der ersten Allchristlichen Friedensversammlung in Prag im Juni 1961, Abschnitt II, 2.

[4]) ebenda, Abschnitt II, 3

[5]) ebenda, Abschnitt IV, 1.

Manfred Clemenz

Akademische Meinungsfreiheit im Würgegriff

„Gaudeamus igitur"?

„Wenn eines mich an den Sieg unserer Bewegung glauben läßt, so ist es der Vormarsch unserer Bewegung in der Studentenschaft", triumphierte Hitler im Herbst 1931. Daß er dazu allen Grund hatte, stellte sich auf dem 14. Deutschen Studententag 1932 in Königsberg heraus: Die AStA-Vertreter beschlossen, die demokratische Verfassung der studentischen Selbstverwaltung abzuschaffen und an deren Stelle das „Führerprinzip" zu setzen. Diese Fakten finden sich in einer Untersuchung von Dr. Dieter Sauberzweig über die Rolle der Hochschulen vor und während des Dritten Reiches, die von der Wochenzeitschrift „Die Zeit" im März dieses Jahres („Die Zeit" 1961, Nr. 11, 12, 13, 14) veröffentlicht wurde. „Schon vor der Machtübernahme hatten (also) die Nationalsozialisten die wichtigsten Positionen innerhalb der Studentenschaft eingenommen", schreibt Dr. Sauberzweig. Romantisch-nationales Denken, die patriotisch-völkische Vorstellungswelt der in den Verbindungen zusammengeschlossenen Studenten, ein bestürzender Mangel an politischem Urteils- und Vorstellungsvermögen und ganz allgemein: Lethargie und Sich-Treibenlassen im Strom der Ereignisse, das sind die wesentlichsten Gesichtspunkte, die erklären, wie die studentische Generation jener Jahre sich in die Reihe der Steigbügelhalter eines totalitären Regimes eingliedern konnte. Diejenigen, die noch nicht gleichgeschaltet waren, zögerten, etwas zu unternehmen, als noch Zeit dazu war, schreckten vor eigener Initiative zurück. Die Macht der Anhängerschaft und die nationale Zustimmung, die der „Bewegung" zuteil wurde, machten sie in ihrem Urteil unsicher.

Und heute? Wie sieht es heute an den deutschen Hochschulen aus, nachdem der Traum von nationaler Größe, den man tausend Jahre träumen zu können glaubte, ein schreckliches Ende gefunden hat? Gehört der Zustand der Wachheit bereits wieder der Vergangenheit an, nachdem ja „schon" sechzehn Jahre seit damals verstrichen sind, und beginnt das politische Bewußtsein sich wieder zu vernebeln?

zu ihnen gehören, und mit denen zusammen, die sich nicht zu den Christen rechnen. Prag konnte nicht mehr, als ein paar Hinweise dafür zu geben. Es liegt an uns, ob wir weiterarbeiten.

Anmerkungen:

[1]) Vgl. dazu Helmut Gollwitzer, art. Krieg IV. Krieg und Christentum, Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Aufl., Bd. 4, 1960, Sp. 66—73.

[2]) Über die früheren Prager Konferenzen vgl. die drei in Prag erschienenen Berichtsbände: Aufgabe und Zeugnis, 1958; Elige vitam, 1959; Einzige Zukunft, 1960; sowie „Dimensionen des Friedens, hrsg. v. Martin Stöhr u. Reinhard Tietz, Hamburg-Bergstedt, 1961, und Bohuslav Pospisil, Die Prager Christliche Friedenskonferenz, Hefte aus Burgscheidungen, Nr. 33, o. J.

[3]) Botschaft der ersten Allchristlichen Friedensversammlung in Prag im Juni 1961, Abschnitt II, 2.

[4]) ebenda, Abschnitt II, 3

[5]) ebenda, Abschnitt IV, 1.

Manfred Clemenz

Akademische Meinungsfreiheit im Würgegriff

„Gaudeamus igitur"?

„Wenn eines mich an den Sieg unserer Bewegung glauben läßt, so ist es der Vormarsch unserer Bewegung in der Studentenschaft", triumphierte Hitler im Herbst 1931. Daß er dazu allen Grund hatte, stellte sich auf dem 14. Deutschen Studententag 1932 in Königsberg heraus: Die AStA-Vertreter beschlossen, die demokratische Verfassung der studentischen Selbstverwaltung abzuschaffen und an deren Stelle das „Führerprinzip" zu setzen. Diese Fakten finden sich in einer Untersuchung von Dr. Dieter Sauberzweig über die Rolle der Hochschulen vor und während des Dritten Reiches, die von der Wochenzeitschrift „Die Zeit" im März dieses Jahres („Die Zeit" 1961, Nr. 11, 12, 13, 14) veröffentlicht wurde. „Schon vor der Machtübernahme hatten (also) die Nationalsozialisten die wichtigsten Positionen innerhalb der Studentenschaft eingenommen", schreibt Dr. Sauberzweig. Romantisch-nationales Denken, die patriotisch-völkische Vorstellungswelt der in den Verbindungen zusammengeschlossenen Studenten, ein bestürzender Mangel an politischem Urteils- und Vorstellungsvermögen und ganz allgemein: Lethargie und Sich-Treibenlassen im Strom der Ereignisse, das sind die wesentlichsten Gesichtspunkte, die erklären, wie die studentische Generation jener Jahre sich in die Reihe der Steigbügelhalter eines totalitären Regimes eingliedern konnte. Diejenigen, die noch nicht gleichgeschaltet waren, zögerten, etwas zu unternehmen, als noch Zeit dazu war, schreckten vor eigener Initiative zurück. Die Macht der Anhängerschaft und die nationale Zustimmung, die der „Bewegung" zuteil wurde, machten sie in ihrem Urteil unsicher.

Und heute? Wie sieht es heute an den deutschen Hochschulen aus, nachdem der Traum von nationaler Größe, den man tausend Jahre träumen zu können glaubte, ein schreckliches Ende gefunden hat? Gehört der Zustand der Wachheit bereits wieder der Vergangenheit an, nachdem ja „schon" sechzehn Jahre seit damals verstrichen sind, und beginnt das politische Bewußtsein sich wieder zu vernebeln?

Der Bericht Dr. Sauberzweigs kommt zur rechten Zeit, um einen deutlichen Hinweis auf einen Teilaspekt der bundesdeutschen politischen und geistigen Euphemie zu geben.

Schon einige Symptome stimmen nachdenklich. Ehe er vor kurzem in den meisten Bundesländern untersagt wurde, konnte der BNS (Bund Nationaler Studenten) an zahlreichen Hochschulen sein Unwesen treiben, und noch heute kann er in seinem Sprachrohr „Student im Volk" ungehindert nazistische Parolen verkünden. Inserataufträge der Bundeswehr an diese Zeitung wurden nachträglich von offizieller Seite als „Versehen" bezeichnet. Fast vierzig Prozent der Studenten (ohne Studentinnen und Ausländer) haben nunmehr wieder in studentischen Verbindungen — ein Großteil davon schlagend — ihre geistige Heimat und Geborgenheit im Kollektiv gefunden. Das bräuchte an sich noch nichts zu bedeuten, würden nicht die markig-patriotischen Thesen, wie sie vor allem in den diversen Blättern der Waffen-Korporationen zu Papier gebracht werden, mutatis mutandis in so fataler Weise an die von denselben Kreisen vor 1933 geäußerten Sprüche erinnern. Vom „Reich" träumte man schon 1955 wieder im „Convent": „Die Deutschen sind ein Volk des Vergessens und Verzichtens. Das liegt begründet im geschichtslosen Denken, jahrhundertelangem Fehlen des Reichsgedankens und Umerziehungsversuchen ... Wer spricht heute noch vom Reich, vom Verlust ehemaliger Gebiete, vom Grenz- und Auslandsdeutschtum, etwa von der einstigen Zugehörigkeit der Schweiz, der Niederlande, des Elsaß, Lothringens, Luxemburgs, von den Siebenbürger Sachsen? Soll es in dieser Richtung des Verzichtens und Vergessens weitergehen?" Schlimmer noch 1959 in den „Burschenschaftlichen Blättern": „Was in den KZ geschehen ist, soll nicht verschwiegen werden, aber auch hier muß die Forschung eindringen, um festzustellen, ob 11 Millionen oder 170 000 umgebracht worden sind." Seit Beginn dieses Jahres werden auch die Schlagenden Verbindungen staatlich subventioniert, will sagen: bei der Verteilung der Mittel aus dem Bundesjugendplan berücksichtigt. Zu beachten braucht man dabei freilich nur, daß die Prominenz der CDU/CSU in Bundestag und -regierung fast ausnahmslos aus „Alten Herren" besteht.

Als verlängerter Arm des Bundesverteidigungsministeriums bei seinen Integrationsbemühungen in Richtung Hochschule erweist sich neuerdings die Organisation der Bundeswehr-Reserveoffiziere, die „Hochschulgruppen für Wehrkunde". Der akademisch-trockenen Bezeichnung, unter der diese Gruppen firmieren, wird pfiffigerweise gern noch das Attribut „unabhängig" hinzugefügt. Neben militärischen Sandkastenspielen schult man sich hier vornehmlich in der ideologischen Kalten Kriegsführung im „Kampf gegen den Sowjetkommunismus".

Nun kann man zögern, auf Grund dieser Aspekte bereits eine düstere Zukunftsprognose aufzustellen, in den oben geschilderten national-konservativen oder restaurativen Strömungen innerhalb der Studentenschaft schon das Menetekel an der Wand zu sehen. Man kann geneigt sein, alle diese Erscheinungen der Sphäre des Spielplatzes der sogenannten „akademischen Freiheit" zuzuordnen und als — wenn auch abartige Variante des „gaudeamus igitur" zur Kenntnis zu nehmen. Das wäre unter einer Bedingung gerechtfertigt: es muß eine ausreichend starke Gegenströmung vorhanden sein, die sich, ohne gegen den Widerstand der Staatsbürokratie oder der Öffentlichkeit kämpfen zu müssen, Gehör verschaffen kann.

Leider bleibt es bei der Hypothese, beim Wunsch. Niemand, der die Entwicklung der deutschen Studentenschaft nach dem Kriege verfolgt, wird die zutiefst apolitische Haltung (im weiteren Sinne, im Sinne der „politeia", die Sache der Gemeinschaft betreffend) der nicht in Gruppen weltanschaulicher oder politischer Art gebundenen Studenten leugnen können. Das ist nicht nur eine Folge des zur Genüge bekannten und aus den verschiedensten, oft gegensätzlichen Gründen

beklagten Versinkens im Fachstudium. Das ist auch nicht nur die Folge einer tief verwurzelten Skepsis gegenüber der Politik als solcher, was in mancherlei Hinsicht verständlich, obschon kurzsichtig und letztlich ein circulus vitiosus ist. Es ist vielmehr, schlicht gesagt, das große Desinteresse und die große Ignoranz im Bereich des Politischen, die sich hier ausbreitet.

Die Argumente für die Haltung, daß es nicht nur unnütz, sondern auch unklug sei, sich im Politischen zu engagieren, werden den Vertretern dieser Einstellung tagtäglich geliefert. Wohl hatten sich die Vertreter der deutschen Studentenschaft anläßlich des Studententages 1960 in Berlin zur Proklamierung des „Abschieds vom Elfenbeinturm" durchgerungen. Studenten jedoch, die zur gleichen Zeit und am gleichen Ort gegen die Reaktivierung der nazistischen Mentalität und gegen ehemalige Nazirichter protestierten, ließ Innensenator Lipschitz verhaften. Unter dem Vorwand, sie würden kommunistische Propaganda betreiben! Wohl melden sich in den Studentenzeitschriften und bei Diskussionen die Vertreter der „anderen Studentenschaft" zu Wort, aber die Reihe der Verunglimpfungen und Diffamierungen der um die politische Entwicklung besorgten und kritischen Geister, die Strafprozesse gegen studentische Redakteure und Autoren und die Einschränkungen der studentischen Pressefreiheit nehmen kein Ende. Fast die gesamte studentische Presse wird ohnehin als „linksorientiert" abgetan, und ihre Vertreter und diejenigen, die mit ihnen sympathisieren, werden pro-kommunistischer, subversiver oder anarchistischer Einstellungen beschuldigt. Und gerade die Stellen, die am eifrigsten über die politische Interesselosigkeit der Studenten klagen, nämlich die zuständigen Ministerien und Rektorate, sind als erste bereit, mißliebige Meinungsäußerungen mit dem Odium moralischer Anrüchigkeit zu versehen. Als Maßstab gilt: wer nicht vorbehaltlos für uns ist, ist gegen uns. Den Vorwurf, die Studentenschaft politisch mundtot zu machen, möchte man sich nicht zuziehen, aber gebilligt wird nur jene Aktivität, die in der vorgeschriebenen Richtung zum Einsatz gelangt. Daß in einer Demokratie Alternativen zur offiziell sanktionierten Ansicht als Gefährdung der staatlichen Grundlagen betrachtet werden, ist entweder ein Anzeichen für die innere Schwäche dieser Demokratie oder der Beginn eines anti-demokratischen Kurses der Regierung. Daß derartige Anzeichen aber vom größten Teil der Studentenschaft entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder aber mit Schweigen quittiert werden, muß hinsichtlich der Bedeutung dieser Gruppe als stabilisierender Faktor der Demokratie skeptisch stimmen.

„Die Studenten sind selber schuld"

Ein weiterer Umstand kommt dazu, der die düsteren Farben des Bildes nicht eben aufhellt. Die allgemeine Misere an den deutschen Hochschulen ist sattsam bekannt. Hörsäle, Lehrkörper, Bibliotheken sind in höchstem Maße unzureichend. Man ereifert sich zwar über Pläne, wie hier wohl am besten Abhilfe zu schaffen sei, aber vorläufig steht alles nur auf dem Papier. Auch die kürzlich veröffentlichten „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen" sind unverbindliche Vorschläge. Woher die für den Ausbau erforderlichen Mittel kommen sollen, ist angesichts der von Mal zu Mal opulenter werdenden, langfristigen Wahlgeschenke und eines hypertrophierten Rüstungsetats rätselhaft. Daß man sich in der sogenannten „künftigen Führungsschicht" durch diese Verhältnisse eine latente Opposition heranbilden könnte, braucht die Sorge der Verantwortlichen nicht zu sein — die Empirie spricht dagegen. Vielmehr wird der Spieß umgedreht, und unter dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung" geht man seinerseits dazu über, den Studenten Vorwürfe zu machen. Da man sie nun schlechterdings nicht für fehlende Lehr-

stühle oder zu kleine Hörsäle verantwortlich machen kann, wird der Angriff ins allgemein Geistig-Psychologische abgelenkt. Man gräbt den alt-ehrwürdigen „akademischen Geist" des weiland königlich-preußischen Staatsministers Wilhelm von Humboldt aus und läßt die Studenten wider denselben sündigen. Der heutige Diplomkaufmann, Rechtsanwalt, Arzt oder Studienrat in spe sei nur daran interessiert, so schnell wie möglich in gut dotierte Positionen zu gelangen; im übrigen würde ihn das, was das eigentliche Wesen der universitas litterarum ausmache, das selbständige Denken und Forschen, die umfassende Bildung, herzlich wenig interessieren. So aber müsse die Universität viel zu viel Ungeeignete beherbergen. Man sieht, worauf es hinausläuft: nicht die Hochschulen sind zu klein, sondern die zu großen Massen der „Hochschulbenutzer", die die Universität als ein reines „Karriere-Sprungbrett" mißbrauchen, tragen die Schuld. An dieser Stelle zeigt sich deutlich die Analogie zu den Vorstellungen über die rechte politische Aktivität der Studenten.

Die folgende Übersicht über Vorfälle im Hochschulbereich erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie stellt lediglich eine Auswahl aus der Fülle des Materials und einen Versuch der Verifizierung der oben aufgestellten Thesen dar.

„Immer nur Ansprüche", „Studieren, aber nichts riskieren", „... denn sie wollen gefördert werden" — so und so ähnlich waren die Artikel überschrieben, die im Zuge einer Pressekampagne im Sommer des Jahres 1960 in die Öffentlichkeit lanciert wurden. Geistiger Urheber dieser bisher spektakulärsten Aktion gegen die Studentenschaft war der Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Dr. Jürgen Fischer. Daß es sich dabei um eine von der WRK inszenierten Kampagne handelte, wurde von Dr. Fischer freilich mit Entrüstung zurückgewiesen. Gleichwohl gab er in einem Interview mit der Berliner Studentenzeitung „colloquium" freimütig zu: „Natürlich haben wir uns untereinander abgesprochen ... die Artikel haben jedoch nicht die Sekretäre der Rektorenkonferenz geschrieben, sondern die Herren Steger, Menke-Glückert, Neuhaus, Martin und ich selbst."

Was wird den Studenten vorgeworfen, und was wird von ihnen gefordert? Ja, was eigentlich? Unterzieht man die Artikel dieser Autoren einer kritischen Betrachtung, analysiert man die wohltönenden Phrasen, die so angenehm in den Ohren derjenigen klingen, denen der „akademische Geist" zu einer liebgewordenen, nichtssagenden Floskel geworden ist, so bleib wenig konkrete Ansatzpunkte. Daß von den 40 000 Studenten, die mit Hilfe des „Honnefer Modells" unterstützt werden, nur etwa ein Prozent im Ausland studiert, wird angekreidet. Weiterhin wird der Vorwurf mangelnden Interesss an hochschulinternen Angelegenheiten, wie Selbstverwaltung, Veranstaltungen der Universität, Studentenzeitungen und allgemein an geistigen Fragen, die über das reine Fachgebiet hinausreichen („... was soll ich mir das Zeug von Jaspers anhören, ich will Examen machen") erhoben. Und schließlich wird der angebliche Wunsch der Studenten nach einer autoritativen Reglementierung und Kanalisierung des Studiums durch Studienvorschriften, Belegordnungen, Vorprüfungen und fest umrissenem Studienstoff mißbilligt. Dr. Fischer schreibt:

„Für die Studenten an den deutschen Hochschulen sollte es nun keinen Pardon mehr geben, denn sie mißbrauchen und ruinieren die Freiheit des Studiums, indem sie nicht nützen, nicht verteidigen, ja, indem sie gar nicht wollen. Niemals in der deutschen Hochschulgeschichte sind von den Studenten geringere geistige und größere institutionelle Anforderungen an die Universitäten gestellt worden".

Daß im folgenden von der „dumpfen, sprachlosen, gesichtslosen und geschichtslosen Studentenmasse" gesprochen wird, verwundert nicht mehr, ebensowenig

der wohlwollende Rat, doch offen die „syndikalistische Organisationsform" anzunehmen, da die „Studenten nämlich schon jetzt mehr Arbeitnehmer der Universität als Mitglieder ihrer Körperschaft" sind.

Der Appell an die Studentenschaft entspringt ohne Zweifel der Besorgnis um die Zukunft der deutschen Universität — niemand wird etwas anderes vermuten. Nur gehen die Ansichten über die zweckmäßige Gestaltung dieser Zukunft bei den Beteiligten beträchtlich auseinander. Es ist bekannt, daß die deutschen Universitäten heute nicht einmal annähernd den Anforderungen entsprechen, die durch die Zahl der Studenten gestellt werden. Auch das Rezept, diesem Übel abzuhelfen, ist bekannt: numerus clausus, wie er für bestimmte Fakultäten an zahlreichen Hochschulen praktiziert wird, und der im Bundesinnenministerium immer noch auf Abruf bereitliegende Plan, jeden vierten Studenten „herauszuprüfen". (25 Prozent, so wurde festgestellt, ist die Quote der für das Hochschulstudium ungeeigneten Studenten, worunter wahrscheinlich diejenigen zu verstehen sind, für die es laut Dr. Fischer „Keinen Pardon" mehr geben dürfe.) Prof. Eduard Baumgarten, der den Mut hatte, die unbequemen Dinge einmal mit Namen zu nennen, wurde dafür aus den Reihen seiner Kollegen aufs heftigste kritisiert. Auf der zehnten Jahrestagung des Deutschen Hochschulverbandes gab Prof. Baumgarten bekannt:

„Die Verhältnisse der gegenwärtigen Lehrbetriebe an den westdeutschen Hochschulen sind aber offensichtlich so deprimierend, daß ein verhältnismäßig großer, auch einflußreicher Teil des Lehrkörpers die Meinung vertritt, Berufsausbildung sei ein störendes, nur „utilitaristisches" Moment gegenüber reiner Wissenschaftsbildung, auf die sich die Universitäten zurückbesinnen sollten."

So gesehen, erhält auch der „alte, erbarmungslose Zweck der Universität", wie Dr. Fischer sich martialisch ausdrückte, nämlich „Bildung" und nicht „Ausbildung", einen neuen, einen zeitgemäßen Sinn. Erbarmungslos sind die Hochschulen heute insofern, als sie institutionell, d. h. in erster Linie ihrer Kapazität nach, nicht mehr den Anforderungen der steigenden Studentenzahlen genügen. Die Schuld wird, wie bereits erwähnt, den Studenten selbst zugeschoben. Für die Berufsausbildung, die diese Studenten ausschließlich interessiere, sei aber nicht die Universität, auf alle Fälle aber erst in zweiter Linie, zuständig. Damit ist der Kreis geschlossen. Da man nicht sicher weiß, ob überhaupt Abhilfe geschaffen wird, hat man sich rechtzeitig nach einem Prügelknaben umgesehen. Die Zahl der Studenten durch Zulassungsbeschränkungen und Prüfungen niedrig zu halten, wäre nicht einmal eine Scheinlösung des Problems. Solange man sich anstelle des Lamentierens über den angeblich mißverstandenen Zweck der Universität nicht zum Ausbau der vorhandenen Hochschulen oder zur Errichtung entsprechender Fachschulen entschließt, wird die offizielle Hochschulpolitik stets eine Vogel-Strauß-Taktik darstellen.

Sorgenkind „Mitverwaltung"

Mit geringfügigen Unterschieden zeigt sich beim Tauziehen um das studentische Mitverwaltungsrecht in den akademischen Gremien dasselbe Bild: Diffamierung der Studenten, um die moralische Basis für etwaige Forderungen in der Öffentlichkeit fragwürdig erscheinen zu lassen.

Das Ergebnis neunjähriger Bemühungen der Studentenvertreter ist praktisch gleich Null, selbst nachdem man bereit war, die Frage der Mitentscheidung bei Berufungen von Dozenten auszuklammern. Wen wundert es, daß sich allmählich Resignation auszubreiten beginnt. Doch in der Professorenschaft und in der Westdeutschen Rektorenkonferenz spricht man von einem „Verlangen nach uferloser Mitverwaltung", und gezielte Presserepublikationen tragen dazu bei, die

studentischen Forderungen als maßlos hinzustellen. Unter der Überschrift „Studenten berufen Professoren" stößt „Christ und Welt" nach dem Motto divide et impera ins Horn: „Die westdeutsche Studentenschaft muß sich nun darüber klar werden, ob sie weiterhin ‚studentische' Berufsfunktionäre in ihrem Namen gewähren lassen will oder ob sie mehr als bisher ihre eigenen Angelegenheiten innerhalb der Universität mitverwalten will, zu denen die Berufung von Professoren sicherlich nicht gehört." Auch der Hinweis auf „nicht geringe Aufwandsentschädigungen", die von „ehrgeizigen Managertypen" kassiert werden, fehlt nicht.

Selbst die Vorwürfe mangelnder Einsatzbereitschaft der Studenten werden in Frage gestellt, wenn es darum geht, Argumente gegen die Beteiligung an der Selbstverwaltung zu finden. So konnte man von Prof. Jahrreiß, dem bisherigen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, hören, die Beteiligung an der studentischen Mitverwaltung verhindere ein ordnungsgemäßes Studium. Wie kann das wohl mit den Thesen der Herren Sekretäre der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Einklang gebracht werden? Man müßte verständnislos den Kopf schütteln, wäre nicht in beiden Fällen der Pragmatismus der Äußerungen offensichtlich.

Die Unruhe der Betroffenen ist verständlich, denn die Zeit drängt. So wird auch die Vorbereitung der neuen Hochschulgesetze in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit größtem Mißtrauen verfolgt. Während die Kultusminister ein gewisses Verständnis für die Fragen der studentischen Mitverwaltung zeigen, stößt ein derartiges Entgegenkommen bei den Rektoren und Professoren unvermindert auf Ablehnung.

Haut die Presse!

Während die Auseinandersetzung um die studentische Mitverwaltung und um erträglichere institutionelle und finanzielle Studienbedingungen noch — was die Mittel betrifft — vergleichsweise harmlos war, müssen sich die Studentenzeitungen geradezu eines Würgegriffs erwehren, der die Aufrechterhaltung der studentischen Presse- und Meinungsfreiheit bedroht. Es gibt kaum eine westdeutsche Studentenzeitung, auf die nicht schon wegen nonkonformistischer Äußerungen Druck ausgeübt wurde, sei es von seiten der Universitäten, von bestimmten politischen Gruppen innerhalb der Universitäten oder direkt durch die Ministerien. Ausnahmen bilden lediglich studentische Publikationsorgane, an deren parteilicher und weltanschaulicher „Zuverlässigkeit" kein Zweifel besteht, wie etwa „Civis", das Bundesorgan des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, oder natürlich Mitteilungsblätter, die direkt zur Meinungslenkung der studentischen Presse dienen, wie der in Bonn erscheinende, überregionale und CDU-gesteuerte „Akademische Dienst".

Ein Paradebeispiel ist die in Hamburg erscheinende Studentenzeitschrift „konkret". Der Fall selbst ist eindeutig und bedarf keiner Erläuterung: „konkret" vertritt politische Ansichten — vor allem über die Art der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus —, die sich nicht mit denen Bonns decken. Da eine echte politische Alternative auch im Rahmen der Demokratie nicht möglich zu sein scheint, wird „konkret" zwangsläufig als kommunistisch orientiert, beziehungsweise sogar ostzonal gelenkt bezeichnet. Eine kleine Kostprobe aus dem Bulletin der Bundesregierung vom 28. 2. 1959: Unter dem Titel „konkretes Beispiel kommunistischer Infiltration" heißt es, der Chefredakteur dieser Zeitschrift sei „erwiesenermaßen ehemaliges Mitglied der inzwischen verbotenen Kommunistischen Partei", und die Lokalredakteure in München, Köln und Westberlin „Funktionäre der in der Bundesrepublik ebenfalls verbotenen FDJ" und „Mitglieder kryptokommunistischer Organisationen". Beides ist objektiv unrich-

tig. Aber der Artikel verzichtet auf sachliche Argumentation und begnügt sich statdessen mit dem Wörten „erwiesenermaßen".

Im Juli 1958 wurde vom Rektor der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven der Vertrieb der von Studenten der Hochschule herausgegebenen Zeitschrift „Zoon politikon" auf dem Hochschulgelände untersagt. Anlaß für das Verbot war ein Artikel, der sich kritisch mit den Begriffen Vaterland und Rechtsstaat auseinandersetzte. Rektor Prof. Hofstätter ging noch weiter: mit einem Rundschreiben an die Inserenten der Zeitschrift machte er für die Zukunft praktisch eine finanzielle Unterstützung unmöglich. Gegenüber dem AStA und der Studentenschaft der Hochschule drohte der Rektor pathetisch mit dem Rücktritt, unter dem Hinweis, daß dann die Auflösung der Hochschule unvermeidlich sei. Der Studentenschaft einschließlich den Redakteuren des „Zoon politikon" warf Rektor Hofstätter schließlich „anarchistisches Verhalten" vor. „Zoon politikon" hat daraufhin sein Erscheinen eingestellt.

Ebenfalls im Juli 1959 veröffentlichte das „aachener prisma", die Studentenzeitung der Technischen Hochschule Aachen, einen Auszug aus dem Buch „Schuld und Versöhnung" von Hermann Foertsch, in dem vom Fall des von Hitler der Homosexualität beschuldigten und unter diesem Vorwand abgeschobenen Generaloberſten Freiherr von Fritsch die Rede war. Auf der gleichen Seite wurde eine dpa-Meldung über die Suspendierung des Ordinarius für Publizistik der Universität Münster, Prof. Hagemann, placiert. An dieser Zusammenstellung fand man höherenorts kein Gefallen. Der verantwortliche Redakteur und der Prorektor der Hochschule wurden ins Kultusministerium nach Düsseldorf zitiert. Kurze Zeit später trat die Redaktion zurück, „wegen der Unvereinbarkeit freier und sinnvoller redaktioneller Arbeit mit der ungestörten Fortführung des Studiums". Eine andere Version, die in Anbetracht des Vorangegangenen für eine Veröffentlichung im „aachener prisma" allerdings wenig geeignet war, erschien in den „Aachener Nachrichten". Kultusminister Schütz hätte sich bei dem erwähnten Gespräch über die „Perfidie der Methode" echauffiert, und Staatssekretär Ludwig Adenauer bemängelte die „bestürzende Unkenntnis der verfassungsrechtlichen Wirklichkeit". Den Redakteuren des „aachener prisma" wurde „etwas mehr Zurückhaltung" empfohlen, man solle sich lieber dem Studium widmen. Der nächste Redaktionsrücktritt im „aachener prisma" erfolgte im Februar dieses Jahres, als im Karnevalsteil der Februarausgabe die Entscheidung des Aachener Bischofs Pohlschneider, eine auf dem Hochschulgelände neu erbaute Kirche nicht als Simultankirche für beide Konfessionen freizugeben, maßvoll gerügt wurde. Der Senat verhängte in Übereinstimmung mit dem AStA, der vorwiegend katholisch-korporiert ist, früher aber selbst den Plan einer Simultankirche gefördert hatte, ein Vertriebsverbot.

Die Vorfälle um die „Freiburger Studentenzeitung" dürften wahrscheinlich als „klassisches" Beispiel für die Druckanwendung seitens staatlicher und professoraler Obrigkeit gegenüber Studentenredakteuren in Erinnerung bleiben. Ein Artikel „Fassade Autonomie", in dem zu den neuralgischen Punkten des Kolleggeldes und der Hochschulautonomie Stellung genommen wurde, brachte dem Autor die Androhung eines Disziplinarverfahrens wegen „Schädigung von Ansehen und Würde der Universität" ein, dem er sich nur entziehen konnte, indem er in der nächsten Nummer zerknirscht Abbitte leistete. Die Redaktion sah sich außerstande, eine sinnvolle Arbeit fortzusetzen, und trat zurück. Die erste Tat des neuen Chefredakteurs war eine Dokumentation über die Methoden, mit denen von seiten der Professoren gegen die studentische Presse- und Meinungsfreiheit gearbeitet wurde. Das sollte sich als schlechter Anfang erweisen: die Redakteure wurden vom Rektor als „unreif", „unausgegoren", „unanständig" (!)

und „subversiv" (!) bezeichnet. Gleichzeitig wurde ein schon früher erlassenes Vertriebsverbot für alle Zeitschriften mit Ausnahme der „Freiburger Studentenzeitung" wieder ausgekramt, nachdem ein griechischer Student in der Universität „konkret" verkauft hatte. (Andere, weniger kritische Blätter durften bis dahin ungehindert feilgeboten werden.)

Den Versuch, die Zeitschrift außerhalb des Hochschulgebäudes zu vertreiben, verhinderte das Rektorat durch eine Intervention bei der städtischen Polizei. Nachdem angefragt worden war, ob denn die Polizei die Erlaubnis zum Verkauf einer Zeitschrift erteilt habe, deren Universitätsverkauf der Rektor verboten habe, wurde die Genehmigung für den Straßenverkauf wieder entzogen. Inzwischen war die Angelegenheit für eine Kleine Anfrage im Landtag (13. Juli 1960, durch Hermann S a a m , FDP/DVP) reif geworden. Das Kultusministerium ließ wissen, man wolle die Universität nicht in ein Warenhaus verwandeln, zumal durch die Bezugsmöglichkeiten außerhalb des Universitätsgebäudes keine Einschränkung der Informationsmöglichkeiten gegeben sei. Daß damit in erster Linie die Öffentlichkeit hinters Licht geführt werden sollte, wird deutlich, wenn man ein Schreiben des Kultusministers S t o r z an alle Universitäten und Hochschulen des Landes Baden-Württemberg in Betracht zieht. Hier heißt es in bezug auf „konkret": „Dem Ministerium ist bekanntgeworden, daß dieses Blatt auch in Baden-Württemberg vertrieben wird und daß dafür geworben wird. Das Kultusministerium hat gegen den Vertrieb dieser Zeitschrift Bedenken und bittet, von einer Empfehlung oder Werbung für dieses Blatt Abstand zu nehmen." In dem Schreiben wird weiter ausgeführt, „konkret" sei „eindeutig ostzonal orientiert und versucht, angehende Studenten im Sinne östlicher Ideologien zu beeinflussen".

Bedenken hatte bald auch das Rektorat der Technischen Hochschule Stuttgart und lehnte am 8. September nicht nur den Vertrieb von „konkret", sondern mit Ausnahme des Hausblattes „notizen" aller Zeitschriften ab.

Die Studentenvollversammlung der TH Stuttgart entschloß sich, ein Rechtsgutachten zur Frage der akademischen Pressefreiheit einzuholen. Das Gutachten von Rechtsanwalt Dr. L ö f f l e r , dem Verfasser des Kommentars zum Deutschen Presserecht (Verlag C. H. Beck), liegt nunmehr vor. Obwohl das vom Senat der TH beantragte Gegen-Gutachten noch aussteht, ist die Auseinandersetzung jetzt in eine entscheidende Phase eingetreten: das Gutachten bezeichnet die Beschränkung des Vertriebs von Studentenzeitungen als eindeutig verfassungswidrig. Die entscheidenden Sätze lauten:

„Grundsätzlich haben alle Druckschriften einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Zulassung des Vertriebs in diesen Räumen. Es erscheint als ein Verstoß gegen den zwingenden Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG), wenn von mehreren Studentenzeitschriften nur eine zugelassen wird ... Keine Vertriebsbeschränkung wäre aus dem Grunde zulässig, weil die betreffende Druckschrift eine unerwünschte, oppositionelle Richtung vertritt."

F ä l l e u n d S y m p t o m e.

Ein besonders unerfreuliches Kapitel der heute demonstrierten Hochschulautonomie und akademischen Freiheit ist die autoritäre Machtausübung der Kultusministerien gegenüber den Dozenten. Auch hier das gleiche Bild direkter oder ferngelenkter Diffamierung mißliebiger Personen, das so gut in die Ära wachsender geistiger Uniformierung paßt. Die Ausschaltung erfolgt zumeist unter Berücksichtigung der „wachsenden Kritik der Öffentlichkeit" (so Kultusminister Schütz bei der Suspendierung von Frau Prof. Renate R i e m e c k). Das Beispiel von Frau Prof. Riemeck, die ohne vorhergehendes Disziplinar- oder ordentliches Gerichtsverfahren ihres Amtes in der Prüfungskommission an der Pädagogischen

Akademie Wuppertal enthoben wurde, zeigt, wie von ministerieller Seite die Freiheit des akademischen Lehrers verstanden wird. Man erinnere sich an die Argumentation von Kultusminister Schütz: Unbeschadet der Freiheit der Meinungsäußerung könne der Staat niemals darauf verzichten, über die rechte Bewertung außenpolitischer und sonstiger Vorgänge durch seine Beamten zu wachen; wer die Außenpolitik des Westens so falsch beurteile, wer ein Übermaß an Kritik unserer Zustände anmelde bei gleichzeitigem Verzicht auf Kritik an der Ostzone, sei unerträglich (!). Das ist eindeutig: über die richtige Beurteilung entscheidet der Minister.

Den jüngsten „Fall" stellen die Angriffe auf den Extraordinarius für Philosophie an der Technischen Hochschule Stuttgart, Prof. Max Bense, dar. Die Hochschule beantragte beim Kultusministerium die Beförderung Prof. Benses zum persönlichen Ordinarius. Der Antrag wurde abgelehnt und von Ministerialdirigent Dr. Autenrieth in der Öffentlichkeit mit der Fragwürdigkeit der wissenschaftlichen Qualifikation und der fehlenden Eignung zum Hochschullehrer begründet. Man mag zur Einstellung Prof. Benses (von Ministerpräsident Kiesinger als „Desperado" apostrophiert), der aus seiner atheistischen und antimilitaristischen Haltung kein Hehl macht und sich zu den „potentiellen Trägern künftiger Revolutionen und Aufstände" zählt, stehen, wie man will. Das Erschreckende an diesem „Fall" ist, daß die Hochschule, die über die Fähigkeiten ihres Dozenten eigentlich selbst am besten Bescheid wissen sollte, von ihrem Ministerium über die wissenschaftliche Qualifikation des Betreffenden belehrt wird. Der „Rheinische Merkur" kommentiert hierzu: „Die Staatsanwaltschaft wird nun zu prüfen haben, wie sie ihrer Pflicht zum Schutze des christlichen Namens und Volksteils gerecht werden kann ... Man kann nur hoffen, daß sie dabei keine falsche Rücksicht walten läßt und den Fall Bense nicht — wie der Kultusminister — für eine ‚Angelegenheit zwischen Ministerium und Hochschule' ansieht."

In welcher Richtung auch in der Studentenschaft selbst gearbeitet wird, zeigen einige Vorfälle innerhalb des „Verbandes Deutscher Studenten" (VDS), der als Vertreter der Studentenschaft nach außen fungiert. Am 7. Januar wurde auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz in München der Vorstand des VDS auf Grund eines Mißtrauensantrags des als Karrierist berüchtigten CDU- und RCDS-Mitglieds Wohlrabe (während des Berliner Studententags Organisator der Ordnungstruppe „Wohlrabe-SA") gestürzt. Dem Vorstand wurde Unfähigkeit in finanziellen Angelegenheiten vorgeworfen, was mit einem Defizit der VDS-Finanzen begründet wurde, das sich nun schon seit Jahren hinschleppt und keineswegs ausschließlich dem bisherigen Vorstand zur Last gelegt werden kann. Die eigentlichen Gründe für das Münchener Debakel sind eher woanders zu suchen: in RCDS-Kreisen wird schon lange von den „notwendigen Strukturveränderungen" des VDS gesprochen, und aus den Reihen um Wohlrabe (der sein Gelüst nach dem VDS-Vorsitz nicht verhehlt) und seiner Berliner RCDS-„Hausmacht" war zu hören, man wolle zuerst den amtierenden Vorstand des VDS „kaputt" machen und danach weitersehen. Der neue Vorstand, der eindeutig der CDU nahesteht, ist jedenfalls nicht geeignet, die Befürchtungen zu zerstreuen, die in einem Artikel des „Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes" geäußert wurden, daß nämlich die CDU versuche, den VDS gleichzuschalten.

Die Reihe der Symptome, die noch ad libitum fortgesetzt werden könnte, soll mit den Fällen studentischer „Gotteslästerung" abgeschlossen werden. Nachdem bereits in Heidelberg der Redakteur einer Studentenzeitschrift wegen der von ihm veröffentlichten „Paradiesgeschichte" verurteilt wurde, stand im Juli des vergangenen Jahres ein studentischer Redakteur wegen des gleichen Delikts vor den Schranken des Gerichts. Er hatte unter dem Titel „Missa profana" ein

lyrisches Experiment veröffentlicht, in dem er die Messe der katholischen Kirche der täglichen Profanität gegenüberstellt. Trotz zahlreicher positiver Gutachten u. a. von Stefan Andres, Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger, Prof. Fritz Martini und Prof. E. Wolf (dem Moraltheologen der Universität Würzburg) und trotz dem Hinweis auf Rilke („Pietà"), Klabund, Henry Miller, Jean Genêt wurde der Autor verurteilt. Denn: „Die Strafbarkeit einer Veröffentlichung kann nicht dadurch entschuldigt werden, daß es sich um ein Kunstwerk handelt." Man wird den Eindruck nicht los, daß hier ein doppeltes Exempel statuiert werden sollte. Einerseits wurde ein Präjudiz geschaffen für den Fall, daß eines Tages nicht der unbekannte Student X vor den Kadi zitiert wird, sondern ein Autor mit Rang und Namen. Andererseits sollte der Öffentlichkeit erneut die geistige und sittliche Haltlosigkeit und Dekadenz der studentischen Literaturprodukte demonstriert werden.

Die Studenten sollen an die kurze Leine gelegt werden; jedes Mittel ist dazu recht. Eine am Regierungs-Bulletin orientierte Haltung und Verzicht auf Forderungen, die sich angesichts der Ausgabeinflation für Rüstung und Wahlgeschenke als unbequem erweisen: das verlangt man als erste Pflichten des „civis academicus". Kritische Stimmen werden skrupellos unterbunden und die Masse der Unentschlossenen und Unsicheren eingeschüchtert.

Das resignierte Resumée der Studentenzeitschrift „konkret": „Daher also das Interesse daran, die Studentenschaft — vorbeugend — zu moralischen Krüppeln zu stempeln. Daher also — vorbeugend — das Interesse an einer allgemeinen Mentalität: ‚Ach so, schon wieder die Studenten mit ihren Ansprüchen'".

General a. D. Dr. Franz Beyer

Zur Frage der Internationalen Polizeitruppe

In den meisten internationalen Krisen unseres Zeitalters wurde die Hilfe der Vereinten Nationen in Anspruch genommen und in der Regel — wie etwa im Kongo — gemäß deren Statut gewährt. In der Tat ist diese völkerrechtliche, oft zu den Formen der UN-Intervention führende Tätigkeit der Vereinten Nationen zu einem außerordentlich nützlichen, Kriegsgelüste dämpfenden und den Frieden bewahrenden Mittel internationaler Politik geworden, das man sich heute aus dem Weltgeschehen gar nicht mehr wegdenken kann. Aber in der heutigen geistigen wie materiellen Weltlage kommen auch die UN — genau so wie der Einzelstaat — allein mit den normalen Mitteln des Verhandelns nicht — vielleicht noch nicht — aus. Sie bedürfen eines Machtmittels, das — seiner noch darzustellenden Aufgabe entsprechend — ähnlich wie die bisherigen, nationalen Streitkräfte organisiert, ausgerüstet und geführt werden muß. Und bislang hat sich aus diesen Gründen die Weltorganisation der UN auch mit der Verwendung nationaler Kontingente für ihre UN-Interventionen begnügen müssen.

In diesem weltpolitischen Rahmen statuierte denn auch das am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnete Statut der UN in seiner Präambel zwecks Friedensbewahrung den Verzicht auf Anwendung von Waffengewalt, „es sei denn im gemeinsamen Interesse", und definiert dann in Artikel 42 den Fall solcher gemeinsamen Interessen: „Sollte der Sicherheitsrat befinden, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen (Strafmaßnahmen ohne Einsatz militärischer

Machtmittel) unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er Luft-, See- oder Landstreitkräfte . . . einsetzen." Und durch Artikel 43 des UN-Statuts sind alle UN-Mitglieder verpflichtet, dem Sicherheitsrat auf Anforderung solche Streitkräfte zur Verfügung zu stellen und nach Artikel 45 darüberhinaus gewisse Luftwaffeneinheiten zur ständigen Disposition des Sicherheitsrats bereitzuhalten.

Damit war die moderne Internationale Polizeitruppe aus der Taufe gehoben.

In der Suez-Krise des Jahres 1956 und neuerdings ebenfalls in der Kongo-Krise wurden demgemäß aufgestellte internationale Polizeitruppen eingesetzt, und man hat aus diesen Einsätzen wertvolle Erfahrungen über Organisation, Führung und Truppe, Ausrüstung, Ausbildung und Logistik (Organisation des Nachschubs) gesammelt.

Aber die Verwendung internationaler Polizeitruppen ist keineswegs eine Erfindung unserer Zeit.

Internationale Truppenverbände und Feldherren hat es bereits gegeben seit den Zeiten des Aetius, des römischen Reichsfeldherren, der die verbündeten Römer, Burgunder, Franken und Westgoten im Jahre 451 in der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern gegen den Hunnen-Feldherrn Attila führte. Und im Jahre 1900 befehligte der deutsche Generalfeldmarschall Graf Waldersee eine internationale Streitmacht gegen die chinesischen Boxer und wurde deshalb von den Liberalen des Reichstages spöttisch — aber mit einem Körnchen Wahrheit darin „Weltmarschall" genannt. Der amerikanische Fünfsterne-General McArthur erhielt seinen Einsatz-Auftrag im Korea-Krieg (1950—1951) von den Vereinten Nationen, fühlte sich aber praktisch nur als Feldherr der Amerikaner, weil er im wesentlichen amerikanische Truppen kommandierte und die ihm noch unterstellten Verbände anderer Nationen nur als „Hilfstruppen" betrachtete. Befehle nahm er, wenn überhaupt, nur vom amerikanischen Präsidenten entgegen. Eine von den Vereinten Nationen in Korea eingesetzte 16-Mächte-Kommission hatte zwar theoretisch Aufsichtsrechte über ihn, trat aber so gut wie gar nicht in Erscheinung, da sie sich durch innere Uneinigkeit praktisch selbst lahmlegte.

Aus diesen wenigen Beispielen der früheren Verwendung internationaler Polizeitruppen ist nun eine begriffliche Unklarheit ersichtlich, die aber bei der auch sonst gewohnten Ungenauigkeit und Unklarheit politischer Begriffe nicht weiter verwunderlich ist: bei allen diesen Maßnahmen wird nur von militärischen Begriffen gesprochen, wohl weil der Laie bei Waffenverwendung außerhalb der Grenzen des eigenen Staates nur an militärische Operationen des Krieges oder militärischer Interventionen denkt. Tatsächlich aber ist zwischen Militär und Polizei ihrem Wesen nach ein grundlegender Unterschied, obwohl sie in concreto oft die gleichen Kampfmittel verwenden: Das Militär soll möglichst schnell und möglichst radikal die Wehrkraft eines Feindes vernichten und dadurch seinen politischen Willen brechen, während die Polizei die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der gestörten Ruhe, Ordnung und Sicherheit mit dem möglichst mildesten Mittel zum Ziele hat.

Und internationale Polizeitruppen haben — wie schon die Präambel des UN-Statuts sagt — nicht die Interessen eines Einzelstaates oder gar seiner Interessentengruppen oder die rivalisierender Staatengruppen oder Staatenblocks (wie etwa der NATO oder des Warschauer Pakts, der Vereinigten Arabischen Republik oder der CENTO) zu vertreten, sondern die berechtigten Belange der menschlichen Allgemeinheit, wie sie sich in den Vereinten Nationen zusammengefunden hat — oder noch zusammenfinden muß (China!).

Unter diesen Gesichtspunkten, die leider noch keineswegs Gemeingut aller UN-Politiker sind, wollen wir nun die derzeit vorhandenen internationalen Po-

lizeitruppen kritisch betrachten und versuchen, Verbesserungs- und Ergänzungsvorschläge anzufügen.

Was zunächst Leitung und Führung anbetrifft, so hat im nationalen, demokratischen Staat die politische Staatsführung die Leitung der Wehrmacht inne, die vom Parlament mit der Wahrnehmung der Wehrpolitik betraut ist (Ministerpräsident, Kanzler, Wehrminister). Diese entscheiden allein — meist zusammen mit dem Parlament — über Krieg und Frieden und über den Umfang und die Art der nationalen Streitkräfte. Der Soldat spielt dabei nur eine beratende Rolle, erst mit Kriegsausbruch übernimmt er verantwortlich die Führung.

Nach diesem nationalen Vorbild haben auch die Vereinten Nationen Leitung und Führung ihrer Internationalen Polizeitruppe geregelt. Hier hat die Vollversammlung der UN die politische Leitung inne, die sie — wie wir oben sahen — ständig auf ihren Sicherheitsrat delegiert hat, aber sofort selbst wieder übernehmen muß, wenn dieser durch ein Veto lahmgelegt wird. Dadurch kann erheblicher Zeitverlust entstehen, der — im Gegensatz zu Raum, Mitteln und Stärke — beim Einsatz einer Truppe niemals wieder eingeholt werden kann. Aber noch einen anderen Fehler sehen wir hinsichtlich der politischen Leitung in der derzeitigen Organisation der Vereinten Nationen: Alle organisatorischen Maßnahmen dieser Weltorganisation sollten, wie schon Name und Präambel ihres Statuts sagen, auf das Gemeinsame, auf das Gesamtinteresse der Welt ausgerichtet sein, alle Delegierten der UN sollten nur deren Interessen, nicht aber, wie heute in der Regel, die Einzelinteressen ihrer Herkunftsstaaten vertreten und nicht die Debatten in der UN zu Ringkämpfen nationaler Sonderinteressen mißbrauchen. Hier eine Änderung zu schaffen, wird wohl nur dergestalt möglich sein, daß man die UN-demokratischen Abgeordneten nicht mehr wie bisher von ihren Regierungen ernennen läßt, sondern einmal von den UN selbst nach einer bei ihnen zu führenden Liste international anerkannter und auf dem Gebiet internationaler Geschichte oder Politik hervorragender Persönlichkeiten beliebiger Nationalität. Zum anderen Teil sollten die UN-Delegierten aus Wahlen ihrer eigenen Völker hervorgehen, die der technischen Vereinfachung und der Kostenersparnis halber ja jeweils mit den Länderwahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden könnten. Und schließlich könnte man sie als UN-Berufspolitiker noch fester an die gemeinsamen UN-Belange binden, wenn man sie auf Lebenszeit mit fester Besoldung und Altersversorgung — etwa nach den Grundsätzen des Beamtenrechts — wählte. Damit würde man das Fachwissen der UN-Politiker und die Kontinuität ihrer Politik erheblich vermehren. Und um in dieser Hinsicht noch ein weiteres zu tun, sollte man mit dem eigentlichen Delegierten gleichzeitig seinen ständigen Stellvertreter wählen, der zum eigentlichen Delegierten genügenden Altersabstand besitzt, um nach dessen Ausscheiden sofort einspringen zu können, der auch an allen Amtshandlungen des Delegierten teilnimmt und so in praxi die schwierige Kunst der UN-Politik erlernen kann.

Die Funktion des Wehrministers nationaler Staaten obliegt in der Weltorganisation dem Generalsekretär der UN. Noch mehr Mängel als auf dem Gebiet der hier skizzierten politischen Leitung der UN und damit ihres erheblichen Einflusses auf den Geist der Internationalen Polizeitruppe liegen unseres Erachtens auf dem Gebiet ihrer fachlichen Führung.

Im nationalen Staat ist der zukünftige Feldherr der Streitkräfte ein dem Generalstab angehörender oder wenigstens von diesem ausgebildeter und uniformierter, hervorragender General, der sein Leben lang den später von ihm zu führenden Streitkräften angehörte, sein Instrument also kennt — und der selbst bei seiner Truppe bekannt ist und das Vertrauen seiner Leute besitzt. Denn dieses Vertrauen ist die unabdingbare Voraussetzung jeder Disziplin, die ja keines-

wegs gleichbedeutend mit dem sogenannten Kadavergehorsam ist, sondern vielmehr das Vertrauen des Mannes zu seinem Vorgesetzten bedeutet, der im Einsatzfalle nur ganz selten seinen Befehl begründen, sondern nach seiner Auswahl und Bewährung vom Untergebenen die Überzeugung von seinen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften und damit dessen freiwilligen Gehorsam fordern kann.

Diese grundsätzlichen Voraussetzungen für echtes Führertum bei bewaffneten Truppenverbänden, über die wohl jeder Nationalstaat verfügt, fehlt aber zur Zeit noch bei der Internationalen Polizeitruppe der Vereinten Nationen. Der UN-Polizeisoldat sieht wohl, daß seine oberen Führer die gleiche Uniform und den gleichen blauen UN-Stahlhelm wie er selbst trägt — aber trotzdem bleiben diese Offiziere für ihn eben schwedische oder kanadische oder australische Generale, zu denen er schon rein gefühlsmäßig nicht das gleiche Vertrauen hat wie in die Generale seiner eigenen Wehrmacht oder Polizei.

Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Forderung nach Schaffung eines eigenen, ständigen Führerkorps der Internationalen Polizeitruppe, das nicht mehr nur den Interessen und dem Wohle seines eigenen Vaterlandes dienen will, sondern — zu Weltbürgern im rechten Sinne geworden — die überragenden Aufgaben der Weltorganisation der Vereinten Nationen versteht und ihre bestmögliche Durchführung zu seinem Berufsethos gemacht hat.

Und das gilt in gleichem Maße für die gesamte Internationale Polizeitruppe — vom Oberbefehlshaber bis zum letzten Polizeisoldaten, für die Arbeit in den Stäben ebenso wie für die Spähtrupptätigkeit im Dschungel oder den Dienst des Heizers auf den Schiffen der Nachschubkonvois auf See.

Ein Beispiel des erwünschten Führertyps kann man in dem kanadischen General B u r n s sehen, der, ursprünglich als Chef des Stabes der Internationalen Waffenstillstandskommission an der ägyptisch-israelischen Grenze eingesetzt, sich so gute Kenntnisse der dortigen Lage, auch hinsichtlich Land und Leuten, erwarb, daß er später, zusammen mit dem schwedischen Chef seines Stabes, nach der Suez-Krise in Palästina eine Internationale Polizeitruppe gemischter Verbände mit großem Erfolg führte.

Die Forderung nach Eigenleben und Ständigkeit einer Internationalen Polizeitruppe gilt nun noch mehr als für deren Leitung und Führung für d i e T r u p p e s e l b s t.

Bisher stellten die Mitgliedsstaaten der UN, oft nach langwierigen Verhandlungen, Einzelkontingente ihrer Wehrmacht von der kleinen Einheit einer Kompanie bis herauf zur Brigade (Indien im Kongo), oft verweigerten sie die Gestellung oder stellten dabei Bedingungen, deren Erfüllung wiederum Zeit erforderte und damit den Erfolg des Einsatzes gefährdete, der ja gerade beim Einsatz von solchen internationalen Polizeitruppen dann den besten und nachhaltigsten — und billigsten — Verlauf nimmt, wenn er eine gerade glimmende Lunte auslöscht und nicht erst einen Großbrand bekämpfen muß. — Die dann eingesetzten nationalen Kontingente waren nun auch noch nach Organisation, Ausrüstung, Kommandosprache, Klima-Eignung und Ausbildung verschieden und kannten einander gar nicht oder kaum. Insbesondere fehlte ihnen dadurch eine wesentliche Voraussetzung des Erfolgs beim kämpferischen Einsatz jeder Truppe, nämlich die Kameradschaft. Kameradschaft aber bildet sich erst in langdauerndem, kämpferischen, gemeinsamem Erleben, was bei Aktionen internationaler Polizeitruppen nur selten der Fall sein dürfte, oder bei längerer, gemeinsamer Friedensausbildung im gleichen Standort und in gemeinsamen Unterkünften. Also auch dieser Gesichtspunkt spricht für eine ständige, nicht erst ad hoc improvisierte Polizeitruppe.

Deshalb kündigte bereits am 5. September 1957 der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf einer Pressekonferenz an, durch den zuständigen Ausschuß den Plan einer ständigen Polizeitruppe der UN prüfen zu lassen, nachdem der amerikanische Senat auf Grund der Erfahrungen im Nahen Osten am 9. August 1957 in einer Resolution vorgeschlagen hatte, die UN sollten ständige Polizeikräfte zur Verfügung haben. Und am 13. November des gleichen Jahres befürwortete der bekannte deutsche Atomphysiker Prof. Dr. von Weizsäcker anläßlich seiner Anregung, die Atomrüstung auf Amerika, Rußland und England zu beschränken, die Schaffung einer internationalen Polizeitruppe bei den Vereinten Nationen.

Aber geschehen ist in dieser Hinsicht bisher nichts, obwohl die politische Entwicklung der Welt immer wieder die Notwendigkeit einer derartigen Truppe aufzeigte. So schlug beispielsweise anläßlich des syrisch-türkischen Konflikts 1957 im Oktober dieses Jahres der frühere kanadische Minister Pearson den Einsatz einer Internationalen Polizeitruppe an der syrisch-türkischen Grenze vor und wurde dabei von dem amerikanischen Senator Knowland unterstützt. Auch für die gefährlichen Krisenherde in Asien und Afrika, insbesondere Laos und die neue Republik Südafrika, ist der Einsatz internationaler Polizeitruppen angeregt worden, sogar auch für Südtirol und Mitteleuropa, hier in Verbindung mit dem Rapacki- bzw. Kennan-Plan einer atomwaffenfreien Zone.

Wir wollen es uns versagen, hier noch auf Einzelheiten — etwa über die Ausbildung einer modernen und voll leistungsfähigen Internationalen Polizeitruppe — einzugehen, die sich ja wesentlich von der militärischen unterscheidet. Aber noch ein kurzes Wort zu ihrer erwünschten Stärke.

Anläßlich der Beratungen über das UN-Statut wurden diesbezüglich Vorschläge von England, Frankreich, Formosa-China, Rußland und Amerika gemacht. Sie variieren für die Landstreitkräfte zwischen 8 und 20 Divisionen konventioneller Art, für die Luftwaffe zwischen 300 und 2250 Jagdflugzeugen und für die Marine zwischen 18 und 84 Zerstörern. Man möchte diese Stärke für die heutige Weltlage vielleicht für übertrieben halten. Immerhin sollten die Vereinten Nationen über eine solche Macht internationaler Polizeitruppen verfügen, daß sie beim Einsatz nicht zu „kleckern" brauchen, sondern „klotzen" können. Denn gerade bei einem solchen Einsatz ist der erste Erfolg, vielleicht schon ein Propagandaerfolg, entscheidend und spart Blut und Kosten.

In dieser Hinsicht mag noch angeregt werden, daß sich die vorgeschlagene Internationale Polizeitruppe aus Freiwilligen zusammensetzen sollte, denen in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht der Dienst in der Polizeitruppe als Wehrdienst voll angerechnet werden sollte.

Im vorstehenden haben wir versucht, mit skizzenhaften Strichen ein Zukunftsbild einer weltweiten Organisation zu entwerfen, das aber den Grundriß schon erprobter und bewährter Formen verwertet. Uns scheint, daß ein solches Projekt beim stufenweisen Abbau reiner Machtpolitik und im Hinblick auf gesicherte Friedensbewahrung eine wichtige Rolle spielen könnte — und sollte. Seine volle Bedeutung als Ersatz aller kontrolliert abzurüstenden nationalen Streitkräfte und Garant des Friedens auch gegenüber friedensstörenden Einzelmächten wird die Internationale Polizeitruppe dann in einem zukünftigen Weltstaat haben, dessen Geburtswehen glückliche Optimisten schon in den Krisen unserer Tage zu ahnen bestrebt sind.

Dr. Achim von Borries

Kuba - Beispiel und Herausforderung (I)

An Kuba scheiden sich die Geister

Dreieinhalb Monate nach dem von Washington lancierten, schnell gescheiterten Invasionsversuch steht die amerikanische Öffentlichkeit auch weiterhin im Banne des Kuba-Problems. Es ist zu einem Test, zu einem Prüfstein für die neue Administration, ja zu einer politischen Gewissensfrage für die ganze amerikanische Nation geworden. So scheiden sich denn an ihm heute noch deutlicher als vor der Invasion die Geister.

In jenen April-Tagen ist mehr zusammengebrochen als ein handstreichartiges militärisches Abenteuer eindeutig konterrevolutionär-imperialistischen Charakters — nämlich die Politik selbst, die in ihm gipfelte. Und doch wird man auch heute noch nicht sagen können, Washington habe diese unverhohlen aggressive Anti-Castro-Politik zu Gunsten einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des kubanischen Volkes und einer Politik der guten Nachbarschaft, wenigstens der Koexistenz, mit dem neuen Kuba aufgegeben. Wenn sogleich nach der Landung und nachdrücklicher noch nach ihrem Scheitern die traditionellen Kritiker des Anti-Castro-Kurses sich mit Entschiedenheit wieder zu Wort gemeldet haben, dann nicht nur, um darauf hinzuweisen, wie sehr ihnen die unheilvollen Ereignisse Recht gegeben hatten; war doch von ihnen seit langem schon ein derartiges politisches und moralisches Debakel als letzte Konsequenz der Washingtoner Kuba-Politik vorausgesagt worden. Nun, post festum, traten sie wiederum auf den Plan, um die amerikanische Öffentlichkeit und mit ihr die Administration zu einer Art „Umkehr in letzter Stunde" aufzufordern[1]).

Für solche geradezu beschwörenden Warnungen und Mahnungen ist in diesen Wochen umso mehr Anlaß, als die Administration sich ungeachtet der bitteren Erfahrungen vom Frühjahr noch immer nicht zu einem wirklichen Kurswechsel entschlossen, sondern sich lediglich auf eine Fortsetzung der alten Politik mit anderen Mitteln und neuen Methoden umgestellt hat. Und so eindrucksvoll jene Stimmen des „anderen Amerika" sind, der Chor der kommerziellen „Meinungsmacher" übertönt sie noch immer bei weitem. Die Regierung selbst steht unter dem starken Druck einer Gruppe, deren Kritik nicht weniger heftig ist als die der oben von uns genannten. Nur, daß diese Kritik ein ganz anderes Vorzeichen hat. Der neue Präsident selbst wird von ihr für den, wie sie behauptet, durchaus vermeidbaren Mißerfolg des Unternehmens verantwortlich gemacht; man wirft ihm

[1]) In einem am 10. Mai von der New York Times veröffentlichten „Offenen Brief" forderten zahlreiche amerikanische Universitäts-Professoren eine neue, besonnene Kuba-Politik; zu den Unterzeichnern gehörten unter anderem Prof. Eric Bentley, Prof. Herbert Marcuse, Lewis Mumford, Norbert Wiener. — 132 amerikanische Rechtsanwälte wandten sich mit einer Petition an den Präsidenten Kennedy, in der sie auf die Rechtswidrigkeit der amerikanischen Intervention in Kuba hinwiesen. Diese Petition wurde unter anderem unterzeichnet von dem früheren Direktor des amerikanischen Informations-Amtes und Sonderberater Präsident Eisenhowers, Arthur Larson, heute Professor für Recht an der Duke University und Direktor des World Rule of Law Center. Er nannte die Kuba-Invasion den „schlimmsten Rückschlag für das Recht in unseren internationalen Beziehungen in diesem Jahrhundert" (vergl. New York Times vom 22. 5. 61). — Auf die zahlreichen amerikanischen Publikationen, die sich, teilweise auf hohem Niveau, mit dem neuen Kuba beschäftigen, kommen wir in anderem Zusammenhang zurück.

vor, er habe es nicht mit letzter Rücksichtslosigkeit zum Erfolg-um-jeden-Preis geführt. Wie inzwischen bekannt geworden ist, hatte Kennedy die noch zu Zeiten Eisenhowers ausgearbeiteten Invasions-Pläne grundsätzlich zwar sanktioniert, in einem wichtigen Punkte aber modifiziert: ursprünglich war ein Eingreifen amerikanischer Truppen als „zweiter Welle" vorgesehen; sie sollten den Exil-Kubanern bei ihrem von der CIA organisierten „Befreiungsversuch" „zu Hilfe kommen". Vor einer solchen direkten militärischen Intervention der USA scheute der neue Präsident zurück, vor allem wohl aus außenpolitischen Gründen — ohne daß er doch auf die Invasion selbst verzichten wollte, für deren Vorbereitung die USA nach einer Erklärung des Chefs des gemeinsamen Generalstabes, General Lemnitzer, nicht weniger als 45 Millionen Dollar ausgegeben hatten (vergl. AP, 23. 5. 61)!

Die von uns zuletzt erwähnten Kritiker verlangen von Kennedy nun eine Art „Wiedergutmachung" durch eine Forcierung der bisherigen Anti-Castro-Politik. Sie sprechen offen von einer direkten militärischen Aktion gegen das neue Kuba. Der prominenteste Befürworter eines solchen offen aggressiven Kurses ist der Führer des rechten Flügels der Republikaner, Senator Barry Goldwater; derselbe Senator, der auch in allen europäischen Fragen und in der China-Politik eine ausgesprochen „offensive" amerikanische Haltung gegenüber dem Ostblock fordert und der das Problem Kuba für einen Unterfall des Problems „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" erklärt. Goldwater zeiht die Administration Kennedy der Unentschlossenheit und Schwächlichkeit auch in der Kuba-Frage und hat keine Bedenken gegen einen amerikanischen Alleingang zur Vernichtung des Castro-Regimes. In demselben Sinne haben sich schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch der ersten Invasion verschiedene andere Senatoren geäußert. Allerdings gingen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit eines amerikanischen Alleingangs auseinander.

In einem UPI-Bericht aus Washington vom 1. Mai über die Kuba-Diskussion in der amerikanischen Öffentlichkeit hieß es, die Mehrzahl der zu diesem Problem sich äußernden Senatoren habe ein „härteres Vorgehen" der USA gegen Castro verlangt, wenn möglich im Einklang mit den anderen latein-amerikanischen Staaten. „Die schärfsten Maßnahmen zum Sturze Castros forderten der demokratische Senator Herman Talmadge und der republikanische Senator Hugh Scott, die amerikanische Truppen einsetzen würden, um einen Regierungswechsel in Kuba herbeizuführen, und zwar auch dann, wenn andere latein-amerikanische Länder die Vereinigten Staaten nicht unterstützen sollten ... Der republikanische Senator Bridges sprach sich ebenfalls für eine militärische Intervention aus, falls es darum gehe, das Entstehen eines kommunistischen Militärstützpunktes in Kuba zu verhindern."

Diese These vom „kommunistischen Militärstützpunkt Kuba", der die USA unmittelbar bedrohe, wird umso mehr zum Vorwand für eine Fortsetzung oder gar Verschärfung der aggressiven amerikanischen Politik, als man in Washington heute nicht mehr auf eine „Erhebung" des kubanischen Volkes gegen Castro rechnen kann. Der Ausgang des Landungsunternehmens vom April kam einem Plebiszit gleich; er hat die Behauptung ad absurdum geführt, die Kubaner warteten in ihrer Mehrzahl nur auf einen Anstoß von außen, um das „verhaßte kommunistische Terror-Regime" durch einen Aufstand zu stürzen! Vielmehr hat sich gezeigt, daß die große Mehrheit des kubanischen Volkes hinter Castro steht, daß sie selbst das Subjekt, nicht das Objekt dieser Revolution ist und genau weiß, daß, wenn von einer „Befreiung vom Kommunismus" gesprochen wird, nichts anderes als die Wiederherstellung der amerikanischen Oberherrschaft über die Insel gemeint ist.

Auch die Gegner des Regimes auf Kuba selbst setzen nunmehr ihre letzte Hoffnung auf einen direkten Angriff von außen. Ein Korrespondent der New York Times berichtete in dieser Zeitung am 15. Juni: „Feinde des Castro-Regimes hoffen noch auf einige Hilfe von den USA zur Zerstörung des ‚sozialistischen Staates', aber viele sind desillusioniert worden. Sie glauben, ‚direkte Aktion' sei der einzige Weg, auf dem Premierminister Castro gestürzt werden könne. Sie denken, Dr. Castros Streitkräfte seien schwach ausgebildet und würden nicht willens sein, in einen Kampf mit amerikanischen Truppen einzugreifen. Sie drücken die Meinung aus, die Sowjetunion werde der kleinen Zuckerinsel Kuba wegen nicht den dritten Weltkrieg beginnen."

Dieser Bericht zeigt die Fadenscheinigkeit der Behauptung, Kuba, als „militärischer Vorposten der Sowjets" bedrohe die USA! Der Hinweis auf die Unzulänglichkeit der kubanischen Streitkräfte, der in krassem Widerspruch zu jener anderen These steht, soll offensichtlich die Amerikaner zu einer Aggression ermuntern. Eine solche fordern auch nach dem Fehlschlag vom April noch immer die kubanischen Emigranten-Führer in den USA. Sie sind die Helfershelfer derjenigen amerikanischen Kreise, die eine direkte amerikanische Intervention befürworten. Der „Kubanische Revolutionsrat" erklärte (vergl. New York Times vom 10. 5.) nach dem Zusammenbruch des ersten Angriffs, eine Fortsetzung des „Krieges" gegen Castro sei notwendig und werde vorbereitet. Er behauptete wiederum, die Invasoren seien nicht durch das kubanische Volk, sondern von sowjetischen Tanks und MIG-Flugzeugen, also durch das „russische Imperium selbst" besiegt worden. Wirtschaftliche Maßnahmen allein genügten nicht, um die „sowjetische Expansion" in Latein-Amerika aufzuhalten.

Die alte Propaganda-These, nur dank der „sowjetischen Waffen" habe Castro die Invasion abwehren können, soll diese post festum rechtfertigen, die Pleite vom April erklären und die USA zu einer zweiten, d i r e k t e n Aggression veranlassen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß alles gegen jene Behauptung spricht! Die spontane Verteidigungsbereitschaft des kubanischen Volkes war eindrucksvoll und überzeugend genug! Aber die Anti-Castro-Propaganda ist inzwischen auch noch in einem anderen Sinne widerlegt worden. Unmittelbar nach dem Scheitern des Angriffs ging durch die Weltpresse die vom Kubanischen Revolutionsrat (s. o.) wiederholte Meldung, eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung des Castro-Regimes gegen die Invasoren hätten sowjetische MIG-Flugzeuge gespielt. Aber schon am 20. April wußte die New York Times aus dem amerikanischen Stützpunkt auf Kuba, Guantanamo, zu berichten, die dort stationierten amerikanischen Offiziere hätten ausdrücklich erklärt, von solchen Flugzeugen sei ihnen nichts bekannt; die Radargeräte des Stützpunktes hätten nichts dergleichen festgestellt. Doch nicht genug damit, am 15. Mai meldete UPI aus Washington: „Der demokratische Senator Wayne M o r s e , Vorsitzender des Außenpolitischen Unterausschusses für Latein-Amerika, erklärte am Sonntag in einer Fernsehsendung, eine Untersuchung seines Ausschusses habe ergeben, daß Kuba über keine Düsenkampfflugzeuge vom sowjetischen Typ MIG verfüge. Entgegen den seinerzeitigen Behauptungen kubanischer Exilkreise betonte Senator Morse, bei den Flugzeugen, die von den Streitkräften Fidel Castros gegen die Invasionstruppen eingesetzt worden seien, habe es sich um Maschinen gehandelt, die vor der Revolution von den Vereinigten Staaten an den damaligen Diktator Fulgencio B a t i s t a geliefert worden seien." (!!!)

Zu der Behauptung aber, Premierminister Castro sei heute nichts anderes als ein „Satellit Moskaus", sei hier noch ein amerikanischer Kenner der heutigen Verhältnisse auf Kuba zitiert, dem man keineswegs besondere Sympathien für das Castro-System nachsagen kann. R. Hart P h i l l i p s berichtete nach einem

Besuch auf Kuba in der New York Times vom 12. Juli „Weder Dr. Castros Freunde noch seine Feinde glauben, er werde Befehle aus Moskau entgegennehmen".

Die Isolierung der Isolierer

Wenn gleichwohl die amerikanische Propaganda das neue Kuba nach wie vor als Exponenten des „aggressiven Weltkommunismus" denunziert, dann dient diese Kampagne nicht nur der Beeinflussung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten eines radikalen Anti-Castro-Kurses. Sie soll gleichzeitig die anderen Staaten Latein-Amerikas im Sinne einer solchen Politik beeinflussen. Die Administration scheut offensichtlich zunächst, gerade mit Rücksicht auf das amerikanische Prestige in Latein-Amerika, vor einem militärischen Alleingang gegen Kuba zurück, wie ihn die Extremisten fordern. Vielmehr versuchte sie zunächst, die alte Politik der Pressionen und Sanktionen auf neuer Ebene, das heißt in einem größeren Rahmen fortzusetzen, wobei Gewaltanwendung durchaus nicht ausgeschlossen wird. So war sie seit Ende April bemüht, die mittel- und vor allem die südamerikanischen Regierungen für eine gemeinsame Anti-Castro-Politik zu mobilisieren. Washington hoffte zunächst, die Furcht der herrschenden Klassen in Südamerika vor der Dynamik des emanzipatorischen „Castrismus" werde diese zu einer kollektiven Aktion gegen das neue Kuba veranlassen. Solche Hoffnungen auf eine latein-amerikanische Solidarität mit Washington in der Kuba-Frage erhielten neue Nahrung, als Premierminister Dr. Castro am 1. Mai, unmittelbar nach dem Siege über die Invasoren, die kubanische Revolution ausdrücklich als eine „sozialistische" bezeichnet, das neue Kuba zu einem „sozialistischen Staat" erklärt hatte. Die amerikanische Regierung wähnte, dieses Bekenntnis Castros zum Sozialismus werde die bis dahin noch zögernden südamerikanischen Staaten endgültig von der „Gefährlichkeit" des „Kommunisten" Castro und dem „aggressiv-subversiven" Charakter seines Regimes überzeugen.

So sollte denn Kuba noch mehr als bisher politisch und wirtschaftlich isoliert und unter Druck gesetzt werden. Der Vorbereitung einer solchen kollektiven Politik unter der Aegide Washingtons diente die achtzehntägige Konsultations-Reise Adlai Stevensons nach Südamerika im Juni. Doch die Hoffnungen, die die Administration an diese Reise knüpfte, haben sich nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil, die Gefahr, moralisch und politisch in der westlichen Hemisphäre isoliert zu werden, droht heute weit weniger dem neuen Kuba als — den Vereinigten Staaten! Und zwar gerade auf Grund ihrer eigenen starren und aggressiven Anti-Castro-Politik.

Besonders ins Gewicht fällt auch in diesem Zusammenhang die Haltung Brasiliens, dessen Außenpolitik in starkem und spürbaren Maße unmittelbar von dem neuen initiativreichen Präsidenten Quadros bestimmt wird. Quadros hat in den vergangenen Wochen aus seiner entschiedenen Ablehnung der amerikanischen Kuba-Politik so wenig ein Hehl gemacht wie aus seinem Bestreben, Brasilien aus den Verflechtungen des Kalten Krieges mit seiner Blockpolitik hinaus in den Kreis der „dritten Mächte" zu führen. Am 20. Mai erklärte er: „Was immer die Definition des kubanischen Regimes sein mag, Brasilien wird es nicht akzeptieren, daß im Namen der Solidarität des Kontinents aggressive oder ‚Strafaktionen' gegen diese Nation unternommen werden." Quadros lehnte ausdrücklich jede Aktion gegen Castro ab und erinnerte an das — von den USA bei anderen Gelegenheiten so oft beschworenen! — Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses bedeute auch, daß es jedem Volke freistehen müsse sich auch für den Sozialismus zu entscheiden, sofern damit nicht eine aggres-

sive Haltung gegenüber den Nachbarn verbunden sei. Eine solche aber sieht Quadros, im Gegensatz zur amerikanischen Propaganda, im Falle Kuba nicht für gegeben an[2]).

Zu der für Washington bitteren Präzisierung der Haltung Brasiliens in der Kuba-Frage dürfte auch die starke diplomatische Aktivität Havannas nicht unwesentlich beigetragen haben. Mit ihr begegnet Castro der amerikanischen Isolierungspolitik, offensichtlich nicht ohne Erfolg. In der zweiten Maihälfte besuchte der neue kubanische Unterstaatssekretär für Auswärtige Beziehungen, Carlos Olivares, der als der eigentliche Kopf der kubanischen Außenpolitik gilt, Mexiko, Brasilien und Ecuador. Nach einem Bericht der New York Times vom 24. Mai hat er seinen Gesprächspartnern versichert, Kuba mache zwar eine sozialistische Politik, es sei aber kein kommunistischer Staat und gedenke nicht, seine Revolution zu exportieren. Auch rechne es sich durchaus weiterhin dem inter-amerikanischen System zu; nur die USA versuchten, es aus diesem zu verdrängen.

Mexiko und Chile, Argentinien und Ecuador haben sich zu dem Ansinnen Washingtons in ähnlichem Sinne wie Brasilien geäußert. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete bereits am 30. Mai, Argentinien sei „heute weniger denn je für eine direkte Aktion gegen Fidel Castro zu haben". Besonders nachdrücklich wandte sich der Präsident von Ecuador, Ibarra, gegen die amerikanischen Pläne; der ecuadorianische Außenminister, Chiriboga, ein Befürworter der amerikanischen Anti-Castro-Politik, trat Anfang Mai zurück.

So hat denn auch dieses bedeutsame diplomatische Nachspiel der Invasion Washington weiter desillusioniert, machte es doch deutlich, wie rapide die politische Emanzipation Südamerikas fortschreitet, und zwar unter dem psychologischen Einfluß des neuen Kuba. Stevenson mußte nach seiner Rückkehr aus Südamerika zugeben, daß seine Darlegungen in den von ihm besuchten Hauptstädten durchweg auf wenig oder gar kein Verständnis gestoßen seien. In mehreren Ländern kam es sogar zu Demonstrationen gegen den Sonderbotschafter Kennedys oder seine einheimischen Gesprächspartner.

Die meisten Regierungen des Subkontinents lehnen nicht nur die amerikanischen Pläne für neue Pressionen gegen Kuba ab — sie akzeptieren auch nicht die Prämissen Washingtons, indem sie sich weigern, Kuba als „kommunistischen Satelliten" und „Zentrum verschwörerischer, subversiver Tätigkeit" zu betrachten. Stattdessen fordern sie von den USA einen grundsätzlich neuen Kurs in deren Wirtschaftspolitik gegenüber Latein-Amerika[3]).

„Wirtschaftshilfe" und subversive „Anti-Subversion"

Auch in Washington hat man erkannt, daß eine auf starre Selbstbehauptung der alten wirtschaftlich-politischen Vorherrschaft der USA in Südamerika und damit auf eine Konservierung der heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen

---

[2]) „Janio Quadros hat auf die Anfrage der USA, wie man zu einer Konferenz über die kubanische Frage stünde, sehr klar und auffallend scharf geantwortet. Er hat vor allem erklärt, daß er Kuba keineswegs als kommunistisch oder zum Sowjetblock gehörig ansehe; ferner, daß Brasilien wünsche, die USA möchte nichts unternehmen, was dem Regime Fidel Castros zum Schaden gereichen könne" (Kölnische Rundschau vom 4. Juli).

[3]) „Während die Nordamerikaner zunächst für ein Vorgehen der OAS (Organisation der amerikanischen Staaten) gegen Kuba plädierten, entgegneten Stevensons lateinamerikanische Gesprächspartner durchwegs, daß es wichtiger und zeitlich dringlicher sei, durch die Ausarbeitung eines wirksamen Entwicklungsprogramms für Latein-Amerika die Ursachen für die Wiederholung des kubanischen Experimentes an einer anderen Stelle des Halbkontinentes auszuräumen" (Neue Zürcher Zeitung vom 29. Juli 1961).

Verhältnisse ausgerichtete Politik gerade angesichts des Beispiels Kuba nur zum Zusammenbruch aller amerikanischen Positionen auf dem Subkontinent und zu einer Radikalisierung der nach ihrer sozialen Emanzipation verlangenden Massen führen muß. Über die ständig wachsende Heftigkeit des vom Vorbild Kuba stimmulierten, zum ersten Male in der Geschichte Latein-Amerikas nicht mehr dumpf emotionalen und fatalistischen, sondern politisch artikulierten und zielbewußten „Anti-Yankeeismus" kann man sich in den Vereinigten Staaten keiner Täuschung mehr hingeben.

So muß Washington denn versuchen, die, wie sich inzwischen schon gezeigt hat, ohnehin wenig erfolgversprechende kollektive Anti-Castro-Politik mit einem Programm wirtschaftlicher Reformen zu verbinden, das der „Abschirmung" Südamerikas vor dem Castrismus dient. Die am 14. März von Präsident Kennedy proklamierte „Allianz für den Fortschritt" soll dafür sorgen, daß der nicht mehr zu bremsende Emanzipationsdrang Südamerikas gleichsam kanalisiert und von den USA kontrolliert wird. Auch über diese bisher noch nicht präzisierten „evolutionären Reformen" hat Stevenson mit den latein-amerikanischen Regierungen gesprochen, vor allem im Hinblick auf die inter-amerikanische Wirtschaftskonferenz, die, nachdem sie ursprünglich schon für den 15. Juli vorgesehen war, nun am 6. August in Punta del Este (Uruguay) beginnen wird.

Auch hier wird es den Amerikanern nicht leicht fallen, ihre südamerikanischen Gesprächspartner von der Zweckmäßigkeit und relativen Uneigennützigkeit ihrer Intentionen zu überzeugen. Durch jahrzehntelange Erfahrungen mit dem „Dollar-Imperialismus" gewitzigt, sind die Latein-Amerikaner vorerst skeptisch gegenüber diesem ohnehin noch wenig umrissenen amerikanischen „Hilfsprogramm". Man wittert vielfach die Absicht, durch diese Allianz Südamerika in neuer Form an die Vereinigten Staaten zu binden. Der gegenwärtige Präsident des uruguayischen Staatsrates, Victor H a e d o , erklärte Anfang Juli, anläßlich des argentinischen Nationalfeiertages auf einer Pressekonferenz in Buenos Aires: Wenn jene „Allianz für den Fortschritt" als gewinnbringende Kapital-Investition verstanden werde, dann interessiere sie die Südamerikaner nicht, die außerdem verlangen müßten, von den Amerikanern nicht wie unmündige Kinder behandelt zu werden. Sie wollten selbst entscheiden, wie die neu vorgesehenen Mittel zu verwenden seien. Wenn dieses Programm aber als reine Wirtschaftshilfe konzipiert sei, dann werde es zum Größten gehören, was seit der Unabhängigkeit getan worden sei. In diesem Zusammenhang wandte sich auch Haedo ausdrücklich gegen eine militärische Aktion gegen Kuba.

Es wird sich bald zeigen, ob die Vereinigten Staaten über ihren Schatten springen können, ob sie in der Lage sind, ein Hilfsprogramm zu realisieren, das den Verhältnissen in Latein-Amerika wirklich gerecht wird[4]). Noch ist ungewiß, ob es dafür nicht überhaupt schon zu spät ist. Offenbar ist man in Washington hinsichtlich der Chancen dieser Wirtschaftshilfe selbst skeptisch, um so mehr aber vom Emanzipationsstreben des Subkontinents beeindruckt. So sucht man denn einmal mehr Zuflucht bei der These von der „Subversion" und verdunkelt damit wiederum die wirklichen Ursachen der s t r u k t u r e l l bedingten Unruhe in ganz Südamerika. Diese Subversions-Hysterie, durch eine systematische Propaganda ebenso künstlich geschaffen und manipuliert wie der Anti-Castrismus, ist der ideologisch-psychologische Hintergrund der von Präsident Kennedy kürzlich proklamierten „Anti-Subversions-Politik", die sich doch keiner anderen Mittel als eben solcher der — S u b v e r s i o n bedienen und auf diese Weise die

[4]) Der Kennedysche Plan sieht u. a. vor, daß Latein-Amerika in den nächsten fünf Jahren 3,5 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt werden.

amerikanischen Machtpositionen vor allem in den „unterentwickelten Ländern" schützen soll. Es ist kein Zufall, daß Präsident Kennedy gerade den Subversions-Spezialisten General Maxyell Taylor zu seinem militärischen Berater ernannt hat.

Auch in Latein-Amerika wollen die USA in Zukunft dem, was sie selbst, durchweg in Verkennung der Tatsachen, als „Subversion" bezeichnen, mit einer organisierten eigenen Subversion entgegentreten. Laut New York Times vom 4. Juli hat die Regierung den Kongreß um die Bewilligung von Mitteln für die Aufstellung eines „militärischen Sonderprogrammes" zur „Sicherung der inneren Sicherheit in Latein-Amerika" ersucht. Dieses Programm soll in dem Fiskaljahr, das Anfang Juli begonnen hat, 21 000 000 Dolar kosten. Gedacht ist an die Aufstellung „mobiler Streitkräfte", die die zu erwartenden Volksbewegungen schon im Keime ersticken können. Für latein-amerikanische Offiziere werden Anti-Guerilla-Trainingslager eingerichtet. Das Pentagon drängt auf eine Erweiterung dieses Hilfsprogramms. Mit anderen Worten, man versucht mit Hilfe dieses Programms die Emanzipationsbestrebungen in Südamerika zu drosseln.

Süd-Amerika ist erwacht

Die mehr oder minder deutliche Ablehnung der amerikanischen Kuba-Pläne durch die meisten süd-amerikanischen Regierungen läßt noch keinen Schluß zu auf deren eigene innere Einstellung zu dem neuen Kuba Dr. Castros. Man darf sogar annehmen, daß die herrschenden Kreise auf dem Subkontinent zum Teil im stillen eine Beseitigung des kubanischen Regimes begrüßen würden, um der Sicherung ihrer eigenen innenpolitischen Herrschaft willen, die von dem erweckenden Beispiel Kuba mittelbar bedroht wird. Aber wie immer sie selbst über Castro denken mögen, sie müssen heute zumindest außenpolitisch die großen Sympathien der breiten Massen, der Bauern, Arbeiter, Studenten usw. berücksichtigen, gerade wenn sie sich selbst innenpolitisch behaupten wollen. Der Versuch liegt nahe, den innenpolitischen Forderungen der vom „Castrismus" infizierten Schichten durch eine ausgesprochen nationale, von den USA möglichst unabhängige Außenpolitik, durch eine vorsichtige diplomatische Unterstützung des neuen Kuba den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dieser Umstand zeigt den Wandel der Dinge auf dem Subkontinent, den die erfolgreiche kubanische Revolution geschaffen hat. Nicht nur, daß die USA nicht mehr hoffen können, Süd-Amerika gegen Castro zu mobilisieren — sie müssen bereits besorgt sein, daß andere latein-amerikaniche Staaten offen für Castro eintreten und auch ihre innenpolitischen Verhältnisse in immer stärkerem Maße von diesem Vorbild beeinflußt werden! Mit diplomatischen Mitteln läßt sich die ungeheure geschichtliche Wirksamkeit dieses Beispels nicht mehr eindämmen, geschweige mit propagandistischen. Der Mißerfolg des Invasionsversuches im April hat eine weitere Festigung der innenpolitischen und eine bedeutende Konsolidierung der außenpolitischen Position Dr. Castros zur Folge gehabt.

So sind denn heute die Vereinigten Staaten nicht mehr allein dem Problem Kuba, sondern dank der kubanischen Revolution dem ganzen komplexen Problem Südamerika so unmittelbar und unausweichlich wie noch nie zuvor konfrontiert. Daß die Existenz des neuen Kuba die USA, ob sie wollen oder nicht, zwingt, ihre traditionelle Südamerika-Politik wirklich einschneidend zu ändern: das allein schon zeigt die ganz außerordentlich geschichtliche Bedeutung des neuen kubanischen Systems. Washington muß an eine neue Südamerika-Politik denken, wenn die amerikanischen Positionen auf dem Subkontinent nicht binnen kurzem von den Wogen des Emanzipationsdranges hinweggespült werden sollen. Die kubanische Revolution hat diese

wirtschaftliche und gesellschaftliche, geistige und nationalpolitische Emanzipation Latein-Amerikas in der Mitte des 20. Jahrhunderts unmittelbar und mittelbar entscheidend beschleunigt.

Das Südamerika von heute blickt auf das Kuba Fidel Castros mit Bewunderung und mit Hoffnung, mit Unruhe und mit Furcht. Denn die parasitären feudalistisch-kapitalistischen Herrenschichten haben, wie ihre Senior-Partner in den USA, allen Grund, jenes Beispiel zu fürchten, das die ausgebeuteten Massen ungeheuer ermutigt. Das Kuba von heute demonstriert, daß auch in Latein-Amerika eine wirkliche nationale und soziale Emanzipation jetzt endlich möglich ist. Kuba hat den Bann gebrochen. Und die nur allzu begreifliche, nur allzu legitime Ungeduld der Völker Südamerikas läßt sich nicht mehr mit schönen Worten beschwichtigen, mit Bajonetten nicht mehr einschüchtern. Sie verlangen nicht nur rein formale „Freiheit", sondern eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die allein erst die materiellen Voraussetzungen wirklicher Freiheit schafft. Sie sind nicht mehr bereit, die bisherigen Zustände auf dem ganzen Kontinent passiv, resigniert hinzunehmen. Für sie zählt nur noch, wer diese furchtbaren Zustände von Grund auf verändert, für die in erster Linie der amerikanische Kapitalismus verantwortlich ist. Ihn hat die kubanische Revolution ein für allemal demaskiert, wie sie darüber hinaus den Weg gewiesen hat zu seiner Überwindung. Die USA mögen heute, wie auch gewisse Kreise in der Bundesrepublik, über die bedauerliche „Unpopularität" der USA in Latein-Amerika, über die Zurückhaltung der Regierungen und den „überhitzten Nationalismus" der breiten Massen und der Intellektuellen lamentieren — dies alles ist nur die immer selbstbewußter werdende Antwort auf eine jahrzehntelange kapitalistische Ausbeutungspolitik der USA in Mittel- und Südamerika.

Was hier als „Nationalismus" und „affektiver Anti-Amerikanismus" beklagt und zugleich diffamiert wird, ist nichts anderes als das Verlangen nach wirklicher Selbstbestimmung. Es richtet sich nicht gegen das amerikanische Volk, sondern gegen den amerikanischen Kapitalismus[5]). Die jahrzehntelange Ausbeutung Südamerikas durch das amerikanische Kapital war doppelt drückend, weil sie nicht mit einer entsprechenden systematischen wirtschaftlichen Erschließung des Kontinents verbunden war. Eine solche erst schafft die Grundlagen für eine gerechte und freie gesellschaftlich-politische Ordnung. In Kuba hat diese Erschließung mit dem Siege der revolutionären Bewegung Fidel Castros begonnen. Sie mußte erkämpft werden gegen die USA und einen von ihnen gestützten Diktator, wie sie dann gegen den ebenfalls von den USA organisierten Restaurationsversuch verteidigt werden mußte. Und dieser Restaurationsversuch hat das leidenschaftliche „Yankee no!" in ganz Südamerika nur noch verstärkt!

Südamerika ist aus dem geschichtlichen Halbschlaf erwacht. Fidel Castro hat nicht nur seinem Volke, sondern dem ganzen Subkontinent Hoffnung gegeben, Hoffnung auf ein Leben ohne Not, in Freiheit und Würde. Es heißt den Charakter der kubanischen Revolution gründlich mißverstehen oder bewußt mißdeuten, sieht man in ihr „Agenten" — und nicht ein ganzes Volk am Werk! Dies ist eine Revolution von Kubanern für die Kubaner und gleichzeitig für ganz Latein-Amerika. Die vom amerikanischen Geheimdienst organisierte Aggression von Mitte April aber war ein reaktionärer Restaurations-Versuch, der sofort zusammenbrach, weil ihm die gesammelte Kraft und der selbstbewußt gewordene Wille des kubani-

[5]) Der Kampfruf der Kubanischen Revolution heißt: „Cuba si — Yankee no!", nicht: „USA no!"

schen Volkes entgegentraten. Die amerikanische Castro-Ideologie verwechselt Subversion und Revolution! Es sind nicht die Revolutionen, die von „Agenten" und „Verschwörern" gemacht werden, sondern die anachronistisch-reaktionären „Konterrevolutionen". So ist es seit 1789 überall in der Welt.

„Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte" (Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 50). Die moralische Größe und politisch-geschichtliche Bedeutung der kubanischen Revolution beruht gerade auf ihrem sozial-revolutionärem Radikalismus, auf ihrem Ernst, ihrer Spontanität, ihrer Konsequenz und Dynamik. Das aber ist es auch, was man ihr in den USA nicht verzeihen kann, weil es den Lebensnerv des amerikanischen Kapitalismus berührt. Es fehlen dieser wirklichen Revolution alle die operettenhaften Züge der traditionellen latein-amerikanischen „Putsche", in denen nur eine Offiziers-Clique an die Stelle der anderen tritt, ein Diktator mit seinem Clan einen anderen ablöst, ohne daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Lebensumstände der breiten Massen, die Herrschaft des ausländischen Kapitals davon wirklich berührt werden. Anders gesagt: So wenig sie ein „kommunistisches Komplott" ist, so wenig ist diese Revolution eine Farce!

Wir werden in einem der nächsten Hefte versuchen, eine Darstellung des neuen Kuba zu geben, die vielleicht dazu beitragen kann, die Ausstrahlungskraft dieses wegweisenden geschichtlichen Modells zu erklären. So unzulänglich und schnöde die Berichterstattung nahezu der gesamten westdeutschen Presse über das Castro-Regime ist, es fehlt nicht an zahlreichen ernstzunehmenden amerikanischen Publikationen, die es uns erlauben, die kubanische Wirklichkeit von heute und die ihr innewohnenden Tendenzen zu erkennen. Eine jede solche Darstellung wird ausgehen müssen von einer kurzen Charakteristik der Verhältnisse vor dem 1. Januar 1959, d. h. vor dem Siege der Revolution. Erst auf diesem Hintergrund wird deutlich, was seither in Kuba geschehen ist. Und diesen Hintergrund zu berücksichtigen, ist auch darum notwendig, weil das Kuba von gestern im großen und ganzen noch immer das Südamerika von heute ist, das Kuba von heute aber, mit welchen Abwandlungen auch immer, das Südamerika von morgen sein wird!

Dieser Hinweis auf die von der Kuba-Frage entscheidend mitbestimmte politische Entwicklung in Latein-Amerika sei beschlossen mit einem Zitat, das gleichzeitig überleiten mag zu jener von uns geplanten Darstellung des neuen Kuba. Es widerlegt jene auch in der Bundesrepublik weit verbreitete anti-kubanische Hetzpropaganda, die womöglich eine neue amerikanische Aggression zur angeblichen „Befreiung" des kubanischen Volkes psychologisch vorbereiten soll. Es ist ein amerikanischer Student, der seine Eindrücke von einer längeren Reise durch das neue Kuba in einem Aufsatz in der Frühjahrsnummer 1961 der hervorragenden amerikanischen Zeitschrift „New University Thought" zusammenfaßt: „Überall scheint diese Haltung auf verschiedene Weise ausgedrückt zu sein: Das kubanische Volk machte die Revolution, es ist seine. Es sind nicht nur neue Häuser, neue Schulen, neue Arbeitsplätze, es ist ihre eigene Sache, zu arbeiten für ihre eigenen Wohnungen, ihre eigenen Schulen, ihre eigenen Kooperative. Die Kubaner fühlen, das Land ist nun ihr eigenes und sie sind stolz darauf. Es ist ein neuer Stolz auf den kubanischen Tanz, die kubanische Kunst, die kubanische Musik. Es gibt einen neuen Stolz auf die kubanische Literatur — einige öffentliche Meetings wurden eröffnet mit Lesungen kubanischer Dichter."

(Der zweite Teil der Aufsatz-Folge über Kuba wird in einem der nächsten Hefte erscheinen.)

Prof. Dr. Karl Kupisch / Studentenpfarrer Rudolf Weckerling

Der Berliner Kirchentag zur Judenfrage

Nicht nur in den Augen der Teilnehmer, sondern auch nach dem Urteil kompetenter Besucher aller Arbeitsgruppen fand das Entscheidende auf dem 10. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin in der 6. Arbeitsgruppe „Juden und Christen" statt. Zum erstenmal wurde nach anfänglichem Widerstreben vom Präsidium eine ganze Gruppe mit diesem Thema befaßt. Schon die vorbereitenden Zusammenkünfte der Arbeitsgruppenleitung waren durch ihre Zusammensetzung aus Juden, Judenchristen und Christen spannungsreich, erregend und zugleich durch den überraschenden Konsensus beglückend. Unter der Leitung des Hamburger Alttestamentlers Hans-Joachim Kraus waren Frau Dr. Eva Reichmann, Soziologin aus London, Rabbiner Dr. Geis aus Düsseldorf, Prof. Dr. Ehrlich aus Basel (mit einem Lehrauftrag für Wissenschaft des Judentums in Frankfurt/M.), der Judenchrist Rev. H.-D. Leuner aus London, Frau Dr. Lili Simon aus Wuppertal-Barmen mit den Professoren Harder, Gollwitzer, Goldschmidt, Kupisch und vielen anderen in der Arbeitsgruppenleitung am Werk.

Die Arbeitsgruppenleitung war sich über die Problematik des Kirchentages, wie sie durch das Ausscheiden von Frau Hebe Kohlbrügge, Holland, Georges Casalis, Frankreich, Walter Lüthi, Schweiz, und Martin Niemöller und durch den Brief der Professoren Fischer, Kupisch und Vogel, wie durch die Veröffentlichungen von Gollwitzer zum Ausdruck kam, von vornherein im klaren. Darum richtete die Arbeitsgruppenleitung in großer Einmütigkeit einen Brief an das Präsidium des Kirchentages, in dem die Bedingungen formuliert waren, unter denen allein eine Teilnahme möglich erschien, nachdem das Kirchentagsunternehmen in das Zwielicht des Kalten Krieges geraten war durch die Rückverlegung von Leipzig nach Berlin. Die wichtigste Bedingung war, daß der Kirchentag eine öffentliche Erklärung zum Eichmann-Prozeß abgeben würde.

Die quantitative und qualitative Teilnahme der Kirchentagsbesucher an den Zusammenkünften der Arbeitsgruppe 6 (durchschnittlich 8000 in der überfüllten Messehalle mit Übertragung in das große Zelt) war für den vorbereitenden Kreis wie für alle, denen eine neue Begegnung von Juden und Christen nach den Schrecken des Dritten Reiches und den Enthüllungen durch den Prozeß in Jerusalem am Herzen lag, ein großes Geschenk. Nachstehend veröffentlichen wir die Erklärung mit einem kurzen Kommentar aus der Feder des Berliner Historikers Prof. Dr. Karl Kupisch, der auch eines der Referate gehalten hat*).

Studentenpfarrer Rudolf Weckerling

Die Erklärung des Kirchentages zur Judenfrage

Berlin, den 22. Juli 1961

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat die von den christlichen Mitarbeitern der Arbeitsgruppenleitung 6 des diesjährigen Kirchentages am 22. Juli 1961 in Berlin der Öffentlichkeit übergebene Erklärung „Juden

*) Durch den kleineren Schriftgrad ersichtlich.

und Christen" mit Dank für die Initiative zur Kenntnis genommen. Es fordert die evangelischen Christen in Deutschland auf, sich intensiv mit den Fragen einer neuen Begegnung zwischen Juden und Christen zu beschäftigen und weist zugleich auf die Verlautbarungen der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Gliedkirchen zu dieser Frage hin.

Juden und Christen

Erklärung der christlichen Mitarbeiter der Leitung der Arbeitsgruppe 6 des 10. Deutschen Evangelischen Kirchentages Berlin 1961

Juden und Christen sind unlösbar verbunden. Aus der Leugnung dieser Zusammengehörigkeit entstand die Judenfeindschaft in der Christenheit. Sie wurde zu einer Hauptursache der Judenverfolgung. Jesus von Nazareth wird verraten, wenn Glieder des jüdischen Volkes, in dem er zur Welt kam, als Juden mißachtet werden. Jede Form von Judenfeindschaft ist Gottlosigkeit und führt zur Selbstvernichtung. Der gegenwärtig in Jerusalem stattfindende Prozeß geht uns alle an. Wir evangelischen Christen in Deutschland erkennen, daß wir darin schuldhaft verwickelt sind. Im Zeichen des Umdenkens und der Umkehr bitten wir die deutsche Öffentlichkeit, für folgendes einzutreten:

Gott regiert, indem er erwählt. Unter diesem zeichenhaften Tun Gottes sind Juden und Christen unlösbar verbunden. Die Leugnung dieser Zusammengehörigkeit ist Auflehnung gegen Gottes Regiment. Leider hat das die Christenheit, die christliche Kirche, in ihrer langen Geschichte oft genug getan und unter allerlei frommen Begründungen die Feindschaft zu den Juden gefördert und ihr eine sog. „christliche" Rechtfertigung gegeben. Es gibt auch für die Kirche eine unbewältigte Vergangenheit. Denn trotz aller Bekenntnisse zu Jesus Christus, „wahrer Gott und wahrer Mensch", hat man nur zu oft vergessen, daß dieser „wahre Mensch" eben der Jude Jesus von Nazareth ist. Man verrät den Gottessohn, d. h. überliefert ihn den Händen der Atheisten, Spötter und Schwärmer, wenn man meint, das Volk, in dem dieser Christus zur Welt kam, verachten zu müssen. Der „christliche" Antisemitismus auch in der feinsten und gewaltlosen Form einer intellektuellen Verunglimpfung steht von Gott aus gesehen auf keiner anderen Ebene, als der robuste und blutgierige Pogrom-Atheismus. Die solche Gesinnung direkt oder indirekt pflegen, gleichen selber den Gottlosen, die Gottes Regieren mißachten und damit sich selber auf den Weg der Zerstörung des eigenen Selbst begeben.

1. Eltern und Erzieher sollten gegenüber der jungen Generation das Schweigen brechen, eigenes Versagen eingestehen und die Ursprünge der Verbrechen ans Licht bringen, damit wir gemeinsam lernen, unsere Gegenwart zu bestehen. In der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedroht das Abschieben eigenen Versagens auf Andere nicht nur eine bestimmte Menschengruppe, sondern alles Leben.

Immer wieder klagen junge Menschen, daß sie von der älteren Generation im Stich gelassen werden, indem man sie nur unzulänglich (wenn überhaupt) darüber unterrichtet, was im Blick auf die Juden bei uns in Deutschland geschehen ist. Wer sich hinter einer Mauer des Schweigens verbirgt, bereitet neuem Unheil den Weg und hat seine hohe Erziehungsaufgabe gröblich verletzt. Wir sind jedoch der Jugend eine rückhaltlose Aufklärung schuldig, auch wenn hierbei das Bekenntnis eigenen Versagens und falschen Denkens laut werden muß. Gerade das wird der junge Mensch als eine Befreiung empfinden, wenn die ältere Generation sich mit unter die Schuld stellt, die unser Volk mit den Judenverfolgungen auf sich geladen hat. Wir können auch nur um unseren richtigen Platz in dieser Gegenwart wissen, wenn unsere Gewissen nicht mehr gebunden sind. Es gibt intellektuelle Sünden, die deshalb so nachhaltige Folgen haben, weil sie aus dem „Stummsein" kommen. Ihr Kennzeichen ist die unheilvolle „Anti-Stimmung". Was gestern als Antisemitismus auftrat, stößt heute in die Fanfare des Anti-

kommunismus. Das gilt es zweifelsfrei zu erkennen, um zu verstehen, welche tödlichen Gefahren uns drohen, wenn diese Pseudopolitik des „Anti", d. h. des nihilistischen Nein, unser Dasein bestimmt.

2. Die Unmenschlichkeit zwangsläufiger Befehlssysteme und die Berufung auf den sog. Befehlsnotstand müssen uns vor den unmenschlichen Möglichkeiten moderner Gesellschafts- und Staatsorganisationen warnen. Wir müssen bereit sein, eigene politische Verantwortung auch unter Risiko wahrzunehmen. Personen, die an der Vorbereitung und Durchführung von Verfolgungen beteiligt waren, sollten aus führenden Ämtern ausscheiden.

Die Aufklärung der jungen Menschen durch Eltern und Erzieher ist deshalb so lebensnotwendig, weil heute zahllose Menschen sich für ihre unguten Taten und Gedanken auf den sog. Befehlsnotstand berufen. Sie sagen: wir mußten aus einem höheren und mächtigeren Zwang so handeln, weil wir einem Befehl gehorchen mußten, gegen den es kein Sich-Auflehnen gab, wenn man nicht das eigene Leben aufs Spiel setzen wollte. Es gilt deutlich zu erkennen, daß hinter diesen „Entschuldigungen" nicht nur eine grenzenlose Feigheit und seelische Rohheit steckt, sondern auch das stillschweigende, wenn auch freilich offen nicht zugegebene Eingeständnis, daß man, als es noch Zeit war, auch nichts getan hat, um derartige Zwangsverhältnisse zu verhindern. Leider hat der größte Teil unseres Volkes, angeblich um geordnete Zustände zu erwirken, diese staatlichen Befehlssysteme mit ihrer den einzelnen Menschen verachtenden Maschinerie, herbeigerufen. Deutschland sollte „erwachen", indem es der Narkose verfiel. In dem Maße, wie die Maßnahmen gegen die Juden zunahmen, ging die politische Freiheit des einzelnen deutschen Bürgers verloren. Dagegen gilt es, sich rechtzeitig zu wehren und alle Möglichkeiten wahrzunehmen, die die Demokratie dem Staatsbürger noch bietet, um dem persönlichen Einsatz Raum zu schaffen. Wir sollten das stumpfe Konsensusdenken abstreifen und nicht alles das, was wir mitzubedenken hätten, der „Obrigkeit" überlassen. Wir sollten es nicht dulden, daß heute in führenden Ämtern der verschiedensten Art schon wieder oder noch Männer (auch Frauen) sitzen, die einst einen aktiven Antisemitismus praktizierten. Sie sollten, wenn es ihnen um Deutschlands Gesundung Ernst ist, von sich aus ihre Plätze verlassen. Denn keiner von ihnen, die ein verletztes Gewissen haben, kann einen wirklich positiven Beitrag zum Thema des Verhältnisses von Juden und Christen leisten.

3. Wo Juden unter uns leben, sind wir verpflichtet, ihr Leben und Wohlergehen nach bestem Vermögen zu fördern. Auch muß von uns Deutschen alles getan werden, was dem Aufbau und dem Frieden des Staates Israel und seiner arabischen Nachbarn dient. Wir wünschen, daß Entschädigungsverfahren gegenüber ehemals „Rassenverfolgten" mit besonderer Dringlichkeit und Großzügigkeit aufgenommen bzw. beendet werden. Der materiellen Entschädigung muß aber auch eine neue Gesinnung entsprechen. In Deutschland ist die sog. Judenfrage heute vor allem eine Frage nach der Zukunft der Deutschen.

Es sollte eigentlich geradezu selbstverständlich sein, das Wohlergehen der Juden, die unter uns leben, mit allen Mitteln zu fördern. Aber leider ist das vielfach nicht der Fall. In den großen Städten wohnen heute noch Juden in sehr dürftigen Verhältnissen und zum Teil völlig vereinsamt. Hier hat unsere praktische Tat einzusetzen, damit auch jene notwendige neue Gesinnung Platz greift, ohne die alle materielle Hilfe ein Ton ohne Klang wäre. Darüber hinaus gilt es aber auch, das Verständnis für den Staat Israel zu fördern. Die politischen Instanzen sollten immer wieder auf das hingewiesen werden, was hier auf diplomatischem Wege noch zu tun ist. Andererseits darf uns auch der Blick für die arabischen Nachbarn des Staates Israel nicht verloren gehen. Sie brauchen in ihrer wirtschaftlichen Notlage dringend unsere Hilfe. Hier ist noch längst nicht das getan, was wir tun könnten. Denn täuschen wir uns nicht: die sog. Judenfrage ist gerade für uns Deutsche eine Frage von größter Bedeutung. Wie wir sie „lösen", das wird auch

über unsere Zukunft entscheiden. Ein Volk gesundet in dem Maße, als es dankbar ist, durch die Tat der Buße den Dienst der Versöhnung und der Liebe tun zu dürfen.

4. Gegenüber der falschen, in der Kirche jahrhundertelang verbreiteten Behauptung, Gott habe das Volk der Juden verworfen, besinnen wir uns neu auf das Apostelwort: „Gott hat sein Volk nicht verstoßen, das er zuvor ersehen hat" (Röm. 11, 2). Eine neue Begegnung mit dem von Gott erwählten Volk wird die Einsicht bestätigen oder neu erwecken, daß Juden und Christen gemeinsam aus der Treue Gottes leben, daß sie ihn preisen und ihm im Lichte der biblischen Hoffnung überall unter den Menschen dienen.

Die Wurzeln des Antisemitismus liegen in einem mißdeuteten und falsch verstandenen Christentum. Es war Verblendung, wenn die christliche Kirche aus dem Kreuzestode des Juden Jesus von Nazareth und aus ihrem Bekenntnis zu dem Gottessohn ableitete, daß Gott sein Volk verworfen habe und daß wir indirekt oder auch direkt die Vollstrecker des Zornes Gottes sein müßten. Gottes Erwählungsbeschluß ist unaufhebbar. Das sollte die christliche Gemeinde wissen: Jeder Judenhaß wendet sich auch gegen die gläubigen Christen. Der Antisemit hat recht gesehen: die Erwählten gehören zusammen, darum verfolgt er sie mit seinem Haß. Denn beide: Juden und Christen leben von der Treue des einen und gemeinsamen Gottes, der sie aus Gnade erwählt hat. Beide haben ihren Auftrag und ihr Zeugnis. Beiden ist die Hoffnung bezeugt.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Ist „christliche" Politik möglich?

Ist „christliche" Politik möglich? Nicht nur eine Politik also von Menschen, die sich bemühen, die Botschaft Christi ernst zu nehmen und ihm nachzufolgen, sondern eine Politik, deren Grundlagen und Tendenzen vom Geiste Christi bestimmt sind?

Ehe wir auf diese Frage eingehen, sei gesagt, was christliche Politik nicht ist: Wahre christliche Politik ist nicht die Interessenvertretung und -verteidigung einer sich christlich nennenden Menschengruppe, also z. B. des Abendlandes oder gar einer Partei, die im übrigen ganz genau so geführt wird wie alle anderen Parteien auch: der also jedes Mittel zur Austragung von Konflikten recht ist und als erlaubt gilt, auch das der atomaren Menschenausrottung; die die Unterschiede zwischen den Gegnern zu unüberwindbaren Kontrasten steigert, die die Spannungen erhöht und das Mißtrauen schürt; die die Eisernen Vorhänge hermetisch abdichtet, kurz, die das Christliche zu einer Parteisache im Weltkonflikt der Machtblöcke herabwürdigt und die übliche Politik, die sogenannte „Realpolitik", das heißt Macht- und Gewaltpolitik, für eine sich christlich nennende Gruppe betreibt.

Wahre christliche Politik wäre eine von Grund auf andere Politik. Man könnte sagen, eine wirklich politische Politik, wenn Politik heute heißt, das gemeinsame Leben der Menschheit zu gestalten unter Ausschaltung der militärischen Mittel, die bisher nicht nur Hilfsmittel, sondern A und O der Politik waren.

Von der falschen „christlichen" Politik sagte Christus: „Das alles tun die Heiden auch!" Über der wahren christlichen Politik könnte sein Wort stehen: „Die Meinen sind nicht die, die sagen Herr, Herr, sondern die tun den Willen meines Vaters in den Himmeln!"

Ist damit Politik zu machen? Unsere Gegenfrage in dieser unserer Weltstunde lautet: Ist in ihr überhaupt anders Politik zu machen, wenn diese zur Gestaltung des

universalen Gemeinwesens der rapide zur einen Menschheit zusammenwachsenden Menschengruppen führen soll und nicht zur allgemeinen Katastrophe?

Albert Schweitzer hat gesagt: „Ein Geist wahren Menschentums muß unter uns aufkommen, wenn wir nicht an dem Geiste der Unmenschlichkeit, der heute das Wort führt, zugrunde gehen sollen."

In einer Diskussion fragte mich daraufhin ein besorgter Mann: „Das ist freilich auch mein Munsch, aber ist es nicht ein Wunschtraum? Ist dieser Geist in dieser harten, unbarmherzigen Welt wirklich brauchbar?" Auch an ihn stellte ich die Gegenfrage: Welcher Geist denn dann? Und: Wenn Sie sich Christ nennen, sollten Sie doch wissen, daß Christus seine Forderungen ohne Bedingungen gestellt hat, eben für das Leben in dieser, immer „harten, unbarmherzigen" Welt. Er hat nicht gesagt: Wartet erst ab, bis diese Welt anders wird, und dann seid lieb zueinander. Sondern Er hat gesagt: Werdet anders und ändert dadurch die Welt! Wie soll sie denn anders werden, wenn niemand sie ändert? Und ist denn wirklich nicht schon oft etwas anders geworden, im Leben des Einzelnen und in dem der Völker, da wo einer „getan hat den Willen meines Vaters in den Himmeln"? Ich erinnere an das große Beispiel Gandhis. Und für uns Deutsche wäre z. B. das Eingehen auf die Vorschläge Edens und Rapackis oder das Eingehen auf die radikalen Abrüstungsvorschläge Chrustschows — ich kann leider keine gleichwertigen christlichen nennen — ein erster praktischer Schritt einer solchen wahrhaft christlichen Politik.

Einer Politik also, die die Aufspaltung der Welt in zwei bis an die Zähne gerüstete Machtblöcke und deren militärische, das Leben auf dieser Erde bedrohende Rivalität zu überwinden, zumindest zu entspannen trachtet, die durch die geistigen Eisernen Vorhänge hindurch suchend und helfend vordringt und das Gemeinsame und Verbindende fördert, die dem Ungeist der Gewalt und dem Krieg, das heißt dem „Morden auf Staatsbefehl", mutig absagt, weil sie sich für bessere, menschlichere Wege bei der Auseinandersetzung unter Menschen entschieden hat und weiß, daß der Segen des Herrn nur auf diesen Wegen ruht.

Ich habe eben ein Buch zitiert, das ein Ereignis ist: Prof. Fritz Baade, „Der Wettlauf zum Jahre 2000". Neben vielem Erstaunlichem darin ist doch das Erstaunlichste, daß es nach einem packenden Appell zur Abrüstung und friedlichen Koexistenz schließt mit dem Kapitel „Die große Zeit des Christentums" und mit einem Satz der Bergpredigt. Ein SPD-Abgeordneter also muß den Kirchen sagen, daß ihre große Stunde gekommen ist, gekommen wäre, wenn sie wirklich Nachfolger Christi und nicht Nachbeter des sehr unchristlichen bisher Üblichen, heute aber völlig Unzeitgemäßen wären. Denn endlich ist die Zeit gekommen, in der das am Sonntag Gepredigte das einzige im politischen Werktag der Menschheit Brauchbare sein wird.

Marie von Ebner-Eschenbach sagte: „Friede unter den Menschen bedeutet ja nicht das Ende aller Kämpfe, es bedeutet vielmehr den Beginn eines neuen, herrlichen Kampfes. Während der Haß der Urheber aller bisherigen Kämpfe gewesen ist, wird die Liebe die Mutter aller künftigen Kämpfe sein." „Liebe" ist hier freilich nicht sentimental zu verstehen, sondern als die durch Christus geoffenbarte Grundkraft der ganzen Schöpfung.

Ein Letztes: Wir stecken alle noch allzusehr in den Vorstellungen der Vergangenheit, haben alle noch nicht bewußt genug das Anbrechen des neuen Zeitalters wahrgenommen und den ersten Schritt hinein gewagt. Um es wahr zu nehmen und daraus neue Wege für eine neue Politik zu finden, dafür ist Umdenken nötig.

Der bahnbrechende Physiker Max Planck hat gesagt: „Die größte Gefahr sind heute die Leute, die nicht wahrhaben wollen, daß das jetzt anhebende Zeitalter sich grundsätzlich von der Vergangenheit unterscheidet. Mit den überkommenen politischen Begriffen werden wir mit dieser Lage nicht fertig werden. Der Bankrott der traditionellen Vorstellung von Krieg, Angriff und Verteidigung ist offenbar. Ohne Umdenken ist kein Ausweg aus der Gefahr möglich!"

Und der wirklich moderne Politiker Nehru hat gesagt: „Ich bin der Meinung, daß die heutige Welt einen historischen Augenblick erreicht hat, in dem es gilt, die alten Denkbahnen zu verlassen. Ich meine, wir müssen umdenken."

Dieses heute über Leben und Tod der Menschheit entscheidende „Umdenken"

steht am Anfang der Evangelien. Johannes der Täufer rief seinen Zeitgenossen zu und ruft uns zu: „Metanoeite, werdet andere, Denkt um!" Sollten nicht vor allen die Christen dies wagen, da sie sich doch nennen nach dem Kraftquell, der „höher ist als alle Vernunft" und der dem Mutigen den Mut zu dieser Wandlung schenken wird?

Prof. Gerhard Gollwitzer

Zum 16. Jahrestag des Angriffs auf Hiroshima (6. August 1945)

Darf ich Ihnen eine Mitteilung aus England machen, deren Inhalt in Deutschland noch kaum bekannt sein dürfte?

Das Organ des „Campaign for Nuclear Disarmament", SANITY, veröffentlichte in der Juni-Nummer Tatsachen, die neuerdings im Zusammenhang mit dem Abwurf der beiden Atombomben auf Japan ans Licht gekommen sind. Die englische Presse erfreut sich zwar der denkbar größten Freiheit, aber ein Artikel wie der erwähnte würde die schwersten Folgen nach sich ziehen, wenn er nicht der Wahrheit entspräche. Er ist meines Wissens nirgends widerlegt worden.

In großer Stille, fast ohne eine Erwähnung in der Weltpresse, sind kürzlich einige bisher als Staatsgeheimnis zurückgehaltene amerikanische Dokumente aus dem Jahr 1945 frei gegeben worden. Danach haben Attlee, Truman und Stalin gewußt, daß Japan bereits zu Friedensverhandlungen bereit war, als sie die Bombardierung der beiden Großstädte anordneten. — Am 12. Juli 1945 hatte der japanische Gesandte in Moskau diese Bereitschaft angedeutet. Außerdem hatten die Amerikaner eine japanische Geheimsendung aufgefangen und entziffert, die an den japanischen Gesandten in Rußland gerichtet war und lautete: „Japan ist besiegt. Wir müssen dieser Tatsache ins Auge sehen und entsprechend handeln." Am 16. Juli wurde die Atombombe in Neu-Mexiko ausprobiert, worauf Professor Compton, der Direktor des zuständigen Laboratoriums, 150 Wissenschaftler befragte, was ihrer Meinung nach jetzt geschehen solle. 69 stimmten dafür, daß Japan erst durch eine militärische Demonstration eine letzte Gelegenheit bekommen sollte, sich zu ergeben, bevor voller Gebrauch von der neuen Waffe zu machen wäre. 23 waren für sofortigen Abwurf und 58 entschieden, daß die Atombombe überhaupt nicht angewendet werden dürfte.

Schließlich haben weder die Wissenschaftler noch die Staatsmänner, sondern die militärischen Autoritäten entschieden. So fiel die Atombombe am 6. August auf Hiroshima, und ohne abzuwarten, ob die Japaner sich daraufhin ergeben würden, haben die Alliierten die zweite am 9. August auf Nagasaki abgeworfen. Die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung ist nie genau festgestellt worden. Sie wird auf 75 000 in Hiroshima und 70 000 in Nagasaki geschätzt.

Zunächst steht man vor einem Rätsel, wie es möglich war, die Entscheidung dem Militär zu überlassen. Die Vereinigten Staaten sowie England sind demokratische Nationen, in denen Attlee und Truman vom Volk gewählt worden waren, um die großen politischen Entscheidungen zu treffen.

Abgesehen von dem Artikel in SANITY hat man in England noch etwas Aufschlußreiches darüber erfahren. Attlee, der damals gerade Churchill's Nachfolger geworden war, hat sich in einem Fernseh-Interview darüber ausgesprochen und in einem Buch „A Prime Minister remembers" (Heinemann) in gleicher Weise berichtet. Er hat zur Zeit der Entscheidung nichts über die Wirkung der Atombomben gewußt; außer daß sie stärker sind als gewöhnliche Bomben! Dabei wußten die Wissenschaftler genau Bescheid über die genetischen Wirkungen der Ausstrahlungen, aber es fehlte an der notwendigen Zusammenarbeit zwischen den Politikern und den Wissenschaftlern, und so konnte es den militärischen Fachleuten gelingen, eine der folgenschwersten Entscheidungen der Weltpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Der Aufsatz in SANITY schließt mit einer rhetorischen Frage: „Wenn die Führer der Nationen die Waffen der Massenvernichtung zulassen konnten, obgleich ihre Anwendung zur Niederzwingung Japans gar nicht nötig gewesen wäre, würden sie zögern, wenn irgend eine Krise sie davon überzeugt, daß ihre Anwendung notwendig ist? Können solch furchtbare Waffen irgend einer Nation oder irgend einer Regierung anvertraut bleiben?"

Dr. Hildegard Forres
Penn/Wolverhampton, Großbritannien

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Antwort der Bundesregierung auf das sowjetische Memorandum vom 17. Februar 1961

Am Mittwoch, dem 12. Juli 1961, hat der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Hans Kroll, dem sowjetischen Außenminister, Andrej Gromyko, die deutsche Antwort auf das Memorandum der sowjetischen Regierung vom 17. Februar 1961 überreicht. Das Memorandum der Bundesregierung hat folgenden Wortlaut:

Das Memorandum der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17. Februar 1961 ist von der Bundesregierung sorgfältig geprüft worden. Sie nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung hat mit Befriedigung von dem Bestreben der sowjetischen Regierung Kenntnis genommen, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik in jeder Weise zu verbessern. Dieser Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen wird von der Bundesregierung geteilt. Wenn die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in diesem Zusammenhang Erwägungen über eine Lösung der Deutschlandfrage anstellt, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Verantwortung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit für die Lösung der Deutschlandfrage in erster Linie bei den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika liegt. Die Bundesregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die vier Mächte im Hinblick auf diese Verantwortung in Fühlung bleiben. Sie ist ihrerseits bestrebt, entsprechende Bemühungen der vier Mächte nach besten Kräften zu unterstützen.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dem ganzen deutschen Volk ihre Freundschaft anbietet. Diese Bezugnahme auf das ganze deutsche Volk erachtet die Bundesregierung als Ausdruck einer zutreffenden Einstellung der sowjetischen Regierung gegenüber den deutschen Problemen. Ist es doch eine unbestreitbare Tatsache, daß trotz aller Ereignisse, die im Gefolge des zweiten Weltkrieges eingetreten sind, das deutsche Volk als Gesamtheit fortbesteht, daß es nur ein deutsches Volk gibt. Eine Politik, die bei dem Versuch einer Lösung der Deutschlandfrage diese Tatsache außer acht läßt, kann nicht den Anspruch erheben, als realistisch betrachtet zu werden.

Der unbefriedigende Stand der Deutschlandfrage — wie er in dem Memorandum der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Ausdruck gelangt — ist darauf zurückzuführen, daß es dem deutschen Volk noch 16 Jahre nach dem Ende des Krieges verwehrt ist, sich in seiner Gesamtheit eine gemeinsame staatliche Ordnung zu geben. Eine nüchterne Einschätzung der gegenwärtigen Lage, wie sie in dem Memorandum vom 17. Februar 1961 mehrfach gefordert wird, führt zu der Schlußfolgerung, daß dieser Zustand nur dann geändert werden kann, wenn dem deutschen Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zugestanden wird. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat in den vergangenen Monaten in nachdrücklicher Form für viele Völker das Recht auf Selbstbestimmung verlangt. Wenn die sowjetische Regierung dieses Recht auch dem ganzen deutschen Volk — dem sie ihre Freundschaft anbietet — zubilligen würde, so wäre damit ein wertvolles und dauerhaftes Fundament für diese Freundschaft gelegt.

Die Bundesregierung findet ihre Auffassung von der ausschlaggebenden Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschlandfrage bestätigt durch die Genfer Direktive der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika vom 23. Juli 1955. In realistischer Einschätzung der Zusammenhänge des Deutschlandproblems haben die vier Regierungschefs ihrer Direktive das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zugrunde gelegt, indem sie übereinkamen, daß die Deutschlandfrage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen gelöst werden sollen. Die vier Regierungschefs haben diese Entscheidung im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für

die Lösung des deutschen Problems getroffen. An dieser Zuständigkeit der vier Mächte hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert. Unverändert weisen die vorgenannten in der Direktive vom 23. Juli 1955 enthaltenen Grundsätze den Weg zur Lösung des Deutschlandproblems.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betont in ihrem Memorandum vom 17. Februar 1961 die Dringlichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland. Der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland setzt das Bestehen einer handlungsfähigen und durch einen demokratischen Entscheid des deutschen Volkes legitimierten Regierung voraus, deren Staatsgewalt das ganze deutsche Volk erfaßt. Diese Regierung kann vom deutschen Volk nur geschaffen werden, wenn ihm die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch eine freie Willensentscheidung ermöglicht wird. Der Zeitpunkt des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland hängt daher von der Bereitschaft der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ab, dem deutschen Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zuzugestehen. Die Bundesregierung würde es außerordentlich begrüßen, wenn die sowjetische Regierung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einen entsprechenden Entschluß fassen würde, um damit die Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung überhaupt zu ermöglichen.

In Übereinstimmung mit ihren Verbündeten ist die Bundesregierung der Auffassung, daß nur eine auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhende Regierung legitimiert sei, einen Friedensvertrag für Deutschland abzuschließen. Ein Friedensvertrag, der diesen Erfordernissen nicht entspräche, würde diesen Namen nicht verdienen. Aber auch abgesehen von der rechtlichen Unmöglichkeit, den Friedensschluß mit dem zweigeteilten Deutschland herbeizuführen, würde ein derartiges Vorgehen vom deutschen Volk, das die Wiederherstellung seiner Einheit sehnlich wünscht, nicht verstanden werden. Das deutsche Volk würde in dem Abschluß des von der sowjetischen Regierung vorgeschlagenen Friedensvertrags eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands erblicken. Wenn die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken behauptet, ein derartiger Friedensvertrag verlange keinerlei Opfer von der Bundesrepublik, so übersieht sie, daß von der Bundesrepublik die Opferung des Hauptanliegens des deutschen Volkes, nämlich seiner Wiedervereinigung, verlangt wird.

Ein separater Friedensvertrag mit nur einem Teil Deutschlands würde gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen, das in der von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterzeichneten Satzung der Vereinten Nationen in Artikel 1 Ziffer 2 als einer der leitenden Grundsätze der Vereinten Nationen anerkannt worden ist und das zu respektieren die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sich verpflichtet hat. Das Selbstbestimmungsrecht steht als unveräußerliches Grundrecht aller Völker auch dem deutschen Volk zu, das an seiner überkommenen nationalen Einheit festhält und seinen Willen hierzu in einer freien Wahl einmütig bestätigen würde.

Die sowjetische Regierung fordert in ihrem Memorandum die Bundesregierung auf, Gegenvorschläge für einen Friedensvertrag zu machen. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachtet jedoch nur solche Vorschläge als konstruktiv, die von der Unabänderlichkeit der Teilung Deutschlands ausgehen. Vorschläge, die von der Unabänderlichkeit der Teilung Deutschlands ausgehen, können jedoch nicht konstruktiv sein, da sie niemals zu einer dauerhaften Friedensregelung führen. Nur solche Vorschläge können ein konstruktiver Beitrag zu einer Friedensregelung sein, die die Überwindung der Teilung Deutschlands zum Ziel haben. Solche Vorschläge hat der Westen auf allen Vier-Mächte-Konferenzen über Deutschland in den vergangenen Jahren erfolglos unterbreitet, so zuletzt auf der Genfer Außenministerkonferenz im Jahre 1959. Der dort vorgelegte Friedensplan des Westens, der eine umfassende Grundlage für eine dauerhafte Friedensregelung bot, wurde leider ebenso wie vorangegangene konstruktive Vorschläge des Westens von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgelehnt.

Ein Friedensvertrag mit einer auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhenden allgemein anerkannten Regierung würde alle Deutschland betreffenden Probleme, einschließlich der Frage der deutschen Grenzen, regeln. Auch die von der sowjetischen Regierung aufgeworfene Frage Berlins wäre geklärt, da Berlin dann seine

natürliche Bestimmung als Hauptstadt Deutschlands erfüllen könnte. Die heutige Lage in Berlin entspricht in ihren wesentlichen Zügen der Lage Deutschlands. Auch hier wurde ein einheitlicher Organismus künstlich und gegen den Willen des deutschen Volkes geteilt. Diese Tatsache gilt es zu beachten, wenn man die gegenwärtige Stellung Berlins beurteilen will. Nach Auffassung der Bundesregierung wäre ein Friedensvertrag auf der Grundlage der Teilung Deutschlands kein Mittel zur Verminderung der internationalen Spannungen. Im Gegenteil würde ein derartiger Friedensvertrag, da er die Teilung Deutschlands verewigen würde, zu einer Vermehrung der Spannungen führen. Die Bundesregierung sucht jedoch nach Möglichkeiten der Entspannung. Sie ist, wie sie häufig betont hat, der Auffassung, daß die allgemeine und kontrollierte Abrüstung ein wirksames Mittel ist, um die internationalen Spannungen in der ganzen Welt zu vermindern. Die durch eine derartige Abrüstung erreichte internationale Entspannung würde auch günstige Voraussetzungen für eine dauerhafte, gerechte, auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhende Lösung der Deutschlandfrage schaffen.

Die Bundesregierung hat schon früher wiederholt erklärt, daß sie jederzeit bereit ist, einem Abkommen der Großmächte über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung beizutreten. Durch diese im voraus erteilte Zustimmung zu einer Abrüstungsvereinbarung der Großmächte ist die Bundesregierung bestrebt, die Sache der Abrüstung zu fördern.

Die Bundesregierung bedauert, daß in dem Memorandum der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Anschuldigungen enthalten sind, die jeder Grundlage entbehren. Derartige Anschuldigungen sind nicht geeignet, dem Bestreben der sowjetischen Regierung zu dienen, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. In dem Memorandum vom 17. Februar 1961 kommt zum Ausdruck, die Bundesregierung hoffe, ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen, sie rüste sich, die Frage der deutschen Grenzen durch Krieg zu regeln. Die Bundesregierung weist diese Anschuldigungen mit allem Nachdruck zurück. Sie hat wiederholt erklärt und erklärt hiermit erneut, daß sie weder zur Herbeiführung der Wiedervereinigung noch zur Regelung der Grenzfrage Gewalt anwenden wird. Die Anschuldigungen der sowjetischen Regierung sind um so weniger verständlich, als es ihr bekannt sein dürfte, daß sämtliche Kampftruppen der Bundeswehr in die NATO integriert sind, die nur zum Zwecke der Verteidigung des Westens geschaffen wurde und keine aggressiven Ziele verfolgt. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt ihre berechtigten Verteidigungsbedürfnisse ausschließlich im Rahmen des Verteidigungsbündnisses der NATO wahr. Es gibt keine nuklearen Sprengköpfe unter der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Streitkräfte. Im übrigen weist die Bundesregierung darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland von sich aus auf die Herstellung von Atomwaffen vertraglich verzichtet hat.

Mit Befremden hat die Bundesregierung auch von den im Memorandum vom 17. Februar 1961 enthaltenen Unterstellungen hinsichtlich des bevorstehenden Wahlkampfes in der Bundesrepublik Kenntnis genommen. Die Bundesregierung weist diese Unterstellungen mit Entschiedenheit zurück. Da die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken innere Angelegenheiten der Bundesrepublik zum Gegenstand ihrer Ausführungen macht, hält es die Bundesregierung für erforderlich, hiermit erneut zu erklären, daß sie sich mit allen Parteien des Bundestages in dem Bestreben einig weiß, alles in ihren Kräften Stehende für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit zu tun. Die Bundesregierung betont noch einmal, daß sie ihre Ziele nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen wünscht. Sie beabsichtigt nicht, im Wahlkampf unter der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland das Gefühl der Feindschaft gegenüber der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erzeugen. Ein derartiges Verhalten würde dem Grundprinzip der Politik der Bundesregierung widersprechen, jede Handlung zu unterlassen, die eine Verschärfung der internationalen Spannungen hervorrufen könnte. Die Bundesregierung möchte der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nahelegen, sich ebenfalls derartiger Handlungen zu enthalten.

Washingtons Antwort

Die am 18. VII. 1961 in Moskau zusammen mit ähnlich lautenden Erklärungen der britischen und der französischen Regierung überreichte Antwort der amerikanischen Re-

gierung auf das jüngste sowjetische Memorandum zur Deutschland- und Berlin-Frage hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das am 4. Juni 1961 in Wien erhaltene Aide-mémoire der sowjetischen Regierung sorgfältig geprüft. Sie hat mit ihren britischen und französischen Alliierten Konsultationen geführt und festgestellt, daß sie mit ihnen voll und ganz übereinstimmt. Sie hat ferner die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Mitglieder der Nordatlantikpakt-Organisation konsultiert.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmt mit der sowjetischen Regierung voll überein, daß eine Friedensregelung längst überfällig ist. Aus den der Öffentlichkeit zugänglichen Aufzeichnungen über die Bemühungen seitens der Westmächte, eine Übereinkunft mit der Sowjetunion über die Bedingungen einer solchen Friedensregelung zu erreichen, geht ganz klar hervor, daß es die Sowjetunion war, die jeden Fortschritt blockiert hat. Die Vereinigten Staaten haben erstmalig 1946 vorgeschlagen, daß ein Sonderausschuß eingesetzt werden solle, um einen deutschen Friedensvertrag auszuarbeiten. Sie haben während der seither vergangenen Jahre ihre Anstrengungen fortgesetzt, aber ohne Erfolg, und zwar auf Grund der sowjetischen Bemühungen, bei jeder solchen Regelung für sich und den Sowjetblock auf Kosten eines dauerhaften Friedens besondere Vorteile zu erlangen.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde gern der Erklärung der sowjetischen Regierung Glauben schenken, daß es ihr aufrichtiger Wunsch ist, die Ursachen der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu beseitigen und zu einer konstruktiven, freundschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Dieses Ziel liegt dem amerikanischen Volk und seiner Regierung sehr am Herzen. Dies kam in der Zusammenarbeit während des Krieges zum Ausdruck, und die Vereinigten Staaten waren zutiefst enttäuscht, als die sowjetischen Handlungen nach dem Kriege die Voraussetzungen für eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit zerstörten. Der Abschluß eines deutschen Vertrages in Frieden und Freiheit und auf der Grundlage des frei zum Ausdruck gebrachten Willens des deutschen Volkes würde es der Sowjetunion und den USA allerdings gestatten, der Verwirklichung dieses Zieles bedeutend näher zu kommen.

4. Was Berlin betrifft, so bestehen die Vereinigten Staaten nicht auf der Wahrung ihrer legalen Rechte, nur weil sie etwa wünschen, ihre Anwesenheit dort zu verewigen. Sie bestehen auf ihren legalen Rechten und werden diese gegen alle Versuche verteidigen, sie durch einseitige Maßnahmen aufzuheben, weil die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins von der Aufrechterhaltung dieser Rechte abhängt. Die Unterstützung und Billigung, die die Bevölkerung West-Berlins dem System, unter dem sie lebt, entgegenbringt, sind während der vergangenen Jahre zur Genüge zutage getreten. Die in freien Wahlen ihrer Regierung zuteil gewordene überwältigende Unterstützung ist ein dramatischer Beweis hierfür. Daß die Vereinigten Staaten nicht auf einer bestimmten Vereinbarung bezüglich Berlins bestehen, ist durch die Gesamt-Berlin-Lösung bewiesen worden, die in Genf im Jahre 1959 vorgeschlagen worden ist. Sie haben die Möglichkeit praktisch durchführbarer Vereinbarungen akzeptiert, die darauf abzielen, die gegenwärtige Situation in Berlin zu verbessern, bis die Zeit gekommen ist, da eine Gesamtlösung für das deutsche Problem erreicht werden kann. Sie stellen mit Bedauern fest, daß alle zu diesem Zweck unterbreiteten Vorschläge von der Regierung der Sowjetunion zurückgewiesen worden sind. Die Vereinigten Staaten unterstützen jedoch auch den klar zum Ausdruck gebrachten Wunsch der West-Berliner, daß keine Änderung in dem Status ihrer Stadt vorgenommen wird, die sie auf einmal oder über einen längeren Zeitraum hinweg ganz allmählich der Herrschaft des Regimes aussetzen würde, das gegenwärtig das umliegende Gebiet kontrolliert.

5. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist weiterhin der Ansicht, daß es weder eine wirkliche Lösung des deutschen Problems noch wirkliche Ruhe in Mitteleuropa geben wird, solange nicht das deutsche Volk in Frieden und Freiheit auf der Grundlage des weltweit anerkannten Rechtes der Selbstbestimmung wiedervereinigt ist. Aus dieser Überzeugung heraus haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wiederholt Lösungen für das deutsche Problem vorgeschlagen, die auf diesen Prinzipien basieren — leider ohne eine positive Reaktion der sowjetischen Regierung hervorzurufen.

6. So schlugen sie der sowjetischen Regierung am 14. Mai 1959 den westlichen Friedensplan vor, der in der ganzen Welt als ein konstruktives Angebot begrüßt wurde. Die detaillierten Vorschläge im Friedensplan waren als eine praktische, schrittweise Annäherung an das Problem einer mitteleuropäischen Lösung gedacht, die auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung basiert, zu dem sich die Sowjetunion angeblich bekennt, der aber in auffälliger Weise in den sowjetischen Vorschlägen fehlt.

7. Das sowjetische Aide-mémoire argumentiert, daß die Zeit bereits vorüber sei, da die Situation in Deutschland unverändert gelassen werden könnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß eine Änderung zum Besseren wünschenswert wäre. Aber gleichzeitig ist sicher, daß die Weltmeinung festgestellt hat, daß in dem Jahrzehnt zwischen der Beendigung der sowjetischen Blockade Berlins und der erneuten Berlin-Drohung in der sowjetischen Note vom 27. November 1958 das deutsche Problem den Weltfrieden nicht gestört hat. Und wie die Welt nicht umhin konnte festzustellen, wer für die Störung des Friedens bei jenen Gelegenheiten verantwortlich war, so wird sie ohne Frage jeden Versuch seitens einer der vier Mächte verurteilen, die bestehende Situation in West-Berlin gegen den Willen der anderen drei und gegen den überwältigenden Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung Berlins und Deutschlands, die am direktesten betroffen sind, zu ändern.

8. Um die Maßnahme zu rechtfertigen, die sie zu ergreifen wünscht, behauptet die Regierung der UdSSR, daß ohne einen Friedensvertrag die Gefahr eines Brandes in Europa gegeben sei. Die amerikanische Regierung ist nicht der Ansicht, daß dieses Argument etwas für sich hat. Kleinere Zwischenfälle, die sich in der gegenwärtigen Situation von Zeit zu Zeit ereignen, werden durch die Ausübung jener Viermächteverantwortlichkeiten beigelegt, die als solche den wirksamen Schutz dagegen darstellen, daß sich irgendeine örtliche Verschlimmerung der Situation zu einer wahren Bedrohung des Friedens auswächst.

9. Im Gegensatz zu der in dem sowjetischen Aide-mémoire aufgestellten unbegründeten Behauptung haben die Westmächte energisch die Programme zur Ausmerzung des Nazi-Militarismus, zur Beseitigung der Überreste des Dritten Reiches, zur Verhinderung des Wiederauflebens aggressiver Kräfte und zur Festlegung eines Kurses durchgeführt, mit dessen Hilfe Deutschlande seine Achtung wiedererlangen und eine konstruktive Rolle in internationalen Angelegenheiten spielen konnte. Die Bundesrepublik Deutschland ist der beste Beweis dafür, daß der Westen diese Ziele erfolgreich verwirklicht hat.

10. Die Bundesrepublik akzeptiert im Hinblick auf ihre Außen- und Militärpolitik wesentliche Beschränkungen. Sie hat sich verpflichtet, keine atomaren, chemischen und biologischen Waffen herzustellen, und hat eine internationale Kontrolle akzeptiert, um sicherzustellen, daß diese Verpflichtung auch eingehalten wird. Die gesamten Kampftruppen der Bundesrepublik sind vollständig in die NATO integriert, die lediglich defensive — keine aggressiven — Ziele verfolgt. Die Bundesrepublik versucht weder noch beabsichtigt sie, eine unabhängige nukleare Kapazität zu entwickeln oder Kernwaffen ihrer nationalen Jurisdiktion zu überstellen. Sie sieht ihre berechtigten Verteidigungserfordernisse völlig innerhalb des Rahmen der NATO. Darüber hinaus hat die Bundesregierung öffentlich erklärt, daß die Bundesrepublik nicht die Anwendung von Gewalt beabsichtigt, um die Wiedervereinigung zu erreichen oder die bestehenden Grenzen zu ändern. Sie hat ferner ständig wichtige Schritte unternommen, um sich friedlich und fest in die westeuropäische Gemeinschaft zu integrieren — Maßnahmen, die niemals von einer auf einen militärischen Kurs ausgerichteten Regierung ergriffen würden.

11. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges demobilisierten die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Alliierten ihre militärischen Streitkräfte in der Erwartung einer friedlichen Weltordnung. Die sowjetische Nachkriegspolitik zwang jedoch zur Organisation der militärischen Verteidigung des nordatlantischen Vertragsgebietes. Ohne die bewaffnete Bedrohung Westeuropas wäre die rein defensive Allianz, der sich die Vereinigten Staaten voll verpflichtet haben und an der sich die Bundesrepublik beteiligt, vielleicht niemals geschaffen worden. Die Tatsache, daß die UdSSR ihre einseitigen Ziele in Osteuropa verfolgte, überzeugte die gegenwärtigen Mitglieder der NATO, daß die sowjetische Macht auf jedes Gebiet nach Westen ausgedehnt werden würde, das nicht die

Fähigkeit hätte, sich selbst zu verteidigen. Sollte die UdSSR in ihrer Deutschlandpolitik einseitige Maßnahmen ergreifen, die im Gegensatz zu bindenden internationalen Abmachungen stehen, dann könnten die NATO-Länder solche Maßnahmen nur als eine bewußte Bedrohung ihrer nationalen Interessen interpretieren.

12. Die sowjetische Regierung präsentiert den Westmächten in ihrem Aide-mémoire die Forderung, daß sie ihre Lösung des Deutschlandproblemes akzeptieren. Trotz der Beteuerungen der sowjetischen Regierung, daß sie nicht die Absicht habe, die Interessen der Vereinigten Staaten oder anderer westlicher Mächte zu schädigen, sind die Westmächte weiterhin der festen Überzeugung, daß das Endresultat der sowjetischen Vorschläge nicht nur ihre Interessen, sondern auch die des deutschen Volkes und — da sie den Frieden gefährden — die der gesamten Welt schädigen würde.

13. Die Kehrseite des sowjetischen Standpunktes ist, daß die sowjetische Regierung, sofern die Westmächte ihre deutsche Lösung nicht akzeptieren, versuchen wird, das, was sie will, durch einseitige Maßnahmen zu erreichen.

14. Die sowjetische Regierung droht also damit, ihre friedlichen internationalen Verpflichtungen zu verletzen, einseitig über das Schicksal von Millionen von Deutschen ohne deren Zustimmung zu beschließen und Gewalt gegen ihre Verbündeten aus dem Zweiten Weltkrieg anzuwenden, wenn diese nicht freiwillig ihre Rechte und lebenswichtigen Positionen aufgeben. Die sowjetische Regierung muß erkennen, daß eine solche Handlungsweise nicht nur unannehmbar ist, sondern auch eine sehr ernste Bedrohung des Weltfriedens darstellt, für die sie die volle Verantwortung vor der gesamten Menschheit trägt.

15. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Siegermächte eine Reihe von Abkommen getroffen, um das deutsche Problem zu regeln, und zwar auf der Grundlage des Prinzips, daß die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen eine Angelegenheit für gemeinsame Maßnahmen der Siegermächte seien. Eine Friedensregelung mit Deutschland steht an oberster Stelle unter diesen Fragen. Das Potsdamer Abkommen aus dem Jahre 1945 zum Beispiel spricht von der „Vorbereitung einer Friedensregelung für Deutschland, die von der Regierung Deutschlands akzeptiert werden muß, sobald eine für diesen Zweck geeignete Regierung errichtet worden ist".

16. Nach dem Völkerrecht kann die sowjetische Regierung diese Abkommen nicht einfach ignorieren, um einseitige Vereinbarungen mit einem Teile Deutschlands abzuschließen; noch würde ein solcher Schritt die Rechte der amerikanischen Regierung und der übrigen für die Regelung der deutschen Frage verantwortlichen Regierungen außer Kraft setzen, da diese Rechte eindeutig aus der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands herrühren und nicht von der Sowjetunion gewährt oder mit ihr ausgehandelt wurden. Dies ist wiederholt von der sowjetischen Regierung anerkannt worden und sogar erst noch auf dem Wiener Treffen und in der Rede von Ministerpräsident Chrustschow am 15. Juni 1961. Aus den gleichen Gründen erkennt die Regierung der Vereinigten Staaten auch nicht an, daß ihre Rechte und Verpflichtungen gegenüber Deutschland als ganzem durch einseitige Verhandlungen über Friedensregelungen mit einem Teil oder Teilen Deutschlands beeinträchtigt werden können.

17. Die Verpflichtung, die Einheit Deutschlands zu erhalten, ist von den Siegermächten von Anfang an bekräftigt worden. Sie wurde von der Sowjetunion im Jahre 1955 auf einer Konferenz anerkannt, an der Ministerpräsident Chrustschow teilnahm — in der Genfer Direktive der vier Regierungschefs, die besagt: „Die Regierungschefs (Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten) sind in dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lösung des deutschen Problems und die Wiedervereinigung Deutschlands übereingekommen, daß die deutsche Frage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes . . . gelöst werden sollen."

18. Was die Sowjetunion vorschlägt, falls die drei Mächte ihre Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht formell aufgeben, ist, selbst über das Schicksal Deutschlands durch ein Abkommen mit den Behörden der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik", die nicht frei gewählt, sondern von der Sowjetunion als ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik geschaffen worden sind, zu bestimmen.

19. Durch ihre Unterzeichnung der Charta der Vereinigten Nationen wie auch durch

zahlreiche Erklärungen ist die sowjetische Regierung verpflichtet, das Prinzip der Selbstbestimmung zu respektieren. Aber im Gegensatz hierzu verwehrt sie, indem sie 17 Millionen Ostdeutschen die Freiheit der Wahl vorenthält, dem deutschen Volke als Ganzem die Freiheit der Wahl. Und sie schlägt nunmehr vor, diese Verweigerung durch den Abschluß einer endgültigen Regelung mit einem Regime zu verewigen, das nicht der Repräsentant dieser Menschen ist, das nicht ihr Vertrauen genießt und das praktisch nichts weiter als ihre eigene Schöpfung und eine Erweiterung ihrer Autorität darstellt. Unter diesen Umständen kann der Teil Deutschlands, der diesem Regime untersteht, nicht als ein unabhängiger souveräner Staat betrachtet werden; und ein „Friedensvertrag" mit diesem Teil des Gebietes Deutschlands, der von der sowjetischen Regierung als „Deutsche Demokratische Republik" bezeichnet wird, könnte weder im Völkerrecht Gültigkeit haben, noch könnte er in irgendeiner Weise irgendwie die Rechte der Westmächte beeinträchtigen.

20. Nach der These, die die Sowjets immer wieder dargelegt haben, würde der „separate Friedensvertrag" bei seinem Abschluß die Rechte des Westens in und in bezug auf Berlin auslöschen. Diese Behauptungen sind vom rechtlichen Standpunkt aus gesehen unhaltbar und irreführend, sowohl weil ein solcher separater Vertrag rechtlich unwirksam wäre, als auch weil weder die Sowjetunion noch Ostdeutschland aus den oben dargelegten Gründen die drei Westmächte einseitig ihrer ursprünglichen Rechte in und in bezug auf Berlin berauben können. Die Rechte auf Zugang nach Berlin ergeben sich ganz einfach aus dem Recht der Westmächte, in Berlin zu sein. Die Art und Weise, wie diese Rechte ausgeübt werden, ist in zahlreichen Abkommen zwischen den vier Regierungen definiert worden und wurde von der sowjetischen Regierung im Pariser Abkommen vom 20. Juni 1949 bei der Beendigung der Berliner Blockade sowie jahrelang in der Praxis bestätigt. Sie können nicht einseitig durch irgendeinen Akt der sowjetischen Regierung aufgehoben werden. Wenn eine der vier Mächte sich von diesen Vereinbarungen zurückzieht, dann haben die anderen drei ganz klar die Verpflichtung, in bezug auf die Ausübung ihrer Zugangsrechte solche Vorkehrungen zu treffen, wie sie sie für angemessen erachten.

21. Die Sowjetunion behauptet ferner, daß „ein Friedensvertrag", ob er nun von allen interessierten Parteien unterzeichnet wird oder nicht, dazu führen würde, daß West-Berlin zu einer „entmilitarisierten freien Stadt" wird. Wie sie darlegt, würde dies die Aufhebung der Rechte der westlichen Alliierten in Berlin, einschließlich des Rechtes auf Zugang, mit sich bringen.

22. Die Vereinigten Staaten betrachten die sowjetischen Ansprüche als völlig unbegründet, da dieser einseitige Akt die anderen drei Beteiligten an der gemeinsamen Besatzung Berlins ihrer Grundrechte in der Stadt berauben könnte. — Rechte, die sich — wie bereits betont — aus der Nazi-Kapitulation herleiten und die in bindenden und gültigen Abkommen, deren Partner auch die Sowjetunion ist, zum Ausdruck kommen. Die Abkommen vom 12. September 1944 und vom 1. Mai 1945, in denen die Vereinbarungen bezüglich der Besatzung der Stadt festgelegt wurden, waren gemeinsame Unterfangen der Besatzungsmächte, die alle daraus Rechte und Verpflichtungen erhielten. Die Verpflichtung der Sowjetunion, das normale Funktionieren des Transport- und Verbindungswesens zwischen Berlin und den westlichen Zonen Deutschlands sicherzustellen, wurde in dem Viermächteabkommen vom 20. Juli 1949 erneut bestätigt. Diese Rechtslage wurde also von den vier Mächten gemeinsam geschaffen und kann nicht geändert werden, es sei denn durch die gemeinsame Zustimmung aller vier.

23. Die Vereinigten Staaten möchten bei der Erörterung der rechtlichen Aspekte des Status von Berlin im besonderen wiederholen, daß sowjetische Bezugnahmen auf Berlin als auf dem Gebiet der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik" liegend, vollkommen jeder Grundlage entbehren. Dies kann leicht und eindeutig durch einen Verweis auf die beigefügte Kopie des Protokolls vom 12. September 1944 festgestellt werden. Das Protokoll stellt klar, daß Berlin weder Teil des Territoriums ist noch in dem Territorium liegt, das von einer der Mächte auf Grund des Abkommens als Zone besetzt werden sollte. Was im besonderen das Gebiet anbetrifft, das jetzt die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik" darstellt, so stellt das Protokoll eindeutig fest, daß ein im einzelnen angegebenes, seinen Grenzen nach genau festgelegtes Gebiet „von den bewaffneten Streitkräften der Sowjetunion besetzt werden wird — ausgenommen das

Gebiet von Berlin, für das ein besonderes Besatzungssystem wie unten angeführt vorgesehen ist". Das Protokoll gibt im folgenden eindeutig an, daß „das Gebiet von Berlin gemeinsam von Streitkräften der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion besetzt werden wird, die von dem jeweiligen Oberbefehlshaber abgestellt werden". Die sowjetische Regierung hat das Protokoll am 6. Februar 1945 gebilligt und seitdem hat es keine rechtlichen Änderungen des besonderen Status von Berlin gegeben.

24. Die Sowjetunion behauptet, daß die „Freie Stadt" West-Berlin in der Lage sein würde, ihre Verbindungen mit der Außenwelt ungehindert aufrechtzuerhalten und ihre innere Ordnung durch den frei geäußerten Willen ihrer Bevölkerung zu bestimmen. Da die „Freie Stadt" jedoch praktisch inmitten der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik" isoliert sein würde, die entsprechend dem sowjetischen Vorschlag alle Zugangswege nach und von der Stadt kontrollieren würde, ist es wichtig, die erklärten Absichten der Führer dieses Regimes in bezug auf West-Berlin zu prüfen.

25. Die Vereinigten Staaten weisen insbesondere auf die Erklärungen hin, die Herr Ulbricht am 15. Juni machte und in denen er klarstellte, daß sein Regime versuchen würde, den Flugplatz Tempelhof — West-Berlins Hauptflugplatz und wichtiger Teil seiner Verbindung mit der Außenwelt — zu schließen. Darüberhinaus teilte Herr Ulbricht mit, daß es als eine „Selbstverständlichkeit" ansehe, daß die Flüchtlingslager in West-Berlin geschlossen würden. Diese Lager werden von West-Berlin für den ständigen Strom von Flüchtlingen aufrechterhalten, die aus Ostdeutschland fliehen und aus Ulbrichts Erklärung wird das Ausmaß deutlich, in dem sich sein Regime — wo immer dies seinen Zielen dient — in West-Berlin einzumischen gedenkt. Angesichts solcher Erklärungen ist es nicht verwunderlich, daß weder die West-Berliner noch die Westmächte durch die Beteuerungen friedlicher Absichten zufriedengestellt werden. In diesem Zusammenhang ist es angebracht zu fragen, warum sich die Sowjetunion dazu entschlossen hat, die Frage überhaupt aufzuwerfen, wenn sie nicht eine grundlegende Änderung in West-Berlin im Sinne gehabt hätte.

26. Es ist offenkundig, daß der gegenwärtige Status der Stadt, den die Sowjetunion als ein „Besatzungsregime" zu charakterisieren beliebt, das „sich selbst überlebt hat", in Wirklichkeit eine Regelung ist, die — angesichts der bestehenden anomalen Teilung Deutschlands — keinerlei Bedrohung des Friedens darstellt. Versuche der Sowjetunion, diese Regelung in der Verfolgung ihrer politischen Ziele zu zerschlagen, gefährden mit Sicherheit gerade den Frieden, in dessen Namen die sowjetischen Schritte unternommen werden. Was die Natur dieser Ziele in Berlin selbst angeht, ist es bedeutsam, daß die Sowjetunion, die vormals Ost-Berlin besetzt hatte und dessen Viermächtestatus durch die dortige Errichtung einer angeblichen „DDR"-Regierung verletzt hat, nunmehr vorschlägt, daß ihre Truppen zu denen gehören, die in einer „Freien Stadt" West-Berlin stationiert werden sollen. Die Sowjetregierung möchte auf diese Weise versuchen, ihren Nachkriegsmachtbereich durch die Einbeziehung des Ostsektors von Berlin auszuweiten und das Viermächteprinzip von ganz Berlin auf den westlichen Teil der Stadt allein zu verlagern.

27. Der unmittelbare Anlaß für diese Bedrohung des Friedens ergibt sich aus der von der Sowjetregierung angekündigten Absicht, den drei Westmächten de facto eine Situation zu präsentieren, die auf der unrichtigen Behauptung basiert, daß sie nicht länger berechtigt seien, in Berlin zu bleiben oder freien Zugang nach Berlin zu haben. Ein solches Vorgehen könnte zu höchst gefährlichen Entwicklungen führen und wäre rechtlich wirkungslos. Die Vereinigten Staaten erachten die Ausübung ihrer Rechte gemeinsam mit ihren britischen und französischen Verbündeten zur Aufrechterhaltung der Freiheit von mehr als zwölf Millionen Menschen in West-Berlin als eine fundamentale politische und moralische Verpflichtung.

28. Die internationale Auseinandersetzung, die sich aus den sowjetischen Ansprüchen ergäbe, würde die ernstesten Auswirkungen auf den Weltfrieden und die Sicherheit haben und das Leben und Wohlergehen von Millionen von Menschen in Gefahr bringen. Von seiten der direkt beteiligten Nationen wäre es unverantwortlich, nicht alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um eine solche Auseinandersetzung auf friedliche Weise beizulegen.

29. Wie in der Vergangenheit, wird die Regierung der Vereinigten Staaten immer bereit sein, im Einvernehmen mit ihren Verbündeten eine in freien Verhandlungen erzielte

Regelung der ungelösten Deutschlandprobleme in Betracht zu ziehen. Ein solches Abkommen müßte im Einklang mit dem Prinzip der Selbstbestimmung und den Interessen aller Beteiligten stehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihrerseits niemals in Erwägung gezogen, die Sowjetunion vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie hofft, daß auch die sowjetische Regierung ihrerseits von dem Gedanken einer solchen Handlung Abstand nehmen wird, die — wie bereits festgestellt — unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde. Sie erachtet es als notwendig, die Sowjetregierung mit allem Nachdruck vor den ernsten Gefahren einer solchen Handlungsweise zu warnen und ihrer Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß die sowjetische Regierung, wie dies die Regierung der Vereinigten Staaten tut, vielmehr auf die Schaffung von Bedingungen abzielen wird, auf deren Grundlage eine echte und friedliche Beilegung der anstehenden Probleme erreicht werden kann.

30. Frieden und Freiheit sind weder leere Worte, noch können sie durch Worte oder Versprechen allein erreicht werden. Sie sind Ausdruck einer Sachlage.

31. Eine Stadt wird dadurch nicht frei, daß man sie einfach als frei bezeichnet. Wenn eine Stadt oder ein Volk frei sein soll, dann setzt dies voraus, daß ihnen ohne wirtschaftlichen, politischen oder polizeilichen Druck die Gelegenheit gegeben wird, ihre eigene Wahl zu treffen und ihr eigenes Leben zu leben. Die Bevölkerung West-Berlins hat heute diese Freiheit. Es ist das Ziel unserer Politik, daß sie sie auch weiterhin behält.

32. Der Friede kommt nicht automatisch mit einem „Friedensvertrag". Es herrscht heute Friede in Deutschland, obwohl die Situation „anomal" ist. Ein „Friedensvertrag", der das Leben und die Rechte von Millionen nachteilig beeinflußt, wird keinen Frieden bringen. Ein „Friedensvertrag", der versucht, die feierlichen Verpflichtungen von drei Großmächten nachteilig zu beeinflussen, bringt keinen Frieden.

33. Es besteht kein Grund für eine Krise wegen Berlins. Wenn sich eine entwickelt, dann deshalb, weil die Sowjetunion versucht, die Grundrechte anderer anzutasten. Die ganze Welt wird klar erkennen, daß der Mißbrauch solcher Worte wie „Friede und Freiheit" die Drohung nicht verbergen kann, die Spannung bis zum Gefahrenpunkt zu erhöhen und die Freiheit jener zu unterdrücken, die sich ihrer heute noch erfreuen."

Nach: FAZ v. 20. VII. 61.

„Washington Post" warnt vor Mobilisierung

Die „Washington Post" schrieb, der Westen müsse jeden notwendigen Schritt unternehmen, um einer Aggression im Zusammenhang mit der Berlin-Frage widerstehen zu können. Eine Mobilisierung um ihrer selbst willen müsse aber vermieden werden. „Es ist eine Sache, die harten Tatsachen zu erkennen und eine andere Sache, sich von ihnen verwirren zu lassen. ... Eines der Lieblingsmittel der Diplomatie des letzten Jahrhunderts war die ‚Mobilisierung'. Dadurch sollte das Vaterland geeinigt, der Gegner gewarnt und der Kriegsapparat gestärkt und in Bewegung gesetzt werden. Normalerweise beschritt eine Nation damit einen Weg, den keine Diplomatie mehr ändern konnte, wenn er einmal beschritten wurde."

DAP aus Washington, 4. VII. 61.

Walter Lippmann zum Berlin-Problem

Die grundlegende amerikanische Position war immer die, daß das Problem Berlins endgültig nur gelöst werden kann, wenn West- und Ostdeutschland wieder vereinigt werden, und wenn Berlin als Ganzes die Hauptstadt von Deutschland wird. Dann gäbe es kein Zufahrtsproblem, denn die Straßen, die Kanäle und die Luftwege lägen alle innerhalb von einem Deutschland. Dann gäbe es kein Freiheitsproblem, denn alle Berliner hätten dieselben Rechte wie alle anderen Deutschen.

Unglückseligerweise aber gibt es keine auch nur irgendwie sichtbare Möglichkeit, die zwei Deutschlands zu vereinigen. Sie haben getrennt 15 Jahre lang existiert, und in dieser Zeit hat fast das ganze Europa auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges bestimmte Entwicklungen durchgemacht, die sich einer Wiedervereinigung widersetzen. Das sind naturgemäß die Sowjetunion und alle ihre Satelliten, vor allem Polen und die Tschechoslowakei, die ein Deutschland mit einer 80-Millionen-Bevölkerung, bewaffnet und verbündet mit den Vereinigten Staaten, als tödliche Gefahr betrachten. Aber sie sind nicht allein. Tatsache ist, daß Frankreich und England als Ziel einer nicht offiziell publik ge-

machten, aber entschieden nationalen Politik, die Vereinigung der zwei Deutschlands zu verhindern wünschen. Die glühende Idee der „Europäischen Einheit" enthält als eine ihrer allerwichtigsten Absichten die Einbeziehung von Westdeutschland in Westeuropa, um die Gefahr eines unabhängigen, vereinigten, bewaffneten und abenteuerlustigen Deutschland zu eliminieren.

Da die Sowjetunion die Wiedervereinigung von Deutschland nicht zulassen wird, und da es in diesem Punkt die unausgesprochene Unterstützung von praktisch ganz Westeuropa hat, einschließlich eines sehr erheblichen Prozentsatzes der Westdeutschen, gibt es keine Aussicht, das Berlin-Problem nach der klassischen amerikanischen Formel zu lösen.

Das ist die Realität, innerhalb derer das Problem von Westberlin heute betrachtet werdenmuß. Es gibt Leute, die sagen, daß keinerlei Problem bestünde, wenn Chrustschow nicht absichtlich und unnötigerweise eines geschaffen hätte. Ich fürchte, sie haben das Problem nicht völlig verstanden. Denn während die Kommunisten den status quo in Berlin nicht mögen — Schaukasten, Propaganda, Spionagezentrum und Flüchtlingsherberge — macht er dem Westen auch beträchtliches Kopfzerbrechen. Als Zeugen werde ich den deutschen Botschafter in Washington, Dr. Wilhelm Grewe, zitieren, und zwar aus seinem offiziellen Kommentar zur Genfer Konferenz des Jahres 1959.

Nachdem er darüber Betrachtungen angestellt hat, daß kein Kompromiß auf einer Verhandlungsbasis möglich ist, sagt Dr. Grewe: „Im besten Falle wäre die einzige Möglichkeit ein stillschweigendes Übereinkommen, wonach jede Seite den Partner wissen ließe, daß die Lage in Berlin als unveränderlich akzeptiert wird, auf der einen Seite durch die weitere Anwesenheit westlicher Truppen, auf der anderen, in der Sowjetzone, durch die fortgesetzte Existenz des Ulbricht-Regimes." Das bedeutet die Erhaltung des status quo, der, wie so viele uns wissen lassen, unser Ziel sein sollte.

Aber was sagt der deutsche Botschafter über dieses Ziel? „Wenn der Westen sich einigen würde, dann würde auch dieses nicht zu einem echten Kompromiß führen, sondern eher zum Anfang einer Kapitulation. Auf weite Sicht ist Westberlin unhaltbar, wenn seine Bevölkerung zu der Schlußfolgerung kommen muß, daß der Westen in Wirklichkeit die Teilung Deutschlands akzeptiert hat."

Diese letzte Bemerkung berührt den Kern des Problems. Westberlin, sagt der deutsche Botschafter, kann auf weite Sicht nicht gehalten werden, wenn die Bevölkerung zu der Überzeugung kommt, daß der Westen die Teilung Deutschlands akzeptiert hat. Warum nicht? Offenbar weil viele der Berliner nach dem Westen auswandern werden, und andere werden nach Osten gehen. Es ist diese Anerkennung der Teilung Deutschlands, die Chrustschows wichtiges Ziel ist. Der Botschafter mag recht haben, und wenn das, was wir tun können, nur darin besteht, daß wir fest in unserer Haltung verharren, dann kann man ziemlich sicher sein, daß der Pessimismus des Botschafters sich als berechtigt erweisen wird.

Aber es gibt wirklich keinen entscheidenden Grund, warum wir eine so verzweifelte Schlußfolgerung akzeptieren sollten. Denn, wenn der deutsche Botschafter recht hat, so riskieren wir einen Atomkrieg, um eine Situation beizubehalten, in der ohnehin „Westberlin auf weite Sicht unhaltbar wird".

Es wäre eine weisere Politik, wie mir scheint, die Tatsache anzuerkennen, daß in einer unbegrenzten Zukunft die zwei Deutschlands nicht zusammen kommen werden, und darauf zu bestehen, als Bestandteil einer positiven westlichen Politik, nicht als eine peinliche Konzession an die Sowjets, daß neue Garantien ausgearbeitet werden, dieser neuen Situation entsprechend, Garantien, unter denen Westberlin vertrauensvoll und in Freiheit bis zu dem, jetzt so fernen Tage existieren kann, wenn es wieder die Hauptstadt von Deutschland sein wird.

Ich bin überzeugt, die Tatsache, daß der Präsident sich zu solch einer positiven Einstellung nicht entschlossen hat, bedeutet, daß er die Initiative in deutschen Angelegenheiten Chrustschow überlassen hat. Wenn er nichts in Deutschland zu tun wünscht als nichts zu tun, wird der Präsident die Macht verlieren, den Kampf zu dirigieren und zu kontrollieren, Gewalt anzuwenden oder, in geschickter Weise, die Drohung von Gewaltanwendung, um wirkliche Resultate zu erzielen.

Aufbau (New York) v. 7. VII. 61

Lippmann rät zum Nachgeben in der Berlin-Frage

Der amerikanische Publizist Walter Lippmann hat sich für eine De-facto-Anerkennung der Sowjetzone und für Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Verbesserung der Rechtsgarantien für West-Berlin ausgesprochen. Lippmann sagte in einem Interview, das auch vom Deutschen Fernsehen übertragen wurde, er wisse aus seinem Gespräch mit Chrustschow, daß dieser zu Verhandlungen bereit sei. Eine De-facto-Anerkennung der Sowjetzone sei erforderlich, weil ein Vertrag, der die Rechte der Alliierten in Berlin und für die Zufahrtsstraßen sichere, sowohl von der Bundesrepublik als auch von der Sowjetzone unterzeichnet werden müsse. Bei den Verhandlungen müsse erreicht werden, daß die Berliner ihre Fähigkeit, sich selbst zu regieren, und alle politischen und geistigen Kontakte mit der westlichen Welt behalten.

Deutsche Zeitung v. 18. VII. 61.

Wallstreet begrüßt neue Aufrüstung ...

Die ersten positiven Kommentare zu der Rundfunk- und Fernsehansprache Kennedys kamen im übrigen nicht nur von dem „Mann auf der Straße", sondern auch aus amerikanischen Wirtschaftskreisen. Die Geschäftswelt sieht in dem von Kennedy proklamierten und inzwischen dem Kongreß vorgelegten Ausrüstungsprogramm die Gewißheit dafür, daß die Konjunktur mindestens bis Mitte 1962 gut bleiben und daß der sowieso bereits zurückgegangenen Inflation endgültig ein Ende bereitet wird. Nach Wochen progressiver Baisse-Stimmung zeigt sich in Wall-Street bereits eine erhebliche Hausse. In der verstärkten Einziehung junger Amerikaner verspricht man sich außerdem eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes, der zur Zeit immer noch fünf Millionen Arbeitslose aufweist.

Frankfurter Rundschau v. 28. VII. 61

Die politische Hypothek der westdeutschen Atombewaffnung

Wie groß ist der diplomatische Manövrierraum in Berlin? Die Berater Kennedys prüfen diesen Raum nicht nur von westlicher Seite, sondern versuchen auch abzuschätzen, welche Bewegungsfreiheit Chrustschow nach all seinen Reden geblieben ist. Denn von Genf sind in Washington Versuchsballons aus Moskau nahestehenden diplomatischen Kreisen eingeflogen, nach denen die Möglichkeit einer Änderung und Verlangsamung seiner Berlinpläne bestünde, falls der Westen der Bundeswehr Atomwaffen verweigern würde.

Diese Diplomaten erklären, daß die mögliche Bewaffnung Westdeutschlands mit Atomwaffen einer der Hauptfaktoren hinter Chrustschows Druck auf Endregelung der Deutschlandfrage sei.

Die Tat (Zürich) v. 4. VII. 61.

Jules Moch: Provisorische Regelung möglich

Die DDR anzuerkennen, sie in die UNO eintreten zu lassen zur gleichen Zeit wie die Bundesrepublik, erschwert also nicht die Teilung. Sollte das deutsche Volk eines Tages seine Einheit wiederfinden, so würde die vorhergehende Anerkennung der beiden Deutschland dem nicht mehr widersprechen, als die Annexion Syriens durch Ägypten die Mitwirkung der Vereinigten Arabischen Republik in der internationalen Völkerfamilie verhindert hat: es genügte die Beseitigung einer der beiden Botschaften von dritten Staaten und eines Sitzes in den Vereinten Nationen!

Man muß sogar noch weitergehen und behaupten, daß eine provisorische Regelung — ist nicht alles provisorisch in moderner Politik? — möglich ist, die einen Streitfall, der die internationale Atmosphäre vergiftet, in einen für beide Teile annehmbaren Vertrag verwandelt und die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen erlaubt.

In: Le Figaro (Paris) v. 4. VII. 61.

Liddel Hart: „Gefährlicher Wahnsinn"

Der Plan, eine alliierte Kolonne auf den Weg nach Berlin zu schicken in der Hoffnung, daß dieser Beweis von Stärke die Russen zum Nachgeben bewegen wird, ist ein gefährlicher Wahnsinn. Er kann nur zu einem schnellen Mißerfolg führen, der die Westmächte vor die Wahl eines entehrenden Rückzugs oder eines Absturzes in eine noch

schlimmere Katastrophe stellen wird. ... Die einzige Hoffnung der Alliierten besteht nicht mehr darin, eine neue Frist zu bekommen, sondern einen Gesamtvertrag auszuhandeln, der es ihnen erlaubt, aus der Berliner Falle herauszuschlüpfen.

In: L'Expreß (Paris) v. 13. VII. 61.

Senator Humphrey (USA): Chrustschow braucht die Abrüstung

Ich habe eine sehr persönliche These über Chrustschow. Er braucht die Abrüstung. Wie Sie wissen werden, habe ich mit ihm sehr lange gesprochen. Ich finde, daß er eine außerordentliche Persönlichkeit ist. Die für die Westmächte und besonders für uns Amerikaner überraschendste Tatsache ist, daß wir zum erstenmal und fast vollständig einen kommunistischen Staatsmann trotz der ideologischen Schranken verstehen können. Warum? Weil es ein Mann ist, der sich plötzlich einer fast demokratischen, auf jeden Fall demokratisierten Lage gegenübergestellt sah, die er nicht mit diktatorischen Mitteln lösen will. Der Irrtum unserer amerikanischen Fachleute der russischen Politik ist immer der gleiche: Man hat das stalinistische Bild Rußlands, das einer blutigen Diktatur, beibehalten, eines nahtlosen Blocks, wo ein Mann allein herrscht. Das alles wird von Tag zu Tag verrückter.

In: L'Expreß v. 13. VII. 61.

Ein Volk zweiter Klasse?

Sind die Schweizer, die Schweden oder die Österreicher Völker zweiter Klasse? Wenn man den Bundeskanzler auf Wahlversammlungen hört, könnte man es fast annehmen. Wir Deutsche jedenfalls wären nach seinen Worten ein Volk zweiter Klasse, wenn man uns militärisch neutralisieren würde. ...

Damit tut Adenauer wieder einmal genau das, was unsere Politik unglaubwürdig und verdächtig macht. Er tut so, als ob wir Deutschen uns nur dann erstklassig fühlen, wenn wir ein Gewehr in der Hand haben und wenigstens am Sandkasten Krieg spielen dürfen. In der seit langem kritischsten Zeit der Weltpolitik liefert er den Sowjets neuen Stoff für ihr Mißtrauen uns gegenüber und macht es unseren Verbündeten doppelt schwer, die um Deutschland entfachte Krise einzudämmen.

Außerdem: wer den Regierungschef so reden hört, muß Neutralität für die dümmste, schrecklichste, armseligste Politik halten, nicht wert, sich mit dem Gedanken daran überhaupt nur zu befassen. Bringt Adenauer mit solchen Argumenten unser Volk nicht auf einen falschen Weg? Impft er damit einem großen Teil der Bevölkerung nicht ein Denken ein, das schon einmal verhängnisvoll für uns wurde, jenes Denken, wonach nur Waffen und militärische Macht einem Land Glanz, Ansehen und Erfolg verschaffen können?

Bleiben wir lieber auch im Wahlkampf bei der Wirklichkeit, wenigstens in den großen Fragen der Außenpolitik. Der Bundeskanzler und seine Partei mögen eine Neutralisierung Deutschlands für nicht wünschenswert, sie mögen sie für falsch halten. Aber selbst wenn sie im Rahmen einer allgemeinen Lösung der Deutschlandkrise als letzter Ausweg käme — wir Deutschen wären dann um keinen Grad weniger, als wir heute sind, auf keinen Fall wären wir deshalb ein Volk zweiter Klasse.

Voluntas, Abendzeitung (München) v. 15./16. VII. 61.

Die Befürchtungen und Absichten Moskaus

Es ist in der Tat so, daß die sowjetische Politik heute auf die Zementierung der Zweiteilung Deutschlands hinausläuft. Das jedoch ist in russischen Augen lediglich die unausweichliche Folge der von der Bundesrepublik betriebenen Bündnis- und Militärpolitik. Man mag von deutscher Sicht aus bestreiten, daß die deutsche Politik eines Tages wieder zu einer gewaltsamen Lösung der ihr aufgegebenen Probleme hindrängen werde, aber man wird zugeben müssen, daß angesichts der in der Bundesrepublik am laufenden Bande fabrizierten Kraftsprüche solche Befürchtungen aufkeimen können. Sie sind schließlich nicht nur in Rußland lebendig, sondern sie regen sich auch im Westen zuweilen.

In diesem Zusammenhang ist für Chrustschow Berlin nur der Hebel, um zu dem Ziel einer Anerkennung der heutigen sowjetischen Stellung in Europa zu kommen. Er hofft,

durch das Hochspielen der Berlin-Frage die Westmächte dazu bringen zu können, den deutschen Wiedervereinigungsbestrebungen und dem deutschen Verlangen nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze künftig kein Gehör mehr zu schenken. Da er ohne eine solche Sicherung offenbar die Katastrophe eines Atomkrieges als nahezu unvermeidlich betrachtet, wird er in seinem machtpolitischen Einsatz sehr weit gehen. So hat er bereits auf die breit angelegte Diskussion militärischer Pläne zur Sicherung der Zugangswege nach Berlin in der amerikanischen Presse mit einer Erhöhung des sowjetischen Militärbudgets und einem Stop der geplanten Reduzierung der Truppenstärke zu reagieren für nützlich gehalten. Die Amerikaner haben daraufhin ähnliches beschlossen.

Der Automatismus vorbereitender Militärmaßnahmen hat also zu laufen begonnen. Es kann der Augenblick kommen, wo sich dieser Automatismus als stärker erweist als diejenigen, die ihn zu steuern vermeinen. „Kein Krieg oder das ganz große Risiko", hat unser Verteidigungsminister gemeint. In der Tat, auf einen Krieg mit konventionellen Waffen würde sich der Westen nicht einlassen können, da die Sowjets in diesen Waffen zu stark sind. Leider werden wir im anderen Falle, nämlich in dem eines Atomkrieges, den Sieg der Freiheit nicht mehr mitfeiern können.

Sipax, Nürnberger Nachrichten, v. 15./16. VII. 61.

Moskaus Sicherheitsbedürfnis und die Deutschland-Frage

Wie sehr die Deutschlandfrage den Sowjets auf den Nägeln brennt, hat erst jetzt wieder eine außenpolitische Betrachtung in der partei-theoretischen Zeitschrift „Kommunist" bestätigt. Danach ist Moskau ernstlich beunruhigt über das wachsende militärische Potential Bonns und das erfolgreiche Vordringen der Bundeswehrgeneralität in Schlüsselpositionen der NATO. Alarmierend hat in Moskau auch der Versuch der Bundeswehrführung gewirkt, sich — wie man es hier sieht — durch die Anlage eines weitverzweigten Netzes von Stützpunkten und Übungsplätzen ein strategisches Hinterland zu schaffen, das der Operationsfreiheit der Bundeswehr im Ernstfall genügend Raum sichert und dadurch das Sicherheitsrisiko für die Sowjetunion beträchtlich erhöht.

Eine realistische Lagebeurteilung, wie sie derzeit in denjenigen westlichen Kreisen Moskaus angestellt wird, die in die Planung und Vorbereitung der Deutschlandpolitik des Westens eingeschaltet sind, müsse demnach von der Existenz eines sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses ausgehen, heißt es. Die sich seit dem Wiener Treffen Kennedys mit Chrustschow abzeichnende Verhärtung der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage, die sich — wie die jüngste Äußerung von Gromyko zeigt — bis zur Androhung militärischer Konfliktmöglichkeiten an der Zonengrenze zu steigern vermag, hat in diesen Kreisen Überlegungen ausgelöst, welche Minimalforderungen für den Kreml in der deutschen Frage unverzichtbar sein könnten.

Frankfurter Rundschau v. 19. VII. 61.

Kritik an Adenauers Einfluß

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, Fulbright (Demokrat), hat sich am Sonntag dagegen gewandt, daß ausländische Staatsmänner, unter ihnen Bundeskanzler Adenauer und der nationalchinesische Staatschef Tschiang Kai-schek, die amerikanische Außenpolitik angeblich zu stark beeinflussen. Es sei so weit gekommen, daß „gewisse Interessen" in vielen Fällen die amerikanische Außenpolitik beherrschen. Zu Berlin sagte Fulbright, wenn Chrustschow einen Separatfrieden mit der Sowjetzone schließe, brauche dies nicht unbedingt die amerikanischen Rechte beeinträchtigen. Wenn aber eine willkürliche Einmischung in den amerikanischen Verkehr nach Berlin versucht wird, sollten angemessene Maßnahmen unternommen werden, um die amerikanischen Rechte zu schützen und zu verfechten.

FAZ v. 24. VII. 61

Senator Fulbright fordert Berlin-Verhandlungen

Der Vorsitzende der außenpolitischen Senatskommission, William Fulbright, forderte die Westmächte am Sonntag auf, im Hinblick auf Verhandlungen über die Berlin-Krise die Initiative zu ergreifen. In einer Fernsehansprache betonte Fulbright, er glaube zwar nicht, daß es Ministerpräsident Chrustschow wegen der Berlin-Frage zu einem Atomkrieg kommen lassen wolle, doch weise nichts darauf hin, daß Chrustschow mit seinen

Drohungen, die westlichen Alliierten aus Berlin zu vertreiben, nur bluffe. Heftig kritisierte Fulbright „jene Leute, die nichts von Verhandlungen wissen wollen, da für sie Verhandlungen einem ‚Appeasement' gleichkämen." Eine solche Haltung sei unvereinbar „mit unserer nationalen Philosophie, wonach Verhandlungen Teil der Gesamtpolitik sind".

Als mögliche Verhandlungsgrundlagen über Berlin erwähnte Fulbright:

1. Den Vorschlag des regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, wonach eine Berlin- und Deutschland-Konferenz aller 52 Staaten einberufen werden sollte, die gegen Deutschland Krieg geführt hatten; 2. die Vorschläge von Senator Mike Mansfield für eine „Neutralisierung" ganz Berlins unter Aufrechterhaltung der freien Verbindungswege Berlins nach dem Westen; 3. den Rapacki-Plan eines stufenweisen „Auseinanderrückens" der Streitkräfte der Sowjetunion und des Westens in Mitteleuropa.

Fulbright kritisierte, daß der Westen bisher Chrustschow gegenüber nur mit einem „Nein" geantwortet habe, ohne Gegenvorschläge vorzulegen.

Basler Nachrichten v. 1. VIII. 61

Russell: „Die Zeit drängt"

Mit der Begründung: „Die Zeit drängt", hat der greise britische Philosoph und Schriftsteller Lord Bertrand Russell eine weltweite Kampagne gegen die atomare Rüstung gefordert. Nach Ansicht des 89jährigen Philosophen wird die Menschheit durch die gegenseitigen Beschimpfungen zwischen den West- und den Ostmächten darauf vorbereitet, einen Atomkrieg „stillschweigend hinzunehmen". Nur durch eine umfassende Protestbewegung aller „vernünftigen Männer und Frauen" könne das „wahnwitzige Treiben" der Regierungen aufgehalten werden.

FAZ v. 25. VII. 61

Linus Pauling für Neutralisierung Deutschlands

Der durch seine Anti-Atomwaffen-Kampagne bekannt gewordene amerikanische Nobelpreisträger Professor Linus Pauling hat sich in einer „Weltumfrage" des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" für eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen. Mit Deutschland müsse unverzüglich ein Friedensvertrag geschlossen werden, der zu seiner Entmilitarisierung „wahrscheinlich zusammen mit Polen, der Tschechoslowakei und anliegenden Gebieten" führe. Die Abrüstung ganz Deutschlands würde auch die Ausbreitung von Kernwaffen auf „andere Nationen und Gruppen von Nationen" verhindern helfen. Aus dem „Neuen Deutschland" geht hervor, daß der amerikanische Wissenschaftler einen Friedensvertrag auf der Grundlage des Status quo meint.

Stuttgarter Zeitung v. 26. VII. 61.

Ghana unterstützt die sowjetische Deutschland-Politik

Der Präsident von Ghana, Nkrumah, hat während seines Staatsbesuches in Moskau weitgehend dem sowjetischen Standpunkt in den Weltfragen zugestimmt. Das geht aus dem Kommuniqué hervor, das am Mittwoch nach der Abreise Nkrumahs nach Warschau in der sowjetischen Presse veröffentlicht worden ist. Eine Übereinstimmung der Ansichten besteht nicht nur in Sicherheitsfragen, der Abrüstung, der Koexistenz und der Beseitigung des Kolonialismus. In der Aufzählung wird auch ein Punkt erwähnt, den das Kommuniqué als „Liquidierung potentieller friedensgefährdender Herde der internationalen Spannung" umschreibt. An einer anderen Stelle wird erläutert, Ghana bringe dem Vorschlag der Sowjetregierung über einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Regelung der Berliner Frage Verständnis entgegen. Zum ersten Male hat sich damit ein nicht dem kommunistischen Block angehöriger Besucher in Moskau in der deutschen Frage hinter die Sowjetunion gestellt. Weder der indonesische Präsident Sukarno noch andere neutrale Staatsmänner haben sich bei ihren Besuchen in der Sowjetunion zu öffentlichen Stellungnahmen über innereuropäische Streitfragen bewegen lassen.

FAZ v. 27. VII. 61.

Mali-Regierung gab Empfang für den Generalsekretär der Ost-CDU

Der schon mehrfach als „diplomatischer Sonderbotschafter" eingesetzte Ost-CDU-Generalsekretär und stellvertretende Staatsratsvorsitzende der DDR, Gerald Götting, be-

findet sich auf einer Rundreise durch die jungen afrikanischen Nationalstaaten. Götting ist, wie erst jetzt bekanntgegeben wurde, von dem Präsidenten der Mali-Föderation, Keita, empfangen worden, der eine Einladung zu einem offiziellen Staatsbesuch in die DDR annahm. Auch die Regierung der Republik Mali gab Götting zu Ehren einen offiziellen Empfang, obwohl die DDR in Mali lediglich eine Handels- und Wirtschaftsmission unterhält. Die Rundreise wird Götting auch zu Albert Schweitzer führen, mit dem ihn seit seinem Besuch im Vorjahr freundschaftliche Beziehungen verbinden.

Frankfurter Rundschau v. 27. VII. 61.

Britischer Historiker empfiehlt Anerkennung der DDR

Der britische Historiker A. J. Taylor hat jetzt den deutschen „Revisionismus" als die wahre Quelle der Spannungen der Großmächte über Berlin und Deutschland bezeichnet. Taylor, der sich in einem Artikel in der Zeitung „Sunday Express" äußerte, vertrat die Ansicht, daß die Sowjetunion und der Westen nicht eigentlich über West-Berlin, sondern über Mitteldeutschlaind entzweit seien. Den Ausweg aus der gefährlichen Zuspitzung der ost-westlichen Spannungen und den Preis für die weitere Sicherheit Berlins sieht Taylor in einer Anerkennung der DDR. Adenauer blockiere mit seiner Wiedervereinigungspolitik die Handlungsfreiheit der Westmächte: „Wir sind alle Sklaven Dr. Adenauers."

Frankfurter Rundschau v. 1. VIII. 61

CIA wird umorganisiert

Wie die amerikanische Zeitung New York Herald Tribune erfahren haben will, werden Mitglieder des amerikanischen Geheimdienstes (CIA) zur Zeit „unauffällig aus amerikanischen Botschaften im Ausland abgezogen". Diese Maßnahme, so berichtet die Zeitung, sei Teil einer Umbildung, die Präsident Kennedy nach einer vertraulichen Unterredung mit seinem neuernannten Militärbeauftragten, General Taylor, geplant haben soll. Bisher hätten die CIA-Agenten unter „diplomatischer Deckung", meist sogar ohne Kontrollmöglichkeiten durch die Botschafter, im Ausland gearbeitet. Das habe oft zu Komplikationen in den Botschaften geführt. Der Abzug jener Geheimagenten bedeute jedoch nicht, daß die CIA ihr Tätigkeit im Ausland einstelle. Ihre Vertreter müßten sich lediglich eine andere „Tarnung" suchen.

Deutsche Zeitung v. 3. VII. 61.

Bonn kauft Pershingrakete

Das amerikanische Verteidigungsministerium bestätigte am Dienstag, daß das Bundesverteidigungsministerium schon vor einiger Zeit einen Lieferauftrag für die neue amerikanische Pershing-Rakete erteilt hat. Der Liefertermin ist noch ungewiß, weil die Rakete noch nicht voll entwickelt ist. Verteidigungsminister Strauß rechnet mit der Lieferung Ende 1962 oder Anfang 1963. Die Höhe des Auftrags beläuft sich auf 120 Millionen Dollar (480 Millionen DM). Die Pershing ist eine Feststoff-Rakete und soll bei geringerem Gewicht als die zur Zeit in der Bundesrepublik von den USA stationierte Redstone-Rakete mit bis zu 700 Kilometern auch eine größere Reichweite haben. Nach Angaben von Experten ist sie nur mit Atomköpfen zu verschießen.

Kölner Stadtanzeiger v. 26. VII. 61

Demnächst anzuwenden ...

Wegen des Gesetzes zur Änderung des Bundesevakuiertengesetzes und des Änderungsgesetzes zum Bundesleistungsgesetz rief der Bundesrat den Vermittlungsausschuß an. Das Leistungsgesetz regelt die Art und den Umfang der Dienst- und Sachleistungen, die der Staatsbürger im drohenden Verteidigungsfall zu erbringen hat.

In der Debatte bestand der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hopf, darauf, daß die Bundeswehrverwaltung als zivile Aufforderungsbehörde bestimmt werde, da „angesichts der gegenwärtigen gespannten Lage" die Möglichkeit bestehe, daß dieses Gesetz „demnächst" angewendet werden müsse und für den Aufbau anderer ziviler Anforderungsbehörden bei den Gemeinden keine Zeit mehr zur Verfügung stehe.

Die Welt v. 15. VII. 61.

Verlängerung der Dienstzeit für die Wehrpflichtigen „unumgänglich" ...

Die deutschen Divisionen sollen jetzt „aufgefüllt" werden. Im Durchschnitt haben sie heute etwa 70—80% ihrer Soll-Stärke. Damit bleiben sie hinter der Kampfkraft der amerikanischen Divisionen in der Bundesrepublik zurück. Ziel neuer Anstrengungen müßte es sein, die Divisionen der Bundeswehr auf 90—100% der geplanten Kampfstärke zu bringen. Schwierigkeiten ergeben sich, weil es an längerdienenden Freiwilligen fehlt, die als Unterführer und Spezialisten ausgebildet werden könnten. Dieser Engpaß erlaubt zur Zeit auch nicht den Rückgriff auf das Reservoir an Wehrpflichtigen, das bei weitem nicht ausgenutzt wird.

Von diesem Hintergrund wird im Bundesverteidigungsministerium zur Zeit auch die Frage beurteilt, wann die Dienstzeit für die Wehrpflichtigen von 12 auf 18 Monate erhöht werden soll. Grundsätzlich gilt ein entsprechender Beschluß früher oder später als unumgänglich.

Der Mittag v. 25. VII. 61.

Geldbedarf der Bundeswehr steigt weiter

Die Bundeswehr wird im nächsten Jahr wahrscheinlich 13,5 Milliarden DM benötigen. Dies erklärte Staatssekretär Volkmar Hopf vom Bundesverteidigungsministerium jetzt in Koblenz. Das sind 2,3 Milliarden DM mehr als im laufenden Rechnungsjahr.

Nach Angaben Hopfs machten die Verteidigungskosten bereits in diesem Jahr 27% der Ausgaben des Bundeshaushalts aus.

Für 6,4 Milliarden DM Waffen aus den USA

Bundesverteidigungsminister Strauß verhandelt unterdessen in den USA über weitere Waffenkäufe für die Bundeswehr. Wie verlautete, hat Strauß seinem amerikanischen Kollegen McNamara den Wunsch vorgetragen, für weitere 165 Millionen Dollar (660 Millionen DM) Waffen, in der Hauptsache „Pershing"-Raketen, zu kaufen. Insgesamt will die Bundeswehr in der Zeit vom 1. Januar 1961 bis zum 30. Juni 1962 Ausrüstungsgegenstände im Werte von 1,6 Milliarden DM aus den USA beziehen. Nach Auslieferung dieser Bestellungen wird die Bundesrepublik dann für 6,4 Milliarden DM Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten getätigt haben.

Neues NATO-Planungsdokument

Ein weiteres wichtiges Thema der Besprechungen in der amerikanischen Bundeshauptstadt war der Ersatz des geheimen, 1962 auslaufenden NATO-Planungsdokuments MC 70. Strauß teilte mit, daß ein Entwurf, der die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte bis 1966 festlegen soll, bereits fertiggestellt ist und den einzelnen Mitgliedstaaten zur Prüfung unterbreitet worden sei. Die Grundidee des neuen Dokuments sei eine verbesserte konventionelle Bewaffnung und die Modernisierung der taktischen Atomwaffenträger der NATO.

Frankfurter Rundschau v. 17. VII. 61.

Starke Erhöhung des Bonner Militärhaushalts

Um 20% mehr als in diesem Jahr wird die Bundesrepublik 1962 für die Landesverteidigung ausgeben. Der Militärhaushalt wird, wie am Wochenende in Bonn bekannt wurde, von 11,2 Milliarden auf 13,5 Milliarden DM ansteigen. Das sind rund 245 DM pro Kopf der Bevölkerung gegenüber bisher 203 DM.

Das Verteidigungsministerium hat diesen Plan bereits ausgearbeitet. Er wird jedoch erst nach den Bundestagswahlen dem Parlament zugeleitet.

Nur der geringste Teil der zusätzlichen Verteidigungsgelder wird auf eine Personalverstärkung der Bundeswehr verwandt werden. Vorgesehen sind vielmehr beachtliche Rüstungskäufe.

Schließlich werden 1962 die ersten „Pershing"-Feststoff-Raketen ausgeliefert. Mit dieser Umrüstung auf modernste Waffen wird die letzte Phase des Aufbaues der deutschen Verteidigung begonnen.

Welt am Sonntag v. 30. VII. 61.

Institut für Wehrtechnik

Die Errichtung wissenschaftlicher Institute für Wehrtechnik in der Bundesrepublik strebt die vor kurzem gegründete Carl-Cranz-Gesellschaft an. Wie die Gesellschaft in Stuttgart mitteilte, sollen die Institute der Forschung und Lehre vor allem auf den Gebieten der Elektronik, der Raketentechnik, des Flugzeug-, Schiffs- und Fahrzeugbaues dienen. Zum Studium an den geplanten Instituten werden nur Inhaber eines Hochschuldiploms zugelassen. Ungeklärt ist noch, ob die Institute technischen Hochschulen angegliedert werden oder als selbständige Institute errichtet werden sollen. Auch die Frage der Finanzierung ist noch offen. Die Stuttgarter Gesellschaft trägt ihren Namen nach dem Ballistiker Carl Cranz, der früher an der Militärtechnischen Akademie in Berlin-Charlottenburg gelehrt hat.

FAZ v. 26. VII. 61

Fragwürdiger Triumph der Meinungsforschung

Wenn man sich mit den Wahlmanagern der deutschen Parteien unterhält, dann wird der Abstand ihrer Vorstellungen zu dem von den altväterischen Theoretikern entworfenen Idealbild einer demokratischen Wählerentscheidung recht deutlich. Sie sprechen von der Wählerstimmung wie der Werbefachmann von der Hausfrauenpsyche, wenn sie für ein Waschmittel oder einen Suppenbeutel zu bearbeiten ist. Der Wähler scheint für die eifrigen und tüchtigen deutschen Nachahmer amerikanischer „Public Relations"-Methoden so kalkulierbar wie der Konsument. Die Meinungsforschung, die in Deutschland in kurzer Zeit eine höchst erfolgreiche Modewissenschaft geworden ist, feiert Triumphe. Gebannt schaut man in den Parteiquartieren auf ihre Repräsentativumfragen. Sie testet Stimmungen und Reaktionen, die Wirksamkeit von Parolen, Personen, Werbemethoden; aus ihren Resultaten wird abgeleitet, welche Schicht mit welcher Parole am besten anzusprechen ist, wer wo besonders gut „ankommt" und wer nicht.

Der Betrieb erinnert mit seinen Reagenzglasversuchen eher an Chemielaboratorien als an Politik. Als eine weltfremde, naive und sehr ferne Figur erscheint hier der Politiker, der meint, es gelte vor allem, nach alter Väter Sitte mit einer Überzeugung vor die Wähler hinzustehen und sie mit Argumenten zu gewinnen. Argumente wiegen unter Wahlmanagern bei weitem nicht so schwer wie gute Schlagworte. Die Masse allein zählt, und sie verhält sich ähnlich wie der berühmte Pawlowsche Hund, man kann ihre Reflexe steuern. So meinen die Manager, und unter diesen Gesichtspunkten wählen sie die „Sympathiefarben" auf den Plakaten, wandeln historisches Rot in lebensfrohes Blau, empfehlen dem Sozialisten, sich nicht Sozialist zu nennen und die verräterische Anrede „Genosse" zu unterlassen, und raten der CDU, dem alten Kanzler den noch über mehr Lebenserwartung verfügenden Wirtschaftsminister an die Seite zu stellen und stärker auf „Erfolg und Erfahrung" als auf Programme zu setzen.

Neue Zürcher Zeitung v. 29. VII. 61.

Ein problematischer Verbündeter ...

Der tiefere Sinn der Rede von Strauß war natürlich der, den Amerikanern klarzumachen, was sie an den Deutschen haben — nachdem Lenin ihre Bedeutung längst erkannt hatte und Chrustschow sie sicher im Gedächtnis behalten hat. Die Selbsternennung zum Todfeind der Sowjetunion, wie sie hier durchschimmert, dürfte den Amerikanern allenfalls den Sinn dafür schärfen, wie problematisch es sein kann, einen kraftstrotzenden Verbündeten an einer so kritischen Grenze zu haben

Süddeutsche Zeitung v. 26. VII. 61.

Quadros kündigt Wiederaufnahme der Beziehungen zu Moskau an

Der brasilianische Präsident Quadros erklärte an einer Pressekonferenz, Brasilien werde die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufnehmen. Dieser Beschluß sei nach der Unterredung gefaßt worden, die er mit einer unter der Leitung von Georgadze, dem Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets, stehenden Delegation geführt habe. Georgadze habe eine persönliche Botschaft Chrustschows überreicht. Der Präsident fuhr fort, es gebe nun kein Hindernis mehr für die Wiederaufnahme der 1946 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen.

Der brasilianische Präsident erklärte ferner, Brasilien verfolge die Anstrengungen Indiens, Jugoslawiens und der VAR, eine „neutrale Zone" zwischen den Blöcken des Ostens und des Westens zu bilden, mit der größten Sympathie.

Basler Nachrichten v. 26. VII. 61

Casablanca-Staaten gründen „Wirtschaftsgemeinschaft"

Die sechs „Casablanca-Staaten" haben sich entschlossen, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu errichten. Wie aus einem Communiqué hervorgeht, das nach einem Treffen von Wirtschaftsexperten aus der Vereinigten Arabischen Republik, Marokko, Ghana, Guinea, Mali und der algerischen Exilregierung hervorgeht, sollen die Zollschranken und Handelsbeschränkungen zwischen den sechs Staaten innerhalb von fünf Jahren fallen. Der Beschluß wird am 1. Januar nächsten Jahres wirksam. Gleichzeitig wurde festgesetzt, daß eine afrikanische Bank für wirtschaftliche Entwicklung gegründet, eine afrikanische Zahlungsunion und eine multilaterale Clearing-Körperschaft errichtet werden sollen.

Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten sollen vor dem 1. April nächsten Jahres Telefon- und Telegrafenverbindungen gelegt werden. Weiterhin sollen eine afrikanische Flugverkehrs- und Schiffahrtsgesellschaft ins Leben gerufen herden. Weiterhin wurde die Einrichtung einer afrikanischen Postunion beschlossen.

Zur Harmonisierung der Stellung der afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft zu anderen Wirtschaftsgemeinschaften soll ein „afrikanischer Wirtschaftsrat" geschaffen werden.

Basler Nachrichten v. 27. VII. 61

Jede Stunde ein Mord ...

Der Direktor des amerikanischen Bundeskriminaldienstes, Edgar Hoover, erklärte, daß die Zahl der Verbrechen in den Vereinigten Staaten im Jahre 1960 den bisher höchsten Stand erreicht habe. Der Prozentsatz der Zunahme der Verbrechen liege höher als jener der Bevölkerungszunahme, während die Zahl der Polizeikräfte auf nahezu dem gleichen Stand geblieben sei.

Im letzten Jahr haben sich 1 861 300 schwere Verbrechen ereignet, was gegenüber 1959 eine Zunahme von 14 Prozent darstellt. Jede Stunde geschah ein Mord. Das bei Einbrüchen gestohlene Eigentum hatte einen Wert von 570 Millionen Dollars. Auch die von Jugendlichen begangenen Verbrechen haben weiter zugenommen; die Delikte in den Städten übertrafen bei weitem die Verbrechen auf dem Land. Insgesamt gesehen liegt die Zahl der 1960 begangenen Verbrechen um 66 Prozent über der Zahl von 1950.

Basler Nachrichten v. 25. VII. 61

Nach Redaktionsschluß:

Moskau warnt Bonn

In einem scharf formulierten Memorandum an die Bundesregierung hat die sowjetische Regierung nachdrücklich ihre bisherigen Standpunkte in der Deutschland- und Berlin-Frage behauptet. Das am Donnerstag vom sowjetischen Außenminister Gromyko dem deutschen Geschäftsträger Scholl in Moskau überreichte und am Freitag dort veröffentlichte Memorandum enthält keine neuen sowjetischen Vorschläge zur Lösung der Berlin-Krise. Der Wortlaut des Memorandums lag am Freitagabend noch nicht vor.

Der Bundesregierung wird der Vorwurf gemacht, daß sie nicht willens sei, einen eigenen Beitrag zur Lösung der schwebenden Fragen zu leisten, sondern vielmehr alle Versuche der Sowjetunion in dieser Richtung sabotiere. Gleichzeitig wird im Memorandum erklärt, daß die Sowjetunion für „eine Vereinbarung aller interessierten Seiten über die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages" sei. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre „letzte Möglichkeit" wahrzunehmen, bei der Lösung des Deutschland-Problemes mitzuwirken. Nachdrücklich warnt die Sowjetregierung Bonn vor den Gefahren eines dritten Weltkrieges und betont, es liege im ureigensten Interesse des deutschen Volkes, die Kriegsgefahr auszuschalten. „Wenige Stunden nach Ausbruch eines solchen Krieges würde die Bundesrepublik ausgelöscht sein", droht das Memorandum.

Moskau fordert die Bundesregierung auf, die „Sinnlosigkeit" ihrer Versuche einzusehen, die Lösung der deutschen Frage von einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung abhängig zu machen. Die Darstellung der Bundesregierung, der Abschluß eines Friedens-

vertrages mit zwei Staaten würde die Spaltung Deutschlands vertiefen, wird im Memorandum als „unaufrichtig" zurückgewiesen. Die Bonner Forderung, daß ein Friedensvertrag erst nach der Errichtung eines vereinigten Deutschlands mit einer einzigen, ganz Deutschland vertretenden Regierung abgeschlossen werden könne, wird als „vom politischen, praktischen und juristischen Standpunkt nicht haltbar" bezeichnet. Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow „bei strengster Einhaltung der Gleichberechtigung beider Seiten" werden als einziger, zur Wiedervereinigung Deutschlands führender Weg bezeichnet. Alle Hoffnungen der Bundesregierung auf „Unterwanderung und Einverleibung der DDR" seien illusionistisch und gefährlich. Die „DDR" habe in der Sowjetunion einen Verbündeten, der „stets bereit ist, ihr mit aller seiner Macht zu Hilfe zu eilen, um die souveränen Rechte und die soziale Ordnung der DDR vor Übergriffen und Intrigen sowie vor Aggressionen, von wo immer sie kommen mögen, zu schützen".

Ausdrücklich wird im Memorandum behauptet, daß die Sowjetunion keinen Anschlag auf die Freiheit Westberlins im Sinn habe. Vielmehr solle der Status einer „entmilitarisierten freien Stadt" durch „zuverlässige internationale Garantien, die jede Möglichkeit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Stadt von außen ausschließen", gesichert werden. In diesem Zusammenhang stellt die sowjetische Regierung jedoch fest, die Bundesregierung müsse sich dessen bewußt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland „niemals irgendwelche Rechte in Westberlin gehabt hat oder noch hat". Ob die Formulierung „freie entmilitarisierte Stadt" eine Verhärtung des sowjetischen Standpunktes bedeutet, ist unklar. Bisher hatten die Sowjets für den Fall einer Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt die Stationierung von Truppen der vier in Berlin anwesenden Mächte oder einer UN-Truppe vorgeschlagen. Unter Bezugnahme auf frühere sowjetische Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland äußert Chrustschow, falls diese der Bundesregierung nicht zusagen sollten, könne sie eigene Vorschläge vorlegen.

DPA, 4. VIII. 61; nach Stuttgarter Zeitung v. 5. VIII. 61

Sowjets bestehen auf Friedensvertrag

Die sowjetische Regierung hat die Westmächte abermals aufgefordert, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Diese Aufforderung ist in den Noten an die Regierungen der drei Westmächte enthalten, die am Vortage den diplomatischen Vertretern der drei Westmächte in Moskau überreicht wurden. Die am Freitag von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlichten Noten sind die sowjetische Antwort auf die Noten der drei Westmächte vom 17. Juli dieses Jahres. In der Note an die Vereinigten Staaten erklärt die sowjetische Regierung wiederum ihre Bereitschaft, über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zu verhandeln. „Unglücklicherweise gibt die amerikanische Note zu ernstem Zweifel Anlaß, ob die Regierung der USA derartige Gespräche anstrebt", heißt es in der sowjetischen Note.

Die sowjetische Regierung betont, die amerikanische Regierung habe sich in ihrer Note vom 17. Juli „darauf beschränkt, den alten Standpunkt der USA darzulegen, der außerordentlich entfernt von einer echten Sorge um den Frieden, darunter auch in Europa, ist". Augenscheinlich ziehe die amerikanische Regierung vor, eine Friedensregelung mit Deutschland unbegrenzt hinauszuschieben.

Die Sowjetregierung vertritt in ihrer Antwortnote die Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die „beste Lösung" des Problems darin bestehe, „einen einzigen Friedensvertrag unter Beteiligung aller Staaten, die im Kriegszustand mit Deutschland waren, mit den beiden deutschen Staaten zu schließen". Die sowjetische Regierung erinnert daran, daß sie auch eine solche Lösung für möglich hält, bei der zwei Friedensverträge — einer mit der „DDR" und der andere mit der Bundesrepublik — geschlossen würden, wobei die Hauptbestimmungen beider Verträge gleichlautend wären. In der sowjetischen Note wird betont, daß bei einer Weigerung der Westmächte und der Bundesregierung, einen derartigen Friedensvertrag zu unterzeichnen, ein solcher Vertrag ohne sie unterschrieben werden müsse. „In diesem Fall", heißt es in der Note, „wird der Friedensvertrag zwischen jenen Staaten, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilnahmen und nun den entsprechenden Wunsch bekunden, und der Deutschen Demokratischen Republik, die ihr Einverständnis dazu schon gegeben haben, abgeschlossen sein".

Die Sowjetregierung — so wird versichert — werde einen Friedensvertrag ohne Beteiligung der Westmächte nur ungern abschließen und würde eine Änderung des Standpunktes der Westmächte zugunsten gemeinsamer konstruktiver Schritte sehr begrüßen.

In ihrer Note an Washington erklärt die Sowjetregierung weiter, falls es zur Unterzeichnung eines separaten Friedensvertrags mit Pankow kommen sollte, hätten die Westmächte das Recht auf Anwesenheit in Berlin verwirkt.

Die sowjetische Antwort hält dem amerikanischen Argument, daß der Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit Pankow keine juristische Verbindlichkeit habe, unter anderem entgegen, daß die USA die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan ohne sowjetische Mitwirkung vertraglich verankert und dadurch die Schuld an der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen auf sich geladen hätten. Scharfe Angriffe richtet Chrustschow gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, durch die im Herzen Europas ein Kriegsherd geschaffen worden sei. Die Bundeswehr bezeichnet er als eine Armee, die von revanchesüchtigen Hitlergeneralen geführt und für einen Atomkrieg ausgebildet werde. Der Bundesregierung wirft Chrustschow vor, eine Politik der Stärke zu betreiben und Verfechter des Kalten Krieges zu sein. Gegenwärtig sei sie darum bemüht, die Dinge bis an den Rand des Krieges zu treiben, sich selbst aber im Hintergrund zu halten. Offensichtlich erwarte Bonn von den Vereinigten Staaten, daß sie sich für die deutschen Revanchisten bis zum letzten Soldaten schlagen würden.

Westdeutschland werde vor aller Augen zu einem Herd der Kriegsgefahr in Europa. Schon heute besitze die Bundesrepublik unter allen NATO-Partnern auf dem europäischen Kontinent die zahlenmäßig stärkste Armee. In den seit der Kapitulation verflossenen 16 Jahren hätten die „deutschen Militaristen und Revanchisten mit Hilfe der USA, Englands und Frankreichs in Westdeutschland mehr erreicht, als ihre Vorgänger in den 16 Jahren nach Beendigung des Ersten Weltkriegs". Die Bundesrepublik verfüge heute über mehr als ausreichende Streitkräfte und Rüstungsmaterial, um einen allgemeinen militärischen Konflikt herbeizuführen. In diesem Zusammenhang heißt es: „Es drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß der deutsche Friedensvertrag abgeschlossen werden muß". Die sowjetische Regierung versichert, daß es beim Abschluß eines derartigen Friedensvertrages keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geben werde, falls alle interessierten Staaten guten Willen und den Wunsch zur Zusammenarbeit zeigen.

Die amerikanische Regierung versuche, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Ostberlin „als einseitigen Akt", als eine Abkehr der Sowjetunion von den alliierten Abkommen über Deutschland auszulegen. „Wer aber, wenn nicht die USA zusammen mit ihren Partnern in den Militärblöcken, hat ihre ganze Politik in Deutschland auf einseitige, separate Handlungen aufgebaut und der Sowjetunion das legitime Recht genommen, bei der Regelung der einen großen Teil des heutigen Territoriums betreffenden Fragen mitzuwirken?" Wenn jemand hoffe, auf die Sowjetunion Druck auszuüben, werde das nur das Gegenteil bewirken

Die Sowjetregierung zeige sich befremdet von dem angeblichen amerikanischen Versuch, die USA beinahe als Vorkämpfer einer Friedensregelung mit Deutschland hinzustellen und die Sowjetunion zu beschuldigen, sie schaffe in dieser Hinsicht Hindernisse. In der sowjetischen Note wird daran erinnert, daß die amerikanische Regierung im Laufe von fünfzehn Jahren kein einziges Mal vorgeschlagen habe, mit der Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages zu beginnen. Der ganze Inhalt der amerikanischen Note zeige, heißt es in der sowjetischen Antwort weiter, daß die amerikanische Regierung vorwiegend darum besorgt sei, ihre Politik in den Augen der Weltöffentlichkeit reinzuwaschen und möglichst der Verantwortung dafür zu entgehen, daß bis jetzt der Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg nicht gezogen sei, Stabilität und internationale Rechtsordnung im Zentrum Europas fehlten und die „Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland wieder ihre Kräfte sammeln".

Nach: Stuttgarter Zeitung v. 5. VIII. 61.

18co Dr. Hans Bäcker
14 Hegertorwall 1 B

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch, MdB
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka